

ASTA ZEITUNG

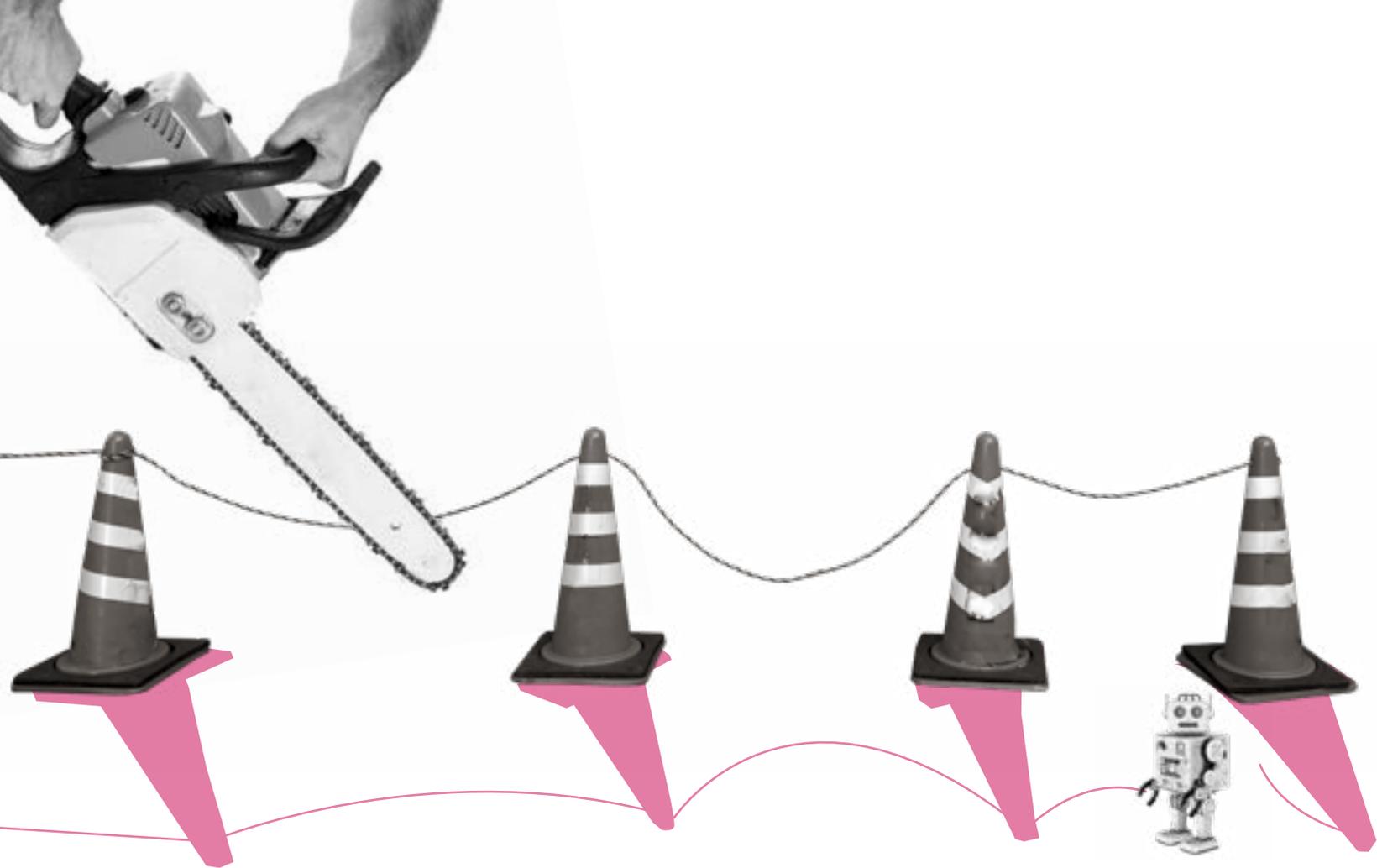
ZEITUNG DER STUDIERENDENSCHAFT DER UNIVERSITÄT FRANKFURT



No Limits

Sommer

2025



Impressum

Hrsg.

AStA der Universität
Frankfurt am Main

V. i. S. d. P.

AStA-Vorstand:
Bleta Berisha
Safin Rahi
Alessio Dale

Anschrift

Mertonstr. 26–28,
60325 Frankfurt a. M.

Web

www.asta-frankfurt.de

eMail

info@asta-frankfurt.de

Redaktion

AStA-Zeitungsreferat:
Lennart Bade
Lukas Geisler
Jule Tabel

Koordination & Administration

David Höhnerbach

Web

www.asta-zeitung.de

eMail

zeitung@asta-frankfurt.de

Druck

Bechtle Verlag&Druck

Gestaltung

gegenfeuer.net

Auflage

1.000

Jahrgang

2025

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des AStA oder der Redaktion wider.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt

Liegen bei niemanden. Geben Sie
diese Zeitung jeder x-beliebigen
Person für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise

Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen
Autor*innen oder sind direkt vermerkt.

Editorial

Seit wir vor wenigen Monaten das Thema für die aktuelle Ausgabe festgelegt haben, scheint die Welt dem Motto »no limits« getreu gefolgt zu sein. Die Entgrenzung der alten Ordnung nimmt in schier exponentieller Beschleunigung ihren Lauf. Nachdem damals auf einer Pressekonferenz von Union und SPD das Stichwort »no limit« für die »Verteidigungsausgaben« gefallen ist, haben die NATO-Länder ihr »Limit« nun um das Zweieinhalbfache nach oben gesetzt. Der geschichtsträchtige NATO-Gipfel entblößte auch gleich die nächste Entgrenzung: Mit allen erniedrigenden Mitteln versuchen Politiker*innen den Präsidenten der USA bei guter Laune zu halten. Auch dem Schleimen sind keine Limitationen gesetzt.

Gut geölt brummt die Entgrenzungsmaschine also weiter. Deportationen finden in unserer Mitte statt, in den Vereinigten Staaten wird die Armee auf diejenigen losgeschickt, die dagegen protestieren. Derweil generiert eine künstliche Intelligenz den (un)passenden Begleitkontext und behauptet zunehmend, die offensichtlichen Fehler seien keine Fehler. Katy Perry fliegt ins Weltall im Namen des Feminismus, Jeff Bezos heiratet in Venedig für den guten Zweck, bunkerbrechende »Penetrator«-Bomben spalten geheime Nuklearforschungseinrichtungen. Die Liste der jüngsten Entgrenzungsnachrichten sprengt auch den Rahmen dieses Editorials – aber zum Glück bietet die Ausgabe erhellende Artikel, um sich in dieser schwindelig beschleunigten Welt zu orientieren.

Wir sind sehr dankbar für die Vielzahl von Beiträgen, die uns zu diesem Thema erreicht haben. Zum einen beinhaltet unsere Ausgabe Essays über die wiedererstarkte Militarisierung, die losgelöste Austeritätspolitik in Argentinien oder auch die absurdesten Überlebensstrategien der entfesselten Superreichen. Zum anderen erfahren wir im Interview mit den Kurator*innen der Ausstellung »Fixing Futures« aber auch von der Kontingenz der Zukunft, die in ihrer apokalyptischen Tendenz eben nicht determiniert ist, sondern ebenso positiv, lösungsorientiert gestaltet werden kann. So beleuchtet diese Ausgabe auch die Möglichkeit der konkreten Utopien einer Welt ohne Grenzen. Dass das allerdings vorerst utopisch bleibt, verdeutlicht unser Interview mit dem Hessischen Flüchtlingsrat und den Bedingungen ihrer Arbeit unter der neuen Bundesregierung.

Über das Ausgabenthema hinaus freuen wir uns, dass wir wie immer im Forum Debatten über aktuelle Bucherscheinungen weiterführen können. Besonders hervorheben möchten wir unsere Gastbeiträge zum Ausgabenthema: Der Politikwissenschaftler Thomas Sablowski bespricht für uns den Umbruch der globalen Ordnung und der Journalist Baha Kirlidokme geht essayistisch den (wieder) entgrenzten Raumfahrtprogrammen nach. In einem Interview zu seinem neuen Buch erklärt der Philosoph und Mathematiker Rainer Mühlhoff, welche Gefahren von »künstlicher Intelligenz« ausgehen könnten, gerade wenn ihre Entwicklung mit einer Faschisierung der Welt einhergeht.

Von den drängenden Problemen dieser Zeit sollte sich die Gesellschaft nicht distanzieren. Der Leiter des Instituts für Sozialforschung, Stephan Lessenich, erinnert in einer Rede vor den Absolvent*innen der Gesellschaftswissenschaften, die wir in dieser Ausgabe auszugsweise abdrucken durften, dass wir den gesellschaftlichen Problemen trotz und wegen ihrer exponentiellen Zunahme entgegentreten müssen. Der Beginn dafür ist die Erkenntnis – von dem, was ist, und dem, was wirklich anders sein könnte.

Eure Redaktion

Jule Tabel, Lennart Bade und Lukas Geisler





Thema

- 06 Die Neuformierung der imperialistischen Kette in der großen Krise des Kapitalismus**
Thomas Sablowski
- 10 Die sichtbare Hand des Marktes: Austerität und die offenen Adern Lateinamerikas**
Kira Radek
- 14 Als ob nichts wäre: Zum Problem gesellschaftlicher Problemabstanzierung**
Stephan Lessenich
- 18 Zukunftsvisionen in Zeiten der Krise . Ein Gespräch über die Ausstellung »Fixing Futures«**
Johanna Fankel
- 22 Barbarei in den Sternen**
Baha Kirlidokme
- 24 Zukunft der Welt**
(S_{tef.} Müller_{tefi})
- 26 Raketen gegen Weiße Haus**
Lennart Bade
- 28 Rezension »Survival of the Richest«**
Gianna Gumgowski
- 32 No Limits für Künstliche Intelligenz? Eine Warnung . Interview mit Rainer Mühlhoff**
Lennart Bade
- 36 Lagos – Berlin: Globale Bewegungsfreiheit als konkrete Utopie. Eine Rezension zum Buch » Grenzen und Bewegungsfreiheit «**
Lukas Geisler
- 40 »Kämpfe lohnen sich.« Interview mit Timmo Scherenberg vom Hessischen Flüchtlingsrat**
Max Stütze
- 44 Deutsche Großmachtphantasien**
Lukas Geisler





Forum

- 46 Ob mit oder ohne Forst: Hauptsache dagegen. Eine Replik auf eine Rezension**
David Winterhagen



Aus der Studierendenschaft

- 49 Stellungnahme der Fachschaft Ø3 zur Zivilklausel am Fachbereich**

Call for Papers

- 52 Rausch**



Inhalte

Die Neuformierung der imperialistischen Kette

in der großen Krise des Kapitalismus

Thomas Sablowski

Handelskonflikte, Kriege, Faschisierungstendenzen:
Die globale Ordnung ist im Umbruch begriffen und
die imperialistische Kette formiert sich neu.

Die kapitalistische Staatenwelt ist durch wachsende soziale Ungleichheit im nationalen und internationalen Maßstab, die Zuspitzung des ökologischen Desasters, eine zunehmende Zahl von Kriegen und viele andere Krisenmomente geprägt. Insgesamt kann man angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2009, der Covid-19-Pandemie, der Kriege in der Ukraine, in Westasien, im Sudan und andernorts, angesichts der Teuerungswelle und der politischen Krisen in vielen Ländern von einer *großen* Krise sprechen – „groß“ in dem Sinne, dass sie nicht wie „kleine“ zyklische Krisen durch die „Selbsteilungskräfte“ der kapitalistischen Produktionsweise, also durch Vernichtung der weniger profitablen Kapitale und kleinere Anpassungsprozesse im Rahmen der existierenden Entwicklungsweise des Kapitalismus überwunden werden kann. Die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erfordert vielmehr einen tiefgreifenden Umbau der Gesellschaftsformationen. Es handelt sich eben nicht nur um eine ökonomische Krise, sondern um eine *organische Krise* (Antonio Gramsci), die alle Instanzen der Gesellschaftsformationen erfasst. Alte Bindungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten lösen sich auf, alte politische Parteien verlieren an Bedeutung und neue entstehen; es ist die Stunde der neuen, mehr oder weniger charismatischen Führer, die Sicherheit und Wohlstand in einer Welt zunehmender Unsicherheit und Verelendung versprechen.

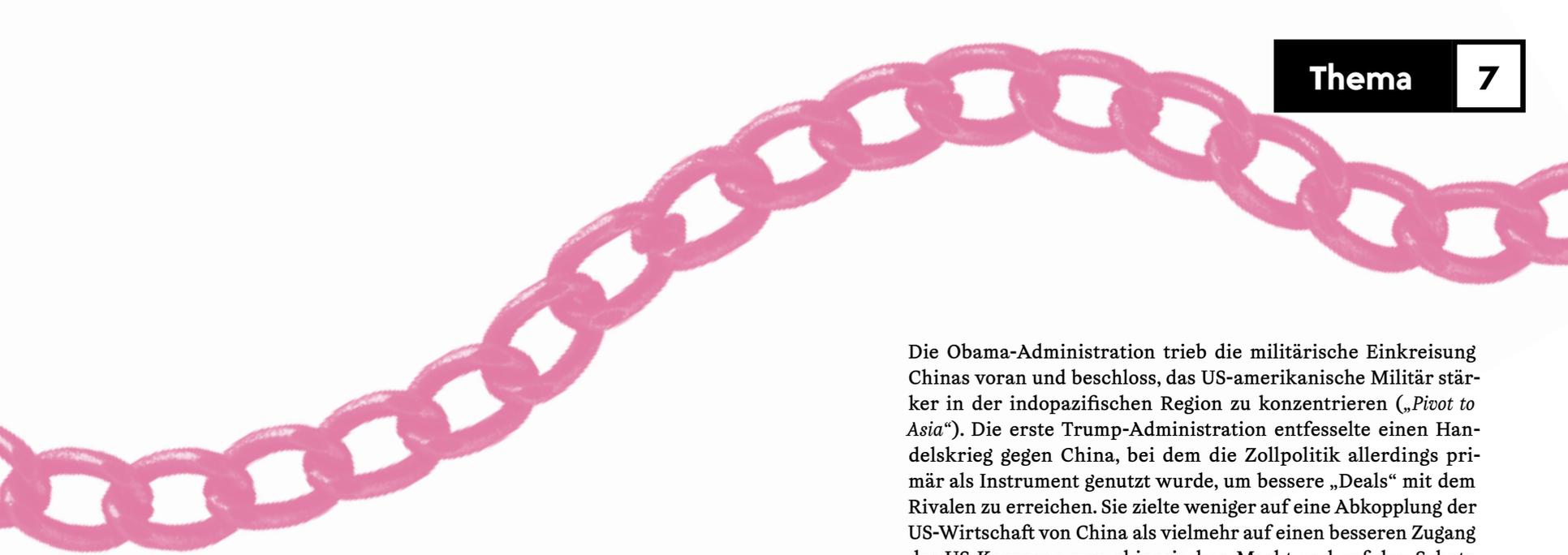
Innerhalb der herrschenden Klassen gibt es keine Einigkeit, wie die Krise zu bewältigen wäre. Vielmehr konkurrieren verschiedene Ideologien mit je eigenen Auffassungen der Probleme, ihrer Ursachen und der möglichen Lösungen miteinander. Beispielsweise stehen Projekten eines „grünen“ Kapitalismus

Projekte eines radikalisierten Konservatismus oder eines neuen Faschismus gegenüber. Ein Aspekt der Krise, auf den ich mich im folgenden konzentriere, besteht in der verschärften Weltmarktkonkurrenz und den veränderten Mitteln, mit denen der Kampf um die Positionen in der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung ausgetragen wird.

Die neoliberale Globalisierung und der Aufstieg Chinas

In der Ära der neoliberalen Globalisierung wurden immer größere Teile der Produktion von den alten kapitalistischen Zentren in Staaten der (Semi-)Peripherie verlagert, um dem Fall der Profitraten entgegenzuwirken. Insbesondere China war ein attraktives Ziel von Kapitalexporten, weil dort einerseits eine hohe Ausbeutung von Arbeiter*innen auf der Basis von vergleichsweise niedrigen Löhnen, langen Arbeitszeiten und hohen Produktivitätszuwächsen realisiert werden konnte und andererseits ein schnell wachsender Binnenmarkt hohe Umsätze versprach. Hohe staatliche Investitionen in die Infrastruktur spielten dabei eine wesentliche Rolle. Sie waren nur möglich, weil sich durch die antikoloniale und antif feudale Revolution seit 1949 eine Entwicklungsdiktatur mit hoher staatlicher Steuerungskapazität herausgebildet hatte, die die Volksrepublik China von den meisten anderen (semi-)peripheren Staaten unterscheidet.

China ist allerdings längst nicht mehr nur eine „verlängerte Werkbank“ der Konzerne aus den alten kapitalistischen Zentren. Chinesische Unternehmen sind zu einer ernsthaften Konkurrenz



herangewachsen. In einer Reihe von Hightech-Bereichen und neuen Branchen sind chinesische Unternehmen bereits Weltmarktführer. Dies betrifft beispielsweise die Mobilfunktechnologien der 5. und 6. Generation, Anwendungen der künstlichen Intelligenz, die Batterietechnologie, die Produktion von Elektroautos, Windkraft- und Solaranlagen. Die staatliche Industriepolitik hat sich ausgezahlt. Für Elektroautos oder für die massenhafte Anwendung neuer digitaler Technologien ist China neben den USA zum Leitmarkt geworden. China ist, kurz gesagt, von der Peripherie der Weltwirtschaft ins Zentrum aufgerückt.

Inzwischen macht sich die Überakkumulation von Kapital auch in China immer stärker bemerkbar. Der enorme kreditfinanzierte Bauboom hat zu einer Immobilienkrise geführt. Würden die Banken nicht vom Staat gestützt, so wären viele unter der Last ihrer faulen Kredite bereits zusammengebrochen. In zahlreichen Industrien gibt es enorme Überkapazitäten. So werden beispielsweise von den mehr als hundert Unternehmen, die in die Produktion von Elektroautos eingestiegen sind, wahrscheinlich nur einige wenige überleben. Während China in den vergangenen Jahrzehnten als Rettungsanker für die von der Überakkumulation in den alten kapitalistischen Zentren geplagten Konzerne fungierte, kann es diese Rolle zukünftig immer weniger spielen, je mehr auch dort die kapitalistischen Krisentendenzen zur Geltung kommen. Das chinesische Kapital sucht inzwischen selbst nach neuen profitablen Anlagesphären im Ausland; arbeitsintensive Produktion wird aufgrund sinkender Profitraten von China nach Vietnam und in andere Länder Südostasiens verlagert. China ist selbst zu einem der größten internationalen Kapitalexporthoren geworden.

Die Strategien der alten kapitalistischen Zentren

Die Uneinigkeit unter den Herrschenden in den alten kapitalistischen Zentren berührt auch die Frage, wie auf die Umbrüche in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung und insbesondere auf den Aufstieg Chinas reagiert werden sollte. Die USA kämpfen mit verschiedenen Mitteln um die Aufrechterhaltung ihrer weltweiten Dominanz. Ihre Regierungen haben seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2009 immer stärker Strategien verfolgt, die darauf abzielten, den weiteren Aufstieg Chinas zu blockieren und den wachsenden internationalen Einfluss der Volksrepublik einzudämmen.

Die Obama-Administration trieb die militärische Einkreisung Chinas voran und beschloss, das US-amerikanische Militär stärker in der indopazifischen Region zu konzentrieren („*Pivot to Asia*“). Die erste Trump-Administration entfesselte einen Handelskrieg gegen China, bei dem die Zollpolitik allerdings primär als Instrument genutzt wurde, um bessere „Deals“ mit dem Rivalen zu erreichen. Sie zielte weniger auf eine Abkopplung der US-Wirtschaft von China als vielmehr auf einen besseren Zugang der US-Konzerne zum chinesischen Markt und auf den Schutz ihres „geistigen Eigentums“. Präsident Joe Biden setzte die Politik seiner Vorgänger im Grunde fort und schränkte vor allem den Export von US-amerikanischen Mikrochips und anderen Hightech-Produkten nach China weiter ein, um den Aufholprozess des Landes im Hightech-Bereich zu blockieren. Zudem erhob er Zölle auf chinesische E-Autos und Batterien und nutzte industriepolitische Mittel wie den *Inflation Reduction Act* und den *CHIPS and Science Act*, um die Produktion strategisch wichtiger Branchen in den USA zu stärken.

Die neue Trump-Administration setzt einerseits die Politik der Vorgängerregierungen gegenüber China fort und nutzt andererseits eine verschärfte Zollpolitik, um die bilateralen Beziehungen mit einer Vielzahl von Staaten neu auszuhandeln. Neben differenzierten Zöllen für bestimmte Branchen und Waren wichtiger Handelspartner wie China, Mexiko und Kanada verkündete Trump pauschale Zölle in Höhe von 10 Prozent auf alle importierten Waren und sogenannte „reziproke“ Zölle, mit denen die US-Zölle gegenüber 57 Ländern auf das Niveau der Zölle angehoben werden sollen, die jene Länder (angeblich) gegenüber US-amerikanischen Waren erheben. Kurz nach ihrer Ankündigung am 2. April, dem von Trump proklamierten „Liberation Day“, wurden die „reziproken“ Zölle zunächst für 90 Tage wieder ausgesetzt. In dieser Periode soll über die jeweiligen bilateralen Beziehungen verhandelt werden. Die US-Administration setzt dabei darauf, dass die anderen Staaten auf den Zugang zum US-amerikanischen Markt angewiesen und erpressbar sind. Obwohl viele Zölle kurz nach ihrer Ankündigung zunächst ausgesetzt wurden, stieg das durchschnittliche Niveau der Zölle auf importierte Waren in den USA seit Jahresbeginn von 2,5 Prozent auf 17,8 Prozent – der höchste Wert seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre.

Die verkündeten Ziele der Zollpolitik sind widersprüchlich: Einerseits will die US-Regierung über die Zölle Einnahmen generieren und Spielraum für Steuersenkungen gewinnen; andererseits soll die einheimische Produktion gestärkt werden, indem die ausländische Konkurrenz abgewehrt wird bzw. indem Konzerne aus anderen Ländern dazu gedrängt werden, in den USA zu produzieren. Sowohl die Staatsverschuldung als auch das Außenhandelsbilanzdefizit der USA sollen durch die Zölle reduziert werden. Die Strategie ist riskant und Trump hat mit seinen Zollankündigungen am 2. April einen regelrechten Börsencrash ausgelöst. Es drohen höhere Inflationsraten, und Trump setzt damit die Zustimmung zu seiner Regierung aufs Spiel. Ein Dutzend Bundesstaaten haben bereits gegen Trumps Zolldekrete geklagt, da eigentlich nur der Kongress das Recht hat, Zölle zu erheben. Gegenwärtig ist offen, wie der Kampf um die US-Außenwirtschaftspolitik ausgehen wird und welche Effekte dies auf die Weltwirtschaft und die internationale Arbeitsteilung haben wird.

Die deutschen Wirtschaftsverbände und die Bundesregierung verfolgen die Strategie, sowohl mit den USA als auch mit China im Geschäft zu bleiben. Allerdings haben die transatlantischen Kapitalverflechtungen ein höheres Gewicht, und hier besteht eine asymmetrische Abhängigkeit Deutschlands vom US-Kapital. Deswegen gibt es in der deutschen Politik auch die Neigung, sich der US-Politik unterzuordnen. Ähnliches gilt für die anderen EU-Staaten. Die EU schwankt insgesamt zwischen der Unterordnung

unter die USA und Versuchen, ihre „strategische Autonomie“ zu erhöhen. Entsprechend ambivalent sind auch die gegenwärtigen Aufrüstungsbemühungen Deutschlands und anderer EU-Staaten. Ob sie als Beitrag zur Stärkung der NATO oder zur längerfristigen Schaffung einer von dieser unabhängigen Militärmacht fungieren, muss im Einzelnen analysiert werden. US-Regierungen fordern seit langem, dass ihre europäischen Verbündeten die Militärausgaben erhöhen und mehr „Verantwortung“ übernehmen sollen. Dies würde die USA in Europa, Westasien und Afrika militärisch entlasten und es ihnen ermöglichen, sich auf ihren Haupttrivalen China zu konzentrieren. Die Bemühungen der Herrschenden in Deutschland und anderen EU-Staaten um eigenständige europäische Raumfahrtkapazitäten, Satellitensysteme etc. zielen aber auch darauf, sicherheitspolitisch unabhängiger von den USA zu werden.

China wird in Deutschland und der EU als „Partner, Wettbewerber und Systemrivale“ bezeichnet – dies ist Ausdruck der widersprüchlichen Interessen der Herrschenden in Bezug auf China. Ähnlich wie die US-Regierung streben sie einen besseren Marktzugang in China an; gleichzeitig versuchen sie, ihre Rohstoffversorgung sowie die Zielländer ihrer Waren- und Kapitalexporte zu diversifizieren und die EU gegen chinesische Direktinvestitionen in strategisch wichtigen Bereichen abzusichern. Es geht also nicht um eine generelle Entkopplung von China, aber sehr wohl um eine selektive („*de-risking*“).

Widersprüche der imperialistischen Kette erkennen und nutzen

Die veränderte Außenwirtschafts- und Militärpolitik des Westens hat den Aufstieg Chinas bisher nicht stoppen können. Nur in wenigen Hightech-Bereichen ist China noch nicht in der Lage, Importe westlicher Waren durch eigene Produkte zu ersetzen – dies betrifft beispielsweise die avanciertesten Maschinen zur Produktion von Mikrochips. Die Eindämmungspolitik des Westens hat China mit einer Reihe von außenpolitischen Initiativen gekontert. Dazu zählen die Schaffung der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit, der BRICS-Gruppe und das Projekt der Neuen Seidenstraßen, ein Ensemble von gigantischen Infrastrukturprojekten, um die weltweiten Handelswege auszubauen. Die Volksrepublik schafft damit nicht nur neue Anlagemöglichkeiten für chinesisches Kapital, sie unterminiert auch die bisher von den alten kapitalistischen Zentren dominierte Weltordnung und ihre Institutionen.

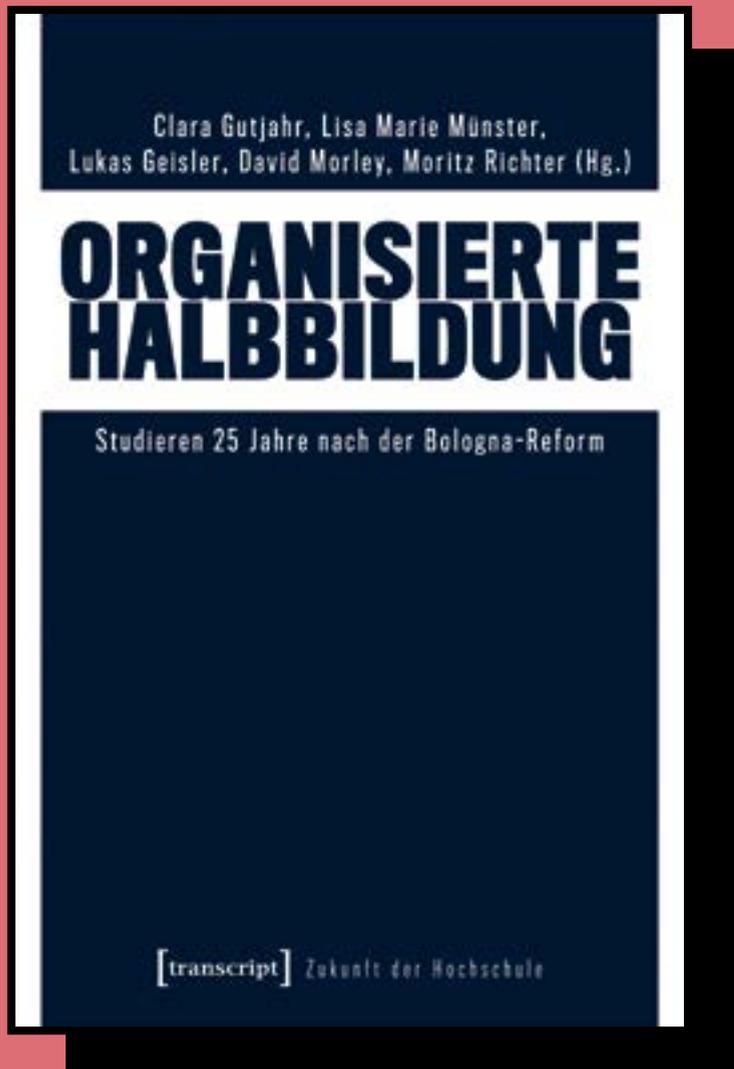
Zwischen China als neuem Zentrum der globalen Kapitalakkumulation und den (semi-)peripheren Staaten reproduzieren sich zum Teil ähnliche Muster der hierarchischen Arbeitsteilung und Abhängigkeit, wie wir sie auch von den alten kapitalistischen Zentren kennen. Teilweise erweitern sich durch die verschärfte Rivalität zwischen China und den alten kapitalistischen Zentren aber auch die Handlungsoptionen der (semi-)

peripheren Staaten und der neuen aufstrebenden nationalen Bourgeoisien. Russlands Krieg in der Ukraine und der Versuch, seine Dominanz im postsowjetischen Raum zu verteidigen bzw. wiederherzustellen, wären ohne die Unterstützung Chinas kaum erfolversprechend. Das gleiche gilt für die – inzwischen durch den Kollaps des Assad-Regimes und durch die israelische Offensive stark geschwächten – regionalen Ambitionen des Iran. Selbst von Kompradorenbourgeoisien beherrschte Länder, die weitgehend von Rohstoffexporten und Kapitalimporten abhängig sind, sind derzeit in der Lage, ihre Abhängigkeit von den USA und den früheren europäischen Kolonialmächten zu reduzieren, wie die Umbrüche in Westafrika zeigen. Andererseits ist der Krieg im Sudan ein Beispiel dafür, dass auch subimperialistische Mächte wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate eine verheerende Rolle spielen können.

Aufgabe der kritisch-marxistisch orientierten Wissenschaft ist es, nicht in primitives Schwarz-Weiß-Denken nach dem Motto „Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde“ zu verfallen, sondern die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse in der gesamten kapitalistischen Staatenwelt einer genauen Untersuchung und Kritik zu unterziehen. Für sozialistisch orientierte Kräfte stellt sich dabei die Frage, an welchen Gliedern der „imperialistischen Kette“ (Lenin) sich die Widersprüche dermaßen verdichten, dass sie durch soziale Revolutionen gesprengt werden kann. Im Übrigen gilt angesichts der aktuellen Aufrüstungspläne in Deutschland das Motto Karl Liebknechts: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND!





Clara Gutjahr
Lisa Marie Münster
Lukas Geisler
David Morley
Moritz Richter (Hg.)

Organisierte Halbbildung

Studieren 25 Jahre nach
der Bologna-Reform

Was bedeutet Studieren heute – 25 Jahre nach der Bologna-Reform?
Wie haben sich Studium und Hochschulen verändert? Und welche
Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf unser Verständnis von Bildung?

Unter dem Begriff »Organisierte Halbbildung« vereint dieser Sammelband vornehmlich studentische Stimmen, die sich auf vielfältige Weise kritisch mit dem Studium 25 Jahre nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung auseinandersetzen. Die über 30 theoretischen, analytischen, kreativen und fühlenden Beiträge ergründen unter anderem, wie es aktuell um Hochschulpolitik, Ökonomisierung und Widerstand, um strukturelle Missstände, verstellte Zugänge und verklärte Erinnerungen steht. Sie alle zeigen: Es muss sich etwas ändern.

Hinweis: Open Access

Die sichtbare Hand des Marktes

Austerität und die offenen Adern Lateinamerikas

Kira Radek



Muss man Austerität sonst als bittere, aber ökonomisch notwendige Pille verkaufen, zelebriert Javier Milei sie euphorisch – mit Kettensäge im argentinischen Wahlkampf. Die Botschaft: radikaler Wandel in einem Land, das seit Jahrzehnten in einem Strudel aus Schulden, Währungskrisen und IWF-Auflagen gefangen scheint.

Argentinien ist mit Abstand der größte Schuldner des Internationalen Währungsfonds (IWF). Schon 23 Mal erhielt Argentinien Kredite, zuletzt sogar unter der Präsidentschaft von Milei. Die IWF-Chefin Kristalina Georgieva begründet die erneute Kreditvergabe in einem Beitrag auf der Plattform X mit Verweis auf die „positive ökonomische Entwicklung des Landes“. Dazu zählt sie eine sinkende Inflation, den Ausgleich des Staatshaushalts und positive Wachstumsprognosen für das kommende Jahr. Auch wenn im März diesen Jahres die Inflationsrate „nur“ noch 47,3 % betrug und somit gegenüber dem Höchstwert von über 200 % Ende des Jahres 2023 einen klaren Rückgang markiert, sind die Raten weiterhin hoch und wirken – vor dem Hintergrund von Einbrüchen in der Industrie und einer immer noch hohen Armutsquote von 38 % – weniger positiv. Abseits der Zahlen verkörpert Mileis Kettensägen-Politik jedoch weitaus mehr: eine aggressive Austeritätslogik, die den Sozialstaat zum absoluten Feind erklärt hat.

Clara E. Mattei zeigt in ihrem Buch „Die Ordnung des Kapitals. Wie Ökonomen die Austerität erfanden und dem Faschismus den Weg bereiteten“, dass Austerität keine ökonomische Sparsamkeit oder gar Notwendigkeit darstellt, sondern eine kapitalistische Machttechnik ist. Austerität dient der (Wieder-)Herstellung günstiger Akkumulationsbedingungen für das Kapital und der Festigung des Klassenverhältnisses. Indem Löhne gekürzt, Arbeitsrechte abgeschafft und hierarchische Strukturen durchgesetzt werden, soll die Arbeiter*innenklasse diszipliniert und die Profit-Maschinerie angekurbelt werden. All das bedarf jedoch staatlicher Intervention. Mileis Kettensägen-Performance ist demnach Ausdruck eines autoritären Liberalismus, der vorgibt, Freiheit zu fördern, und dabei Herrschaft stabilisiert. Wie Mattei kürzlich in einem Interview mit dem *Jacobin*-Magazin herausstellt, ist das Kürzungs-Programm Mileis nichts Neues in der Geschichte kapitalistischer Entwicklung. Dennoch stellt sich die Frage, welche spezifische Rolle Argentinien in der globalen Welle der Austeritätspolitik spielt.

Argentinien war schon früh Testlabor für neoliberale Strukturprogramme. In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts begannen Regierungen, IWF und Weltbank, Kürzungen, Privatisierungen und Deregulierung zu diktieren; Argentinien sollte sich mit dem Ziel der Modernisierung einem internationalen





© Laura Vargas (@slab_labs...)

Markt öffnen – ein Teufelskreis aus Schulden und Abhängigkeit begann. Austerität wird dabei zum Disziplinierungsinstrument einer peripheren Ökonomie, deren Handlungsspielraum durch internationale Verschuldung zunehmend eingeschränkt wird. Nicht Sparen ist hier das Ziel, sondern die Durchsetzung vor allem westlicher und kapitalfreundlicher Strukturen unter dem Deckmantel fiskalischer Verantwortung. Ein Blick in die Geschichte des ökonomischen Denkens Argentiniens zeigt jedoch, dass sich auch alternative Stimmen herausgebildet haben. Raúl Prebisch (1901–1986), Ökonom und Generalsekretär der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL), entwickelte im Anschluss an die Weltwirtschaftskrise 1929/33 eine strukturelle Kritik der Weltwirtschaft und orthodoxer ökonomischer Theorien. Sein Denken war stark beeinflusst vom britischen Ökonomen John Maynard Keynes. Er teilte die Auffassung der Instabilität eines Laissez-faire-Kapitalismus und der daraus abgeleiteten Notwendigkeit staatlicher Intervention. Gleichzeitig bemängelte er aber, dass sich die spezifischen Probleme lateinamerikanischer Ökonomien aufgrund ihrer strukturellen Abhängigkeit nicht nur durch nationale Nachfragesteuerung lösen lassen, ohne gleichzeitig auch die Bedingungen zu beseitigen, die die Abhängigkeit erst hervorrufen. Dies galt vor allem für die rohstoffexportierenden Nationen. Aus dieser Erkenntnis geht schließlich die Prebisch-Singer-These hervor, nach der es – durch die besondere Stellung, die lateinamerikanische Länder in der kapitalistischen Weltmarktintegration einnehmen – zu einer sich fortsetzenden säkularen Verschlechterung der Terms of Trade kommen muss. Indem Länder des Globalen Südens hauptsächlich Rohstoffe exportieren und Industrieprodukte aus den industrialisierten Nationen importieren müssen, komme es zu

einem sich ständig verschlechternden Tauschwert zulasten der Ersteren, die wiederum immer mehr Waren exportieren müssen, um die gleiche Menge an Importen aus den Industrieländern zu erhalten. Diese Dynamik führt nicht zu Entwicklung oder einem vorteilhaften Anschluss an den Weltmarkt, sondern zu wachsender Abhängigkeit – ein Prozess, der durch Schulden und Strukturanpassungsprogramme systematisch verstärkt wird. Angesichts dessen forderte Prebisch eine strategische Rolle des Staates im Umgang mit Schulden und lehnte Reformen nach orthodoxer liberaler Theorie ab, da sie die strukturellen Probleme eher verschärften als lösten. Stattdessen wollte Prebisch die autonome nationale Industrialisierung vorantreiben und forderte eine importsostituierende Industrialisierung, die später starken Einfluss in der Politik der CEPAL ausübte. Die importsostituierende Industrialisierung (ISI) verstand Prebisch als den Versuch, die Abhängigkeit von Industrieimporten aus dem globalen Norden zu durchbrechen, indem periphere Länder ihre eigenen Produktionskapazitäten gezielt durch staatliche Steuerung und Protektionismus aufbauen. Ziel ist nicht bloß ökonomische Entwicklung, sondern strukturelle Emanzipation von einem asymmetrischen und benachteiligenden Welthandel.

Mit seinem Denken begründet Prebisch den Beginn der Dependenztheorie, die sich gegen die zu der Zeit vorherrschende Modernisierungstheorie stellt und die den lateinamerikanischen Ländern diagnostizierte Rückständigkeit nicht als mangelnde Integration, sondern als Folge einer fortlaufend strukturell ungleichen Weltmarktintegration – die ihren Ursprung im Kolonialismus hat – darstellt. Schulden fußen vor diesem Hintergrund auf ungleichen und postkolonialen Strukturen. Sie sind Ausdruck der strukturellen Abhängigkeit Lateinamerikas vom globalen Norden. Die häufig unproduktive Verwendung der Schulden (z. B. zur Deckung von Haushaltsdefiziten) verschärft die wirtschaftliche Abhängigkeit dabei noch weiter. So beginnt das als Bibel der Dependenztheorie geltende Werk des uruguayischen Publizisten und Autors Eduardo Galeano „Die offenen Adern Lateinamerikas“ mit den Sätzen:

„Die internationale Arbeitsteilung besteht darin, daß einige Länder sich im Gewinnen und andere im Verlieren spezialisieren. Unsere Region der Welt, die, die wir heute Lateinamerika nennen, war frühentwickelt: schon seit den fernen Zeiten, in denen die Europäer der Renaissance über das Meer vordrangen und ihre Zähne in die Gurgel schlugen, spezialisierte sie sich im Verlieren.“

Prebischs Forderungen, um die Spezialisierung im Verlieren aufgrund der strukturell ungleichen Arbeitsteilung in rohstoffproduzierende Peripherie und industrialisiertes Zentrum, zu beenden, ließen sich trotz seines zunächst großen Einflusses in der Wirtschaftspolitik Argentiniens und der CEPAL nicht wie erhofft durchsetzen. Die Entwicklung einer eigenen industriellen Basis war im von Prebisch und anderen Dependenztheoretikern analysierten ökonomischen und politischen Klima, sowie aufgrund eigener Widersprüche, nicht umzusetzen. Argentinien verschuldete sich unter verschiedenen Regierungen fortlaufend. Als dann 1979 die US-Notenbank im Zuge der sich zuspitzenden Krise und steigender Inflation den Leitzins drastisch an hob, stürzte Argentinien neben Mexiko und Brasilien in eine tiefe Staatsschuldenkrise. Die auf diesen sogenannten Volcker-Schock folgenden Jahre werden später als verlorenes Jahrzehnt bezeichnet und lassen IWF und andere internationale Gläubiger die Zügel gegenüber ihren Schuldnern noch enger ziehen.

Heute knüpft Milei den Wohlstand Argentiniens an eine stabile Währung, einen Rückgewinn des Vertrauens internationaler Finanzakteure sowie an eine Öffnung gegenüber internationalen Märkten. Dabei gilt: Der Staat ist schuld, der Markt soll es richten. Der Markt – wie auch immer er jedoch aussehen soll – kann jedoch nicht ohne Institutionen bestehen, die den Wettbewerb

und das Privateigentum notfalls mit Gewalt durchsetzen. Oder, das lehrt uns Clara Mattei: Der Markt braucht einen autoritären Staat, der Austeritätspolitik durchsetzt. Milei steht vor dem (neo)liberalen Dilemma: Freiheit predigen, aber autoritär handeln. Um die Menschen dem stummen Zwang der Marktkräfte zu überlassen, bedarf es zunächst der sichtbaren Hand des Staates, der entsprechende Bedingungen durchsetzt. Auch wenn Prebisch selbst an die Möglichkeit einer autonomen, auf liberalen Prinzipien beruhenden Entwicklung festhielt, zeigt seine Theorie struktureller Ungleichheit doch: Argentinien trägt bis heute das Erbe des Kolonialismus mit sich, das sich nach der formalen Unabhängigkeit von der iberischen Herrschaft im 20. Jahrhundert in einer ungleichen Einbettung in den Weltmarkt und einer strukturellen Abhängigkeit von kapitalistischen Zentren fortsetzt. Diese Abhängigkeit drückt sich in immensen Schulden gegenüber eben jenen Zentren, sowie gegenüber internationalen Gläubigerinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank aus. So wie Prebisch betonte, dass Märkte in der Peripherie nicht neutral funktionieren, zeigt Mattei, dass auch Austerität nie eine rein ökonomische Notwendigkeit ist – sondern ein Projekt der Herrschaftssicherung unter dem Deckmantel marktwirtschaftlicher Vernunft.

Der Rückblick auf Prebisch und die Einbeziehung von Mattei eröffnen somit neue Perspektiven auf die Fragen: Wie sinnvoll ist Mileis Austeritätspolitik? Welche Rolle spielen (internationale) Gläubigerinstitutionen? Und was heißt heute „Planung“? Klar ist: Der kapitalistische Staat hat schon immer geplant. Die Frage ist: Wer sitzt im Planungsbüro – und, das würde Prebisch wahrscheinlich noch hinzufügen, in welcher Region der Erde steht es?



Weiterlesen

- Galeano, E. (2015): *Die offenen Adern Lateinamerikas: Die Geschichte eines Kontinents* (A. von Reinhardt, Übers.). Peter Hammer Verlag. (Originalarbeit 1971)
- Mattei, Clara E. (2024): *Die Ordnung des Kapitals. Wie Ökonomen die Austerität erfanden und dem Faschismus den Weg bereiteten.* Brumaire Verlag, Berlin 2025

Als ob nichts wäre

Zum Problem gesellschaftlicher
Problemdistanzierung

Stephan Lessenich

Sehr geehrte Absolvent*innen,

ich möchte mich den Glückwünschen anschließen und hoffe, Sie haben einiges aus Ihrem Studium mitgenommen und nehmen jetzt noch das Letzte mit, nämlich wahrscheinlich die letzte Soziologie-Vorlesung in Ihrem Leben. Verwandte, Bekannte, Freunde, Freundinnen, ich hoffe, Sie sehen es mir nach, dass Sie jetzt eine halbe Stunde lang zwangsförmig mit Soziologie behandelt werden. Und ich kann nicht versprechen, dass es nicht wehtut. Ich habe mich entschlossen, da Sie ja heute viel zu feiern haben, über die dunklere Seite des gesellschaftlichen Geschehens zu sprechen. Mein Vortrag trägt den Titel „Als ob nichts wäre: Zum Problem gesellschaftlicher Problemdistanzierung“. Es geht im Kern um die Frage der Realitätsabwehr, die wir alltäglich praktizieren, die Abwehr der Realität und die Konstruktion von Gegenrealitäten. Und damit meine ich nicht Verschwörungstheoretiker*innen, die das Coronavirus leugnen. Ich meine auch nicht Trump-Fanatiker*innen, die in ihrer eigenen Realität leben. Ich meine ganz normale Bürger*innen, Studierende und ihre Eltern, wie sie heute Abend hier zusammen sind. Ich beschäftige mich mit einem – so könnte man sagen – Problem zweiter Ordnung. Denn diese Gesellschaft hat ein Problem mit ihren Problemen. Sie hat Probleme, mit ihren Problemen umzugehen. Darum geht es mir heute Abend, und um das der Alltagswelt auch möglichst anzunähern, beschäftige ich mich mit einem allseits bekannten gesellschaftlichen Problem.

Der Klimawandel gegenüber dem »Klimawandel«

Ich beschäftige mich mit dem gesellschaftlichen Problem des „Klimawandels“ – und warum ich das Wort in Anführungszeichen setze, werde ich Ihnen gleich noch sagen. Und es geht zunächst um den Klimawandel mit Blick auf den „Klimawandel“. Existenzielle Probleme sind Probleme, die die eingeübten Formen der gesellschaftlichen Reproduktion, also der Organisation des gesellschaftlichen Lebens und der dauerhaften Stabilisierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Gesellschaft grundlegend in Frage stellen. Dazu zählt selbstverständlich der Krieg. Eine Gesellschaft, die dem Krieg ausgesetzt ist, hat massive Probleme, ihre eingeübten, gewohnten, normalisierten Organisationsformen weiterzutreiben. Aber auch die Gesellschaft im Klimawandel hat ein existenzielles Problem, denn wir können und müssen davon ausgehen, dass Absolvent*innenfeiern in 30 oder 50 Jahren nicht im selben Rahmen veranstaltet werden können, wie das heute noch der Fall ist.

Der Klimawandel ist ein existenzielles Problem – und ich habe den „Klimawandel“ hier in Anführungszeichen gesetzt, weil schon die Bezeichnung des gesellschaftlichen Problems als „Klimawandel“ ein Teil der Realitätsabwehr ist. „Klimawandel“ klingt minder dramatisch. Manche reden deswegen gerne von Erderhitzung. Das Wort „Klimawandel“ suggeriert, dass sich etwas verändert und dass wir dieser Veränderung aber Herr werden können. Und mir scheint es durchaus zweifelhaft und fraglich, ob diese Gesellschaft – eine Gesellschaft, die sich so organisiert, die ihr Zusammenleben so gestaltet, wie diese Gesellschaft es tut – tatsächlich den Klimawandel bewältigen kann. Der Klimawandel, oder eben: die Erderhitzung ist die massive menschengetriebene Veränderung der biophysikalischen Grundlagen des individuellen und des gesellschaftlichen Lebens. Der Klimawandel ist eine hintergründige Dauerkrise, die aber erstaunlicher- und widersinnigerweise – und damit komme ich schon zu der Realitätsferne der Gegenwartsgesellschaft – an politischer Bedeutung und Prominenz verloren hat in den letzten Jahren.

Der Vortrag wurde von Stephan Lessenich auf der Absolvent*innenfeier des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität am 26. Mai 2025 gehalten. Die Redaktion der AStA-Zeitung hat den Vortrag transkribiert und gekürzt, dabei aber den Vortragsstil beibehalten. Stephan Lessenich selbst hat leichte Überarbeitungen vorgenommen und dankenswerterweise die Erlaubnis erteilt, ihn in der AStA-Zeitung abzdrukken.

Die Corona-Pandemie hat dem Klimaaktivismus den Garaus gemacht. *Fridays for Future* als klimapolitische Bewegung, die die Öffentlichkeit erreichte und vor der sich Politik in gewisser Weise auch zu fürchten hatte, existiert nicht mehr. Die *Letzte Generation* hat ihre Aktivitäten des sogenannten Klimalebens eingestellt. Aktivitäten, die die Normalität dieser Gesellschaft zumindest irritiert und daher nicht zufällig auch aggressive Reaktionen der Betroffenen herausgefordert haben. Die *Letzte Generation* hat sich quasi aufgelöst, umbenannt und hat vor allem aufgegeben, ihre die Bevölkerung irritierenden Organisationsweisen und Interventionsformen weiterzutreiben. Kein Kleben mehr auf Asphalt, keine Behinderung mehr des Verkehrs. In der vergangenen Bundestagswahl spielte das Thema Klimawandel praktisch keine Rolle. Selbst die Grünen, die ja parteipolitisch gesehen als die Interessenvertreter*innen derer auftreten, die an einer effektiven Bekämpfung des Klimawandels interessiert sind, haben dieses Thema in den letzten Wochen der Bundestagswahl zurückgestellt, weil sie zu Recht befürchten mussten, ansonsten noch mehr Stimmen einzubüßen. Auch im neuen Koalitionsvertrag spielt das Thema nur eine randständige Rolle.

Das ist eine Diskrepanz, also eine Distanz zwischen Problemschwere und der Dringlichkeit, die dem Problem in der gesellschaftlichen Debatte, aber dann eben auch im politischen Handeln gegeben ist. Diese Distanz ist bemerkenswert – und vielleicht noch mehr als das. Ich würde sagen, sie ist unheimlich. Denn der öffentliche Bedeutungsverlust des Themas in den letzten Jahren steht in einem starken Kontrast zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Weiterentwicklung des sogenannten Klimawandels, die an Deutlichkeit eigentlich nichts zu wünschen übriglassen. Man muss keine besonders kritischen Medien verfolgen, es reicht schon, wenn Sie wöchentlich den Naturwissenschaftenteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung lesen, wo Sie auf den letzten Stand der Klimaforschung gebracht werden. Und es wird einem tatsächlich angst und bange, wenn man die Evidenz, die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die dort rein beschreibend präsentiert werden, wirklich ernst nimmt. Wir befinden uns in einer Klimaspirale, wo die bisherige Erderwärmung weitere Erderwärmungsdynamiken entzündet und wo bestimmte Schwellenwerte, von denen man dachte, sie würden erst in Jahren erreicht, schon heute erreicht werden. Unser gesellschaftliches Leben wird sich grundlegend verändern in den nächsten Jahrzehnten. Und erstaunlicherweise sind wir individuell, aber vor allem kollektiv völlig distanziert von dieser Aussicht. Diese verallgemeinerte Ruhe vor dem Sturm – die gesellschaftliche Ruhe vor dem klimatischen Sturm der Zukunft – ist eine bemerkenswerte soziale Tatsache. Der Sturm kommt, wir wissen um den Sturm, er ist absehbar, er lässt sich berechnen, er ist kaum zu vermeiden. Und gleichzeitig gibt es eine seltsame Ruhe, herrschen Selbstberuhigung und Fremdberuhigung. Diese Diskrepanz ist so unheimlich wie der Klimawandel selbst. Und mit dem Verweis auf das Unheimliche möchte ich Sie schon auf eine Fährte setzen, die in die Richtung von auch einer psychoanalytischen Durchdringung dieser Problematik führt.

Das Problem der Problemtdistanzierung

Vergangenen Donnerstag gab es eine Tagung am Sigmund-Freud-Institut unter dem Titel „Nach uns die Sintflut?“. Bei dieser Tagung wurde versucht zu erklären, wie die Diskrepanz zwischen dem Wissen um den Klimawandel und der Nichttätigkeit angesichts dessen Realität erklärt werden kann. Meiner Ansicht nach besteht ein wesentlicher Bestandteil dieser Realitätsabwehr darin, die Veränderungen nicht an sich heranzulassen. Sie nicht nur nicht kennen zu wollen, sondern sie nicht anerkennen, sie nicht fühlen zu wollen. Ich möchte diesen Aspekt im Laufe meines Vortrags besonders hervorheben. Das Problem ist also die Problemtdistanzierung, die in unserer alltäglichen Lebensführung als gesellschaftliche Individuen existiert – wir alle je einzeln distanzieren uns von der Realität, nehmen Abstand von der Realität. Wir beziehen individuell Distanz zu der Problemschwere und Dringlichkeit, und wir nehmen auch kollektiv Distanz ein. Und diese Distanzierung – hier bin ich gut kritisch-theoretisch, wie es sich für Frankfurter Verhältnisse gehört – von einem offensichtlichen gesellschaftlichen Problem, das kollektive Einvernehmen der Gesellschaft, bestimmte Probleme nicht wahrnehmen zu wollen oder sie nicht angemessen bearbeiten zu wollen, ist Teil der Rationalität dieser Gesellschaft.

Die herrschende Art und Weise, mit gesellschaftlichen Problemen umzugehen, ist eine, die gesellschaftliche Probleme gerade verstetigt, immer wieder neu hervorbringt und tendenziell verschärft, und die nicht zur Verbesserung der sozialen Situation großer Mehrheiten, sondern weltweit zur Verschlechterung der Lebensverhältnisse führt. Denn was hinter dem Klimawandel steht, ist die hemmungslose Vernutzung von natürlichen Ressourcen, wie sie diese Gesellschaft – als eine der maßgeblichen ökonomischen Mächte weltweit – seit Jahrzehnten, Jahrhunderten betrieben hat. Ein permanenter, systematischer, immer wieder neu vollzogener Raubbau an natürlichen Ressourcen. Es fängt schon dabei an, dass man diese natürlichen Ressourcen „Ressourcen“ nennt, und dass der Raubbau auf einem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, der in diesem Land ein historisches Höchstmaß erreicht hat, fortgeführt wird.

Diese Gesellschaft ist irrational in dem Maße, wie sie, trotz erreichter maximaler Entwicklung, in jedem Jahr, in jeder Periode eine weitere Schippe drauflegen muss. Irrational ist der eingelagerte Zwang, sich nicht nur gesellschaftlich zu reproduzieren, also das Leben in Gesellschaft zu verlängern und das gemeinsame gesellschaftliche Zusammenleben zu ermöglichen. Sondern dies auf immer höherer Stufe der materiellen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse tun zu müssen, ist die kapitalistische Rationalität, die eingelassen ist in die Verfasstheit dieser Gesellschaft. Eben diese Rationalität ist in einem hohen Maße irrational. Irrational, weil sie dazu führt, dass zwangsförmig Natur und aber auch die Arbeit der Menschen vernutzt werden muss – zwangsläufig auf immer erweiterter Stufe. Und dies in einer Weise, bei der die Ergebnisse der Reichtumsproduktion systematisch ungleich verteilt sind und mit der gleichzeitig die Möglichkeiten eines Ausstiegs aus dieser Irrationalität immer wieder neu verstellt werden.

Das war klassisches Thema der Kritischen Theorie – die in dem Maße aktuell ist, wie die Probleme, die diese Gesellschaft hat und die als Probleme entweder nicht erkannt oder nicht anerkannt werden, sich immer weiter fortschreiben. Die Entwicklung dieser Gesellschaft folgt einer Logik, aber einer Logik, die verquer ist. Ebenso irrational ist auch die Logik der faktischen Verleugnung eines existenziellen Problems. Beide Irrationalitäten gehören dabei zusammen: Die Form der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen – beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland – und die Form des Umgangs mit den Problemen, die diese Gesellschaftsform zeitigt. Denn der Klimawandel ist nicht nur menschengemacht, sondern er ist genauer gemacht durch eine bestimmte Form der Organisation von Gesellschaft, des menschlichen Zusammenlebens. Menschen alleine machen noch keinen Klimawandel, sondern die Industrialisierung, die industriekapitalistische Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, steht maßgeblich bis zum heutigen Tag hinter dem, was wir Klimawandel nennen. Diese Logik kann nicht durch die herrschenden Formen der Problembearbeitung außer Kraft gesetzt werden. Im Gegenteil. Sie wird weiter verstetigt und verschärft. Warum aber kann diese Logik, die man als irrational, als schädlich, als nicht im Interesse gesellschaftlicher Mehrheiten oder gar der Gesamtheit der Menschen stehend begreifen muss, aber dennoch als rational bezeichnen? Weil sie kurzfristig gesehen im Interesse von vielen einzelnen Menschen dieser Gesellschaft ist. Zwar nicht aus selbst gewählten Gründen, sondern weil sie Teil dieser gesellschaftlichen Organisationsform sind. Sie sind verstrickt in gesellschaftliche Zusammenhänge – und selbstverständlich hat jede und jeder Einzelne von uns ein Interesse daran, dass es irgendwie weiter geht, dass Gesellschaft weiter so funktionieren möge, wie wir sie kennengelernt haben. Mit all ihren Unzulänglichkeiten, aber in der Art und Weise, dass meine individuelle Existenz gesichert ist, dass die Existenz meiner Kinder gesichert ist, dass meine Kinder es vielleicht sogar weiter bringen können als ich, dass sie studieren, dass sie dank ihres Studiums in erwartbarer Weise dann auf Arbeitsmärkten, auf Konsummärkten ihre Lebenschancen verwirklichen können.

Wir sind in das Selbstverständnis sozialisiert, dass all das, was wir als individuelle Lebensentwürfe haben und was wir gesellschaftlich für erstrebenswert halten, dass all dies zwangsläufig verbunden ist mit der Art und Weise, wie wir wirtschaften, wie wir arbeiten, wie wir konsumieren, wie wir leben. Ebenso eng verstrickt mit dem Bestehenden sind unsere Vorstellungen auch von dem, was gut und was schlecht, was richtig und was falsch ist. Und insofern ist es durchaus rational, diese bestehende Einrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verteidigen – fast egal was passiert. Ich könnte jetzt zu anderen gesellschaftlichen Problemen kommen, die wir haben. Es ertrinken jedes Jahr Tausende von Menschen im Mittelmeer. Auch hier ist es für uns dennoch individuell und kollektiv rational, dies hinzunehmen. Die Rhetorik, dass das Boot voll ist, verfängt.

Solange die Option für das Weiter-so für uns individuell und gesellschaftlich realisierbar ist, realisieren wir sie auch. Dieses Realisieren einer Möglichkeit, nämlich so weiterzumachen wie bisher, bedarf aber gleichzeitig einer Ausblendung der Realität. Die Ausblendung der Tatsache, dass wenn wir das, was wir bisher gemacht haben, weiterhin betreiben, unsere Zukunft verstellt ist. Ich möchte wenigstens noch einen Vertreter einer aktivistischen kritischen Theorie hier kurz zitieren: Herbert Marcuse. Er hielt das Unbeeindruckt-Sein des „glücklichen Bewusstseins“ einer großen Mehrheit der Leute von der Irrationalität des Ganzen für einen der beunruhigendsten Aspekte der fortgeschrittenen industriellen Zivilisation. Ich würde mich dem anschließen – und dies, mehrere Generationen später, in verschärfter Weise. Wir sind eins geworden mit der Rationalität dieser Gesellschaft: wie sie gestaltet ist, wie sie sich entwickelt, welche Wertvorstellungen, welche Normvorstellungen sie an uns heranträgt. Wir schmiegen uns an diese gesellschaftliche Rationalität an, passen uns an, und deswegen meinen wir, individuell in einem Zustand der Zufriedenheit, der Glücklichkeit zu sein. Also mehr oder

weniger. Sie, die Absolvent*innen des Fachbereichs, haben ein glückliches Bewusstsein. Sie werden es zu etwas bringen, denn sie können ihre erworbene Qualifikation einsetzen, um es in der Gesellschaft zu Status, Einkommen, wertvollen sozialen Beziehungen zu bringen. Alles kein Problem. Aber vor dem Hintergrund dessen, dass diese Gesellschaft ein existenzielles Problem hat, wird das individuelle Glück zu einem kollektiven Problem.

Die Politik des Als-Ob

Ich möchte deshalb von einer Politik des Als-Ob sprechen. Aus einer soziologischen Perspektive geht es dabei nicht allein um die „große“ Politik. Auch, aber nicht nur. Es wird nicht nur eine institutionelle Politik des Als-Ob betrieben, sondern wir alle im Privaten, im Alltäglichen, in unserer Lebensführung betreiben Mikropolitiken: alltägliche kleine Politiken des Als-Ob. Ich möchte drei Varianten dieses Als-Ob kurz unterscheiden, die zugleich drei Varianten von Realitätsabwehr in dieser Gesellschaft sind, aber natürlich ließe sich die Liste erweitern.

Die eine ist *so tun, als ob nichts wäre*. Einfach so weitermachen, einfach weiter vor sich hin prozessieren. Man könnte diese Variante nicht nur als klinische Definition, sondern auch in einer etwas metaphorischen Begriffsverwendung als *Verdrängung* bezeichnen. Das, was passiert, egal ob im Mittelmeer oder in den anderen versteckten Regionen Europas und der Welt, wird einfach verdrängt. Es ist nicht Teil des Wissenshaushalts und nicht des Bewusstseinshaushalts, vor allem nicht des handlungspraktisch bedeutsamen Bewusstseinshaushalts. Man könnte jetzt nochmal Differenzierteres dazu sagen, was da abgespalten wird, was wie abgeblendet wird. Aber es geht tatsächlich um eine Verdrängungsleistung, eine Verdrängung des Unheimlichen. Politisch wie alltagspraktisch wird so weiter gemacht, als ob es keinen Klimawandel gäbe, als ob die Dringlichkeit des Handelns nicht auf der Hand läge.

Die zweite Variante ist womöglich interessanter: nämlich *so tun, als ob man etwas täte*. Das, was man macht, erklärt man zu einer intentionalen Zielverfolgung. Es wird so getan, als ob man gegen das existenzielle Problem etwas täte, aber zugleich auch so getan, als ob nicht so schnell etwas getan werden müsste. Dann können die Klimaziele revidiert werden, dann können Abgasrichtlinien wieder einkassiert werden, dann können Lieferkettengesetze plötzlich wieder zurückgezogen werden und ähnliches. Dann tut man so, als ob man etwas täte, und das kippt aber offensichtlich immer auch hin zum faktischen Nichts-Tun. Das so tun, als ob man etwas täte möchte ich als *Rationalisierung* definieren.

Und eine dritte, auch äußerst interessante Variante des Als-Ob: *So tun, als ob man alles tun könnte*. Das nenne ich *Solutionismus*. Es gibt die weit verbreitete Vorstellung, die Wunschvorstellung, dass der Klimawandel sich technologisch lösen ließe, und dass da draußen, nicht nur im Schwabenland und im Silicon Valley, sondern auf der ganzen Welt viele innovative Köpfe und unternehmerische Einzelne daran arbeiten, diese Technologien zu entwickeln, zur Marktreife zu bringen und dann auch umzusetzen, auch mit viel staatlicher Förderung und Subventionierung. Das geht dann von Riesenpanelen, die man in die Atmosphäre schießt und dort aufhängt, um die Sonnenstrahlen zu reflektieren, bis zu der Vorstellung, dass man das Emissionsgut doch unter die Erde oder unter den Meeresboden verpressen könnte. Auch das ist eine Form der Realitätsabwehr. Der Glaube an die Macht der Technologie ist eine Form der Verleugnung, die Abwehr der Realität dessen, dass das, was schon passiert ist an menschen-, an kapitalismusgemachten Klimawandel, nicht zurückdrehen ist und dass mit jedem Tag, den wir warten und den wir hoffen, dass irgendwelche Supertechnologien uns retten könnten, die Kosten des Nichthandelns höher werden.



»Die kritische Theorie erklärt: es muss nicht so sein, die Menschen können das Sein ändern, die Umstände dafür sind jetzt vorhanden« Max Horkheimer 1937

Damit meine ich nicht nur die ökonomischen Kosten einer Umgestaltung von gesellschaftlicher Infrastruktur, und zwar in allen Bereichen nötig werden wird, sondern auch die Kosten für die Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Und all diese drei Orientierungs- und Handlungsmuster des Als-ob gehen einher mit Verschiebungen und Projektionen von Problemen. Wenn man nicht den Klimawandel für das zentrale Problem hält und so tut, als ob nichts wäre, als ob man etwas täte oder als ob man etwas etwas tun könnte, dann verfällt man angesichts der Unheimlichkeit dieses Problems darauf, andere gesellschaftliche Probleme in den Mittelpunkt zu stellen und diese zur „Mutter aller Probleme“ zu erklären. Das Zitat stammt von Horst Seehofer als Bundesinnenminister, und die „Mutter aller Probleme“ ist selbstverständlich die Migration. Sie wird zum existenziellen Problem erhoben, während die existenziellen Probleme erster Ordnung nicht behandelt werden.

Was tun?

Ich komme zum Ende. All dem entgegensetzen wäre das Realitätsprinzip. Das klingt einfach, ist aber immens schwierig und auch analytisch nicht so ohne weiteres darzulegen. Es ist unerlässlich, das wie auch immer schmerzhaftes Realitätsprinzip erstmal wieder in Anschlag zu bringen, Realität nicht abzuwehren, sondern zu erkennen, anzuerkennen und dann idealerweise auch irgendwie handlungswirksam werden zu lassen. Das ist das, was zu tun wäre. Jetzt bin ich weder Psychotherapeut noch Politikberater, deswegen erwarten Sie sich nicht zu viel, aber ich möchte andeuten, was passieren müsste gesellschaftlich, was individuell bei jedem von uns Einzelnen passieren müsste und was im gesellschaftlichen Prozess des Austausches, der Aushandlung, der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse passieren müsste, um überhaupt realitätstüchtig zu werden. Nämlich das, was Sigmund Freud in seinem Text „Trauer und Melancholie“ *Respekt vor der Realität* genannt hat – heute also vor dem *Klimawandel*. Wir müssten Respekt haben vor dem, was da passiert.

Was heißt das? Mindestens drei Schritte sind meines Erachtens dafür nötig. Wir müssten den schon eingetretenen und den zu erwartenden Schaden anerkennen. Schluss mit in die Tasche lügen. Es ist schon viel verloren. Unwiederbringlich verloren. Und wenn wir zufällig in Weltregionen leben, wo man noch nicht merkt, dass schon vieles verloren ist, dann sollten wir anerkennen, dass in vielen anderen Weltregionen der Klimawandel nicht nur etwas ist, das zukünftige Generationen bedroht, sondern bereits Gegenwart ist, eine Realität, die alltäglich Menschen tötet und

ihnen das Leben verunmöglicht und riesige Migrationsbewegungen in Gang setzt, die wir dann für die „Mutter aller Probleme“ halten. Der bereits eingetretene Schaden müsste anerkannt werden und das, was wir an weiteren Schäden zu erwarten haben, was wir, selbst wenn wir jetzt das Tempo der Klimabearbeitung massiv erhöhen würden, dennoch zu erwarten haben, das müsste in einem ersten Schritt anerkannt werden, weil diese Realitäten unser zukünftiges Leben massiv verändern werden.

Und ich bin kein Trauerredner hier, habe auch nicht die Qualifikation dafür, und es mag esoterisch klingen, aber es ist wirklich so, dass tatsächlich Trauer angemessen ist angesichts dessen, was schon verloren gegangen ist, was bei anderen jetzt schon verloren gegangen ist und was wir selber verlieren und verlieren werden. Was zerstört wurde, ist unwiederbringlich verloren. In anderen Weltregionen leiden Menschen massiv unter den Folgen des Klimawandels, ihnen werden die grundlegenden Möglichkeiten der Subsistenz entzogen. Und ja, wir können auch trauern über das, was ansteht, nämlich dass sich unser Leben strukturell ändern wird. Dass das, was wir heute an Möglichkeiten, an Optionen, an Selbstverständlichkeiten wahrnehmen, dass das nicht mehr möglich sein wird, dass das als Option ausgeschlossen sein wird. Darüber ist Trauer angesagt.

Und über diese Anerkennung und über die Trauer wäre überhaupt erst an die Möglichkeit einer Umkehr zu denken, auch in Reflexion auf die eigenen Widerstände gegen eine solche Umkehr. Das wissen Sie vielleicht, wenn Sie jemals mit einer Psychoanalyse konfrontiert waren, dass es auch darum geht, die eigenen Widerstände gegen die Wahrnehmung der Realität erst mal kennenzulernen. Wahrscheinlich ist es nicht möglich, diese Widerstände völlig zu überwinden, aber sie zu akzeptieren ist der erste Schritt. Und darum geht es, glaube ich, auch gesellschaftlich: Realität und die Veränderung von Realität, der wir nicht ausweichen können, zu akzeptieren, sie wirklich anzuerkennen, um dann überhaupt ansatzweise ins Handeln kommen zu können. Es geht also um nicht weniger als die Rückkehr der Realität in die Gesellschaft. Und ich möchte schließen mit der Umkehr dieses jetzt schon seit Jahrzehnten emblematischen Ausspruchs von Neil Armstrong, als er eine für ihn und die Menschheit unbekannte Welt betrat. Da meinte er, vermeintlich oder tatsächlich, dass es ein kleiner Schritt für ihn sei, jetzt den Mond, eine ganz neue Welt zu betreten, aber ein großer Schritt für die Menschheit. Und ich würde sagen, heute ist es umgekehrt. Wenn wir akzeptieren, was real ist, dann ist es ein großer Schritt für uns, aber – leider – immer noch ein kleiner für die Menschheit.

Vielen Dank.



Zukunftsvisionen in Zeiten der Krise.



Ein Gespräch über die Ausstellung »Fixing Futures«

Interview von Johanna Fankel

Anfang April wurde in Frankfurt die Ausstellung »Fixing Futures: Planetary Futures Between Speculation and Control« eröffnet. Julia Schubert und Steven Gonzalez Monserrate sind Postdocs im Graduiertenkolleg »Fixing Futures: Technologies of Anticipation in Contemporary Societies« der Universität Frankfurt und haben die Ausstellung mitkonzeptualisiert. Im Gespräch geben sie Einblicke in das gemeinsame Nachdenken über offene Zukünfte.

Johanna Ihr wart beide Teil des Organisationsteams der Ausstellung »Fixing Futures«. Könntet ihr uns einen kurzen Einblick geben, worum es bei der Ausstellung geht und wer daran beteiligt ist?

Steven Die Ausstellung »Fixing Futures« ist im Kern ein Dialog zwischen Wissenschaft, Aktivismus und Kunst über mögliche Zukünfte sowie Auseinandersetzungen mit der Frage, wie wir die Zukunft gestalten können. Dabei werden unterschiedliche Ansätze zusammengebracht: Beim Rundgang durch das Museum trifft man auf Videospuren von Expert:innen aus verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen, auf vielfältige Kunstwerke, Installationen, Klanglandschaften, interaktive Programme, Videospiele und Filmprojekte. Sie alle beschäftigen sich mit unvermeidbar scheinenden, utopischen oder apokalyptischen Zukunftsvisionen. Die Ausstellung betont dabei die Offenheit der Zukunft, thematisiert aber auch die Dringlichkeit aktueller Krisen wie der Klimakatastrophe.

Julia Der Untertitel der Ausstellung – „Planetare Zukünfte zwischen Spekulation und Kontrolle“ – lenkt den Blick außerdem auf das Spannungsverhältnis zwischen der Darstellung und der Herstellung von Zukünften: Also auf den Zusammenhang zwischen den Mitteln, mit denen Zukunft greifbar, planbar und regierbar gemacht werden soll – etwa durch wissenschaftliche Modelle

oder politische Szenarien – und den Effekten, die diese Mittel auf die Realisierung von Zukunft haben. Die Ausstellung regt zur Reflexion darüber an, wie bestimmte Darstellungsformen die Wahrscheinlichkeit künftiger Entwicklungen beeinflussen oder bestimmte Zukünfte überhaupt erst hervorbringen können. Dabei wird ein Zusammenspiel zwischen aktuellem Wissen, möglichen Handlungsperspektiven und ihrer Umsetzung aufgezeigt. Durch interaktive Formate, Führungen und Workshops sollen die Besucher:innen in diesen Reflexionsprozess eingebunden werden.

Johanna Was zeichnet eurer Meinung nach die unterschiedlichen Zugänge – also die wissenschaftliche, die aktivistische und die künstlerische Perspektive – in Bezug auf die gemeinsame Ausstellung aus?

Julia Ich denke, der durch die Ausstellung entstehende Austausch zwischen Wissenschaft, Kunst und Aktivismus bietet eine großartige Möglichkeit, dem oft verengten Blick auf die Zukunft eine spekulative, öffnende Perspektive an die Seite zu stellen. Wissenschaft strebt im Umgang mit der Zukunft häufig nach Eindeutigkeit – festem Wissen, klaren Prognosen oder technologischen Lösungen. Die Kunst stellt dagegen eine wichtige Dimension der Spekulation und Öffnung dar. Sie mildert damit auch die Gefahren, die mit einem rein wissenschaftlich-technologischen



Die Ausstellung »Fixing Futures« im Museum Giersch versteht Zukunft als ein Zusammenspiel verschiedener Visionen von Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Autor*innen und Künstler*innen – stets im Plural. Weitere Informationen unter: <https://www.mgggu.de/ausstellungen/fixing-futures/>

Dr. Steven Gonzalez Monserrate erforscht Datenspeicherinfrastrukturen als 'Technologien der Antizipation'. Seine Dissertation 'Cloud Ecologies' ist eine ethnografische Untersuchung von Rechenzentren und ihren ökologischen und politischen Auswirkungen.

Dr. Julia Schubert ist Wissenschaftssoziologin und erforscht die Geschichte und Politik der Klimawissenschaften. Ihr Buch »Engineering the Climate: Science, Politics, and Visions of Control« (Mattering Press 2021) rekonstruiert die Geschichte sogenannter Geoengineering-Maßnahmen. In Frankfurt erforscht sie das Feld der Extremwetterattribution.

Zugang zur Zukunft verbunden sein können. Wissenschaft sollte am gesellschaftlichen Dialog teilnehmen, historische Kontinuitäten, politische Pfadabhängigkeiten, aber auch Möglichkeiten des Wandels in den Mittelpunkt stellen. Damit könnte wieder mehr ein emanzipatorischer Zugang zur Zukunft sichtbar gemacht werden.

Steven Es war sehr spannend, als Wissenschaftler:in gemeinsam mit verschiedenen Akteuren an einem Thema zu arbeiten, das unmittelbar mit unserer Forschung im Graduiertenkolleg »Fixing Futures« verknüpft ist. Das heißt, darüber nachzudenken, wie sich unsere Erkenntnisse und gemeinsamen Anliegen einem breiteren Publikum vermitteln lassen. Besonders interessant war für mich auch die Frage, wie sich komplexe wissenschaftliche

Debatten über Zukunft in eine künstlerische oder räumliche Form übersetzen lassen. Wie kann man solche Inhalte in einem Museum inszenieren und Besucher:innen aktiv einbeziehen? Aktivistische Perspektiven dabei zu haben, bedeutet in diesem Zusammenhang auch, die Zukunft als politische Frage zu begreifen – als etwas, das gesellschaftlich verhandelbar und gestaltbar ist. Es geht um Fragen von Macht: Wer entscheidet darüber, wie unsere Zukunft aussieht? Welche Zukünfte gelten als bewahrenswert – und wer bestimmt das? Wem steht es überhaupt zu, über die Zukunft nachzudenken?

Johanna An diese Fragen anschließend: Welche Visionen oder Vorstellungen von Zukunft werden in der Ausstellung entworfen – womöglich jenseits von bekannten Narrativen?

Steven Eines der Ziele der Ausstellung ist es, dekoloniale Perspektiven auf die Zukunft in den Mittelpunkt zu rücken. Es gibt beispielsweise einen Ausstellungsteil von *Jordan Rita Seruya Awori*, in dem mithilfe von künstlicher Intelligenz spekulative Versionen von Städten entworfen werden. Dabei wird versucht, nachzuvollziehen, wie Städte und ihre Geschichte ohne kolonialen Einfluss aussehen würden oder welche Auswirkungen eine andere Kolonialordnung auf das Stadtbild gehabt hätte. Es gibt auch ein spannendes Kunstwerk von *Adhavan Sundaramurthy*, das in der Form des Tamizh Futurism Architekturen für alternative, postkoloniale Zukünfte entwickelt. Die ausgestellten Plastiken, die mittels 3D-Druck entstanden sind, sind von der Grammatik der tamilischen Sprache inspiriert. Zahlreiche weitere Werke befassen sich mit alternativen Welten und verfolgen das Ziel, die koloniale Ordnung, die wir geerbt haben, aufzuzeigen und infrage

zu stellen. Sie regen dazu an, über Zukünfte nachzudenken, die auf anderen Mythologien, Traditionen und Sprachen basieren.

Julia Durch alternative, dekoloniale Zukunftsvisionen versucht die Ausstellung aufzuzeigen, wie Vergangenheit und Zukunft miteinander verwoben sind – und wie sich bestimmte Kontinuitäten bis in die Gegenwart und mögliche Zukünfte fortschreiben. Zudem geht es viel um eine Auseinandersetzung mit Technologie, die eine handhabbare Zukunft verspricht. Dabei wird deutlich, dass technologische Entwicklungen – wie solche, die als Lösungen für die Klimakrise präsentiert werden – stets gesellschaftlich eingebettet sind und durch politische sowie historische Kontexte geprägt werden. Dies greift die Ausstellung unter anderem durch die kritische Auseinandersetzung mit Geoengineering auf. Dabei handelt es sich um den Versuch, den Klimawandel durch Eingriffe in geophysikalische Prozesse zu beeinflussen. Besonders eindrucksvoll finde ich beispielsweise die Grafiksreihe 'We will find salvation in strategic chemical spills' von *Colin Lyons*, die künstlerisch und kritisch Vorschläge zur Klimamanipulation wie den planetaren Sonnenschirm oder die Injektion von Schwefelpartikeln in die Stratosphäre thematisiert und deren Pfadabhängigkeiten visualisiert.

Johanna Das Motto dieser Ausgabe, »No Limits«, verweist auf militärische Aufrüstung, Umweltzerstörung und autoritäre Entwicklungen. Warum ist es angesichts dieser Krisen unserer Zeit dennoch wichtig, die Pluralität der Zukunft zu betonen und an alternative Zukünfte zu denken?



»Die Geschichte zeigt aber auch, dass Menschen immer wieder aus katastrophalen Zuständen heraus neue gesellschaftliche Verhältnisse schaffen konnten.«

Julia Die Pluralität bzw. Kontingenz von Zukunft war für uns von Anfang an sehr wichtig. Gerade angesichts einer Welt, die von multiplen Krisen geprägt ist, erscheint es mir entscheidend, die Kontingenz von Zukunft und damit die Möglichkeit der Veränderung zu betonen. „Plural“ bedeutet, dass es nicht den einen Lösungsweg gibt, keinen objektiven, global gültigen Pfad zur Bewältigung dieser Krisen. Vielmehr wird es um die gesellschaftliche Aushandlung unterschiedlicher Perspektiven und fundamentaler Interessenskonflikte gehen, die ganz unterschiedlich aussehen kann. Wir sollten diese Pluralität möglicher Zukünfte in den Mittelpunkt stellen, statt darauf zu beharren, dass die alteingesessenen Wege die richtigen sind. Natürlich leben wir mit der Klimakrise in einer Zeit, in der man unter anderen Bedingungen über die Zukunft nachdenken muss, da materielle und klimatische Realitäten unseren Handlungsspielraum anders begrenzen. Es ist wichtig, auf diese Verhältnisse und Einschränkungen hinzuweisen, ohne sich in Unvermeidbarkeit zu verlieren. Es braucht auch positive Visionen für die Frage: Wie wollen und können wir in Zukunft zusammenleben?

Steven Ich glaube, mit der Ausstellung reagieren wir auch auf eine verbreitete Ohnmacht und Resignation, die wir in akademischen Kreisen wahrnehmen. Oft dominiert die Vorstellung, dass krisenhafte Entwicklungen unveränderlich seien und uns alle gleichermaßen treffen würden. Natürlich möchte ich gerade die Schwere der Klimakatastrophe nicht herunterspielen – die Bedrohung ist real und erschreckend. Aber diese fatalistische Sicht auf die Zukunft ist zugleich begrenzt. Sie geht davon aus, dass bestehende Politiken und Systeme in den nächsten Jahren genauso fortbestehen und übersieht oft, dass Krisen eben nicht alle gleichermaßen betreffen. Für viele indigene und kolonisierte

Gemeinschaften etwa sind apokalyptische Erfahrungen längst Realität. Die Geschichte zeigt aber auch, dass Menschen immer wieder aus katastrophalen Zuständen heraus neue gesellschaftliche Verhältnisse schaffen konnten. Genau deshalb ist es heute so wichtig, sich radikal für neue, alternative Zukunftsvorstellungen zu öffnen – und dabei möglichst viele Stimmen und Menschen einzubeziehen. Gerade soziale Bewegungen und Aktivist:innen arbeiten oft auf gerechtere Zukünfte hin und solche Visionen einer besseren Welt können viel Antrieb und Kraft für konkrete Veränderungen geben.

Johanna Was gibt euch Anlass zur Hoffnung, wenn ihr an die Zukunft denkt?

Steven Ich glaube, wenn man genau hinsieht und danach sucht, gibt es trotz allem Grund zur Hoffnung. So sehr sich die politischen Bedingungen weltweit verschärfen, beispielsweise durch Einschränkungen von Rechten und Freiheiten, so sehr beobachten wir zugleich ein politisches Erwachen, eine neue Form von Solidarität und ein globales Streben nach Befreiung, das über Grenzen hinweg sichtbar wird. Als Science-Fiction-Autor muss ich auch Hoffnung sehen, denn beim Schreiben über die Zukunft kann es nicht nur darum gehen, einen Zusammenbruch

zu modellieren. Es geht auch darum, dominanten Zukunftserzählungen etwas entgegenzusetzen: alternative Möglichkeiten sichtbar zu machen und die Grundlagen unserer Weltordnung zu hinterfragen. Und ich glaube, dass aus diesem kritischen Hinterfragen eine gerechtere Welt entstehen kann, die mehr Wohlstand für alle enthält.

Julia Ja, das sehe ich ganz ähnlich. Derzeit werden viele Konflikte und Fragen sichtbar, die zwar schon vorher vorhanden waren, im politischen Alltag jedoch oft untergegangen sind. Trotz aller Krisen und Frustration gibt es, denke ich, auch einen Silberstreif am Horizont: Bestimmte Fragen, die lange als beantwortet galten, werden wieder neu gestellt. Es findet eine Politisierung statt. Daraus kann womöglich etwas Neues entstehen, und das gibt mir Hoffnung.

Interview vom 27.04.2024
geführt von Johanna Fankel



Projekt »Themis«

Nachteilsausgleiche für Studierende mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen im Sinne von 2 Abs 1 SG IX nach dem Hessischen Hochschulgesetz HHG 20 (Abs. 3)

Grundsätzlich werden Nachteilsausgleiche (NTAG) durch individuelle Vereinbarungen/Aushandlungen mit Prüfer*innen oder dem Prüfungsamt erteilt.

Die Ermessensentscheidungen des Prüfungsamtes werden von Prüflingen oftmals als intransparent und nicht immer nachvollziehbar gewertet.

Es gibt keinen Katalog vorhandener NTAG, der Prüflingen die Möglichkeiten gäbe verschiedene NATG Optionen auf die eigene Situation zu überprüfen. Ablehnungen werden in Form von verwaltungsrechtlichen Bescheiden ausgesprochen, gegen die man mit Hilfe von Rechtsberater*innen Widerspruch einlegen kann.

Hier ist unser Ziel langfristig Erfahrungen zusammenzutragen und diese später zu veröffentlichen.

Weitere Interessierte, die an diesem Projekt mitarbeiten wollen, sind sehr willkommen.

Meldet euch dafür gerne hier:

Inklusionsreferatunifrankfurt@protonmail.com

Wichtig: Eure Namen sollten anonymisiert sein. Informationen über den Fachbereich, Modul, Kurs etc. sind aber sehr hilfreich! Verschlüsselungspasswörter können extra vereinbart werden.

Weitere Informationen:

https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Studieren_mit_Behinderung/Veranstaltungsrueckblicke/IBS-Veranstaltungen-2019/Studieren_mit_Behinderungen__Nachteilsausgleich_in_Pruefungen/2019-10-14_gutachten-nachteilsausgleiche-_ennuschat-2019.pdf

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-HSchulGHE2022pG7>

<https://www.uni-frankfurt.de/99988359/formular-nachteilsausgleich-gu-4-2021.pdf>

https://www.uni-kassel.de/hochschulverwaltung/files/Themen/Gleichstellung_Familie_Diversity/hinweise_nachteilsausgleich.pdf

Barbarei in den Sternen



Baha Kirlidokme



Blick aus dem Fenster. Die Sonne geht gerade über dem roten, sandigen Tal auf. Darüber sind noch Phobos und Deimos zu erkennen. Nein, nicht die Söhne des griechischen Kriegsgottes Ares. Es sind die Monde des Mars. Auf der anderen Seite des Tals landet gerade eine Rakete, sie bringt Roboter, Handwerker:innen und Tourist:innen zur Kolonie. Noch kann sie sich nicht autark versorgen, aber das soll sich schon bald ändern. Und das alles war nur möglich, weil Elon Musk 2026 sein erstes „Spaceship“ seines Unternehmens SpaceX zum Mars geschickt hatte. Die Zukunft der Menschheit: Sie liegt im All.

Was der reichste Mann der Welt propagiert, wird er zumindest zu seinen Lebzeiten wohl nie erreichen. Das weiß er auch. Höchstwahrscheinlich wird auch die für 2026 angesetzte Mission wieder nach hinten verschoben werden. Die von ihm beschriebene Utopie dient nur dazu, den Wert seiner Unternehmen hochzutreiben. Selbst seine Investoren dürften das wissen. Sie spielen das Spiel natürlich mit.

Dennoch ist der Traum der Menschheit als Raumfahrendes Volk einer, der gar nicht so weit weg ist. Streng genommen befinden sich die Menschen mittendrin. Die Frage ist nur, ob das in einer Utopie oder einer Dystopie mündet, denn wie so ziemlich alle Lebensbereiche, ist auch die Raumfahrt ökonomisch getrieben.

It's the economy, stupid

Klar ist: Ressourcen sind endlich. Der Raubbau an der Erde, so wichtig er ist, hat im Kapitalismus zur ökologischen Katastrophe geführt. Alleine deshalb ist es sinnvoll, nach den Sternen zu greifen. Die NASA hat seit Jahren Pläne für den Rohstoffgewinn auf Asteroiden. Das betraf Gold, Platin oder andere Metalle.

Doch momentan gibt der Privatsektor den Ton an. Ganz vorne mit dabei am Goldrausch sind Privatunternehmen, allen voran neben Elon Musks SpaceX, Richard Bransons Virgin Galactic

und Blue Origin des Amazon-Chefs Jeff Bezos. Sie alle haben das ökonomische Potenzial erkannt, das im Weltraum steckt.

Dabei konzentrieren sie sich auf ganz unterschiedliche Bereiche. Die Milliardäre Bezos und Branson setzen vorerst auf Touristenflüge. Das ist zumindest wirtschaftlich durchaus attraktiv. Durch die sinkenden Grenzkosten der Raumfahrt können sich die Tickets sogar stinknormale Millionäre leisten, die sonst natürlich ganz am Boden geblieben sind. 600 000 Dollar für einen 90-minütigen Flug bei Virgin Galactic, davon wenige Minuten Schwerelosigkeit, müssen für Nicht-Normalos wie ein Schnäppchen klingen. Die US-Amerikanische Sängerin Katy Perry hat zumindest vor kurzem unter viel Häme zugeschnappt.

Musk hingegen setzt vor allem auf Auftragsflüge für die NASA oder andere private Unternehmen, sei es, um Satelliten ins All zu schießen, oder auch Astronaut:innen. Oder, um seine eigenen Starlink-Satelliten in die Erd-Umlaufbahn zu bekommen und mit deren schnellem Internet gerne auch mal über den Verlauf von Schlachten zu entscheiden, wie aktuell in der Ukraine. Am Goldrausch beteiligen sich noch weitere Unternehmen, wie HyperSat, Rocket Labs, Boeing, Airbus, AXA XL oder Marsh, die an Weltraumtechnik arbeiten oder Versicherungen für Satelliten anbieten.

Rohstoffe und Geopolitik

In den kommenden Jahrzehnten dürfte es dann an die Rohstoffe im All gehen. Strenggenommen können Menschen schon seit mehr als 20 Jahren Raumsonden auf kleinen Himmelskörpern landen lassen, die mehrere hundert Millionen Kilometer entfernt liegen. Daran hat Japan im Februar 2019 erinnert, als es die Raumsonde Hayabusa2 auf dem Kometen Ryugu absetzte, um Gesteinsproben für die Forschung zu sammeln.

Die NASA startete 2014 das Forschungsprojekt New Asteroid Initiative, das kleine Asteroiden in die Mondumlaufbahn leiten





sollte. Dort sollten Astronaut:innen mithilfe von Sonden den Abbau von Gestein erproben. Die Technik dahinter war durchaus simpel und längst vorhanden. Die ersten Praxistests hätten 2019 stattfinden sollen, doch der US-Kongress wollte das Projekt 2017 nicht mehr weiter finanzieren.

Das ist ein großes Problem: Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenfall der Sowjetunion ist die Raumfahrt für Staaten lange Zeit kaum interessant gewesen, diente sie doch vor allem dem Kräftemessen zwischen den Großmächten. Deshalb haben Milliardäre wie Musk einen leichten Markteintritt und schaffen ein Oligopol. 2023 betrug der jährliche Umsatz in der privaten Weltraumwirtschaft 285 Milliarden US-Dollar, so der jüngste Bericht des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Tendenz steigend. Damit macht der Privatsektor mehr als die Hälfte des Umsatzes, der 2023 mehr als 500 Milliarden US-Dollar betrug.

Erst jetzt flammt das Interesse der Staaten wieder auf. Auch aus militärischen Gründen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat das erkannt und bei den jüngsten Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD ein Raumfahrtministerium herausgehandelt.

Aber auch hier waren die US-Amerikaner schneller. 2015 erklärte der damalige US-Präsident Barack Obama per Dekret die USA zum Schürfrechtverwalter des Weltalls. Theoretisch können seitdem das US-Verteidigungsministerium, das US-Verkehrsministerium und die NASA entscheiden, wer für welchen Zweck in den Weltraum fliegen darf. Ein Gesetz, das in Zukunft durchaus relevant werden kann. Und das eigentlich zu einem Aufschrei hätte führen müssen. Denn – Außerirdische müssen kurz weghören – dieses US-Gesetz verstößt gegen den Outer Space Treaty, also jenes Weltraumgesetz, in dem sich die Vereinten Nationen 1967 darauf einigten, dass kein Staat dieser Welt den Weltraum für sich beanspruchen kann, da er der gesamten Menschheit gehöre.

Einen draufgesetzt hat US-Präsident Donald Trump in seiner ersten Amtszeit. Im Dezember 2019 gründete er die Space Force,

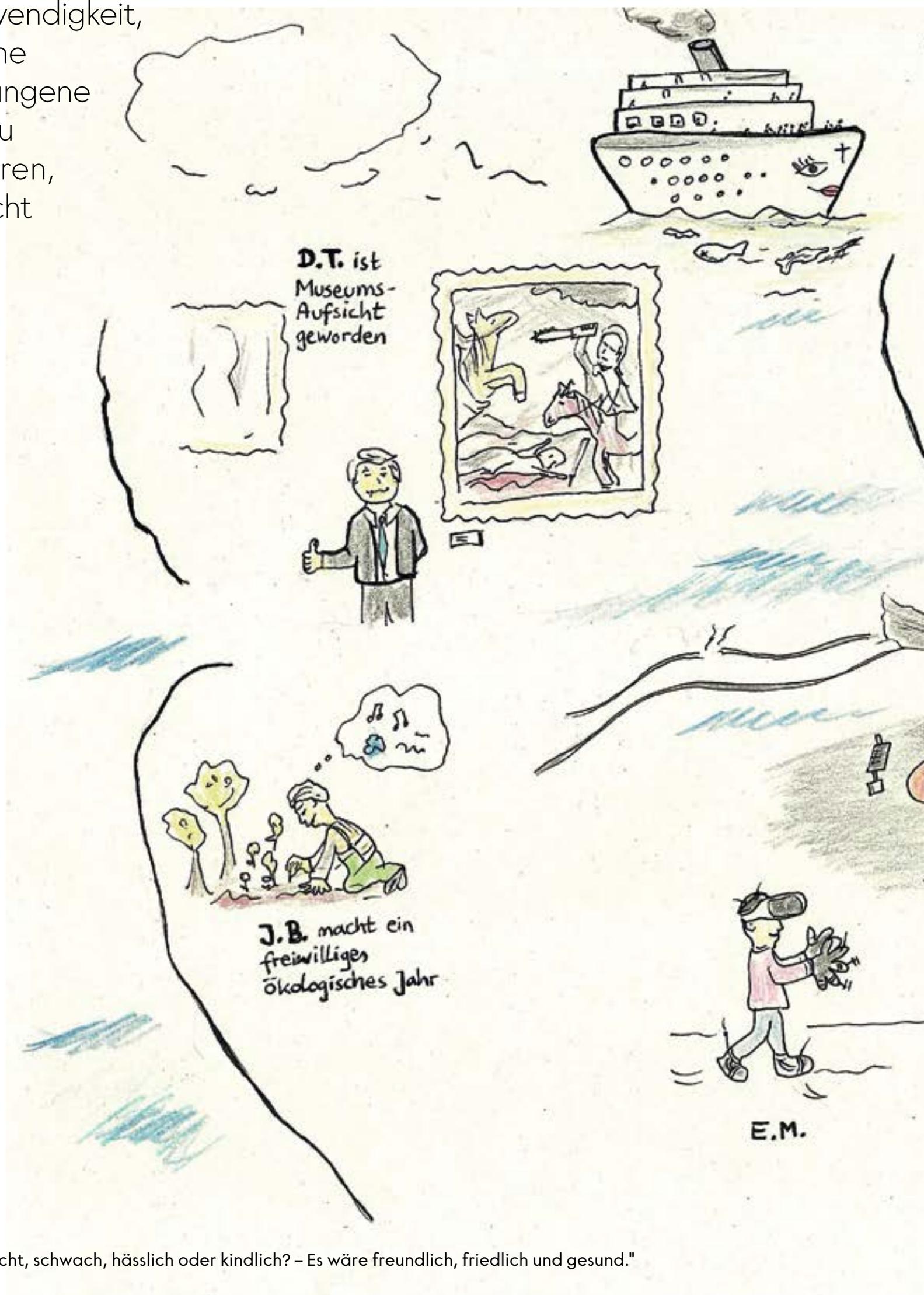
also einen weiteren Arm der US-Streitkräfte. Viele belächelten das damals, dabei waren die USA überraschenderweise nicht die ersten. Russland hat bereits seit 2001 eine militärische Weltraumabteilung, die sich offiziell um den Schutz eigener Satelliten kümmert. Darüber hinaus hat sich China schon vor Jahren auf die Entwicklung von Spionagesatelliten spezialisiert. Das zeigt, dass kapitalistische und militärische Interessen Hand in Hand gehen. Das wird mit Blick auf die zunehmende Aufrüstung und neue Blockbildung auch zunehmen.

Aufregend ist die potenzielle Zukunft allemal, unabhängig davon, ob nun Utopie oder Dystopie. Die NASA arbeitet derzeit an Plänen zum Lunar Orbital Platform Gateway, einer Raumstation, die den Verkehr für Marsmissionen erleichtern soll. Zur Weltraumexpansion gehören auch Pläne, Treibstoff wie Wasserstoff oder Helium-3 in verschiedenen Ecken des Sonnensystems zu gewinnen. Daran forscht zum Beispiel das Glenn Research Center der NASA. Tankstellen im Weltraum würden höhere Reichweiten für Raumschiffe bedeuten, zudem könnte man größere Raumschiffe, vielleicht sogar Transporter im Weltraum zusammensetzen. Denn um der Schwerkraft der Erde zu entkommen, muss man viel Energie aufwenden. Je größer eine Rakete ist, desto mehr Treibstoff verbraucht sie beim Start. Mit mehreren Raumstationen müssten Raumschiffe oder Raketen also nicht ständig auf Planeten landen und wieder starten, was ökonomischer, sicherer und leichter wäre.

Im schlimmsten, aber momentan wohl realistischsten Fall entwickelt sich das Raumfahrtzeitalter in eine neue Stufe des Imperialismus. Geopolitische und kapitalistische Interessen sind hierbei der Treibstoff. So hatte Lenin definitiv recht, als er den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus bezeichnete. Ob er sich erträumt hat, dass dieser Imperialismus ins All sprießen wird, bleibt offen. Um die Barbarei nicht mit in die Sterne zu nehmen, muss vielleicht erst auf der Erde der Sozialismus erreicht werden

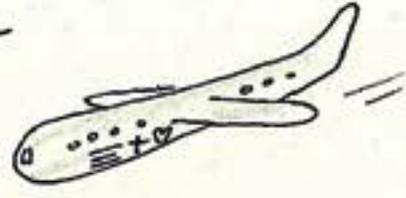
Zukunft der Welt

Eine Notwendigkeit,
sich für eine
aufgezwungene
Realität zu
interessieren,
gibt es nicht



»Wäre es ungerecht, schwach, hässlich oder kindlich? – Es wäre freundlich, friedlich und gesund.«

W.P. leistet Sozialstunden
und bietet Klimaflüchtenden
eine Existenzgrundlage



Kinderfreundliche
Politiker werden
Kindertagespflegepersonen



Familie

Mars



X.J. ist arbeitslos geworden

Raketen gegen Weiße Haus

Wie können wir die Allianz zwischen der fortschrittsorientierten Tech-Branche aus dem berühmtesten Tal der Welt und der regressiven MAGA-Bewegung verstehen? Und was hat es mit dem Break-up von Musk und Trump auf sich? Auf der Suche nach Antworten, findet der Artikel sogar linke Perspektiven auf die Entgrenzung.

Lennart Bade

In den Nachwehen des großen Bromance-Break-ups, das ja bereits breit in der Öffentlichkeit durchdiskutiert wurde, verlaublich Musk auf seiner Kommunikationsplattform X: „Whatever happens, we have got the spaceships, and they do not“. Damit konnte das *Battle Royale* also endgültig beginnen – die von der künstelnden Intelligenz generierten Karikaturen der beiden Alphamännchen als Boxkämpfer oder Kampfjetpiloten weisen uns in dieser postpostmodernen Gesellschaft den Showact: Reichster Mann der Welt gegen den mächtigsten Mann der Welt: Der mit den *Spaceships* gegen den mit dem Weißen Haus. Der mit den Elektroautos gegen den Oberbefehlshaber des mit zehn Flugzeugträgern ausgestatteten stärksten Militär der Weltgeschichte. Spätestens nach Musks erstem Eingeständnis auf X, dass er den Streit übertrieben habe, liegt das orange Team in den Wettumfragen vorne.

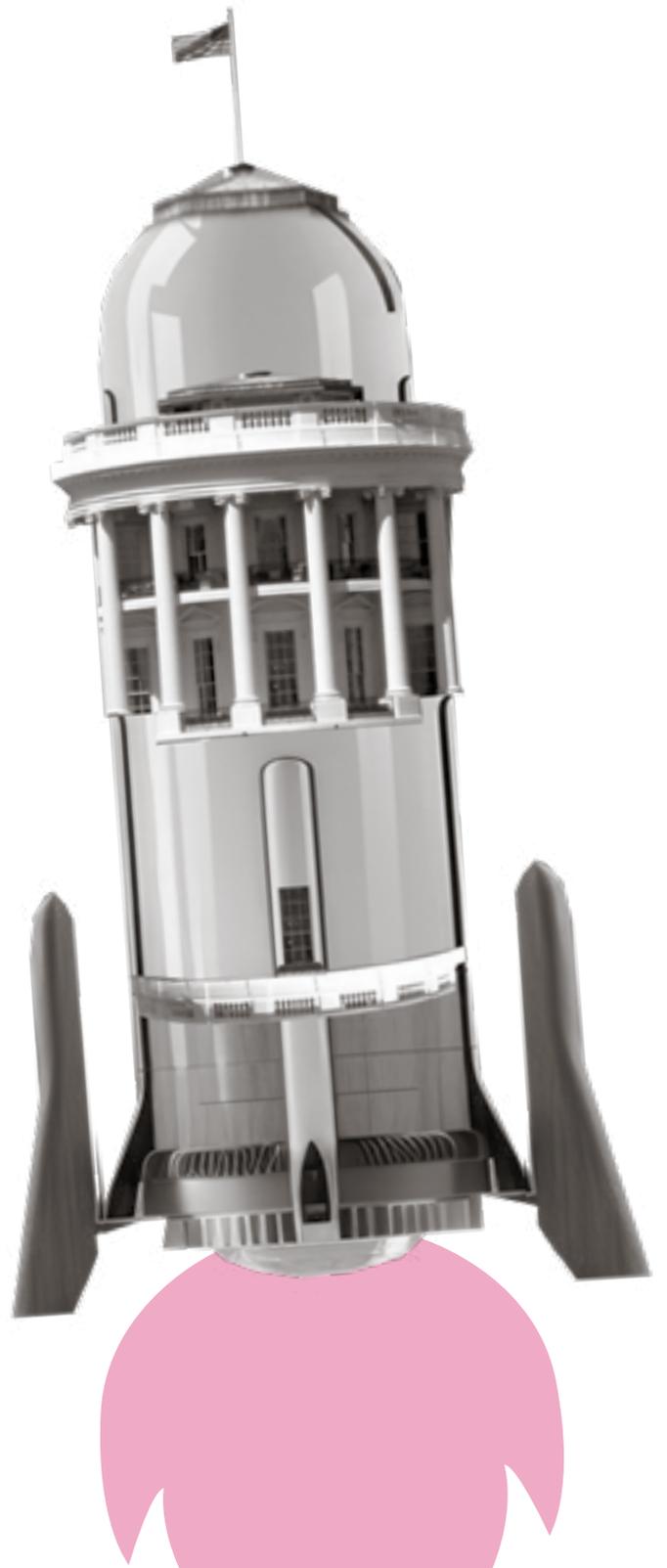
Kurz vor der Amtsübernahme der neuen US-amerikanischen Regierung, schrieb der mittlerweile in Toronto lehrende Faschismus-Forscher Timothy Snyder (zuvor Yale) in einem Blogbeitrag, dass die neue Regierung „MUMP-Regime“ genannt werden sollte. Die Fusion aus Trump und Musk wollte er hier besonders hervorheben – erklärt in dem Blogbeitrag allerdings, er habe bewusst das „M“ an vordere Stelle gelegt, um deutlich zu machen, wer am längeren Hebel sitze: Der hundertfache Milliardär sei für die produktive Allianz wichtiger als der cholerische Republikaner.¹ Wie plausibel ist aber diese Einschätzung des Kräfteverhältnisses nun nachdem sich die Macht konsolidiert?

Musks Idee, „we“ (er und seine postpubertären Bros?) hätten die Raketen und „they“ (die Regierung der Vereinigten Staaten?) nicht, ist in Anbetracht all seiner ketaminkoksgetränkten Wahnsinnsalven wenig verwunderlich. Zu glauben, er und sein Unternehmen seien mächtiger als die US-Regierung ist so plausibel wie der Glaube, ihm gehöre bereits der Mars. Was sich hier offenbart, ist eine folgenreiche Entgrenzung, von der wir aber was lernen können: Musk scheint fest in dem Glauben an seine eigene Macht und Wirkmächtigkeit verankert, Trump natürlich in seiner. Nur: Am Ende ist die Politik, und damit das Weiße Haus, diejenige

Instanz, die Musk und sein Unternehmen in jeder Hinsicht erst hervorgebracht hat: Durch Bildung, Bereitstellung der Infrastruktur, Subvention, rechtsstaatlichem (Eigentums)Schutz.

Ausgerechnet Donald Trump rüttelt uns nun wach in der Einsicht, dass die benannten Bereiche *keine* Naturgesetze sind. Er sägt an der Bereitstellung all jener Infrastruktur (inklusive der „Elite-Unis“), die das Silicon Valley hat entstehen lassen. Er zermalmt mit seinen *Executive Orders* die rechtsstaatliche Rückbindung. Er willkürisiert den Einsatz von militärischer Macht, disruptiert die Weltwirtschaft mit seinen scheinbar impulsiven Zollsätzen und schneidet die Subventionen für seinen Expartner Elon einfach wieder ab. Er wäre sicherlich nicht gescheut, ihm seine Spielzeugraketen „zum Wohle Amerikas“ oder zur reinen Befriedigung seines manischen Egos abzuluchsen. Macht ausgerechnet der quallige Möchtegern-Bonaparte also nun das wahr, was viele Linke nicht einmal zu träumen wagen: *Musk Enteignen?*

Angesichts dessen stellt sich vielleicht doch die Frage, mit der die Wochenzeitung *Die Zeit* vor Kurzem provozierte: „Sind Rechte die besseren Linken?“² Es stimmt zumindest: Der „postliberale“ Flügel des neuen Regimes, der sich hinter dem Vizepräsidenten und Beratern wie Patrick Deneen versammelt hat, hat unlängst



»Ihr reaktionär-getränkter Unmut gegen den globalen Turbokapitalismus mündet schließlich in dem Wunsch zur Disruption, dem Wunsch nach Regime Change.«

zu einer verquerten Kapitalismuskritik ausgeholt. Sie schimpfen gegen materialistischen Hedonismus, gemeinschaftslossagende Individualisierung und Globalisierung. Die Lösung sehen sie dann in der Rückkehr zum patriarchalen Ernährermodell der Familie, einem katholisch-klerikalen Gemeinschaftsideal und einer homogenen, geeinten Republik.³ Ihr reaktionär-getränkter Unmut gegen den globalen Turbokapitalismus mündet schließlich in dem Wunsch zur Disruption, dem Wunsch nach *Regime Change*.⁴ Und genau diese Disruptionsphantasie drängt sie in die eigentlich paradoxe Allianz mit den hyperkapitalistischen technooptimistischen Radikallibertären, die in ihrem Kern eigentlich gerade die Feinde eines katholischen Postliberalen sein sollten.

Aber auch sie wollen das Alte sterben sehen, damit das Neue geboren werden kann. Zusammen stellen sie sich hinter den *ausgewählten* Vulgärpopulisten, der es schafft, im Vordergrund mit unheimlicher Machtdemonstration alle zusammenzuhalten und das Gefühl zu vermitteln, für das eigene jeweilige Ziel genau der Richtige zu sein. Im Hintergrund halten Figuren wie Peter Thiel die Disruptions-Allianz der *rückwärtsgewandten* MAGAs, National-Evangelikalen oder Antiliberalen Katholiken auf der einen, sowie den *vorwärtsgewandten*, Richtung Mars, Cyberspace und Künstlichen-Intelligenz-Königreichen schauenden, Techno-Libertären auf der anderen Seite zusammen.⁵ Dass hier und da diese Zusammennaht aufplatzt, war abzusehen – doch die Macht, aus den Fäden tatsächlich einen Regime Change, das „Project 2025“ umzusetzen, obliegt der exekutiven Gewalt, die hierarchisch so sortiert ist, dass sich Raketenjunge Elon einfügen müsste.

Dieser und andere Milliardärsmogule des Silicon Valley hatten 2016 gar noch Bernie Sanders unterstützt – wohl aus der geteilten Verachtung gegenüber Wall Street und Washington. Als die Demokrat*innen ihren linken Flügel stützten und dann auch noch Silicon Valleys Firmen regulieren wollten, statt unreguliert an das solutionistische technoreligiöse Heilsversprechen zu glauben, zeigte sich allmählich die hässliche Fratze der „kalifornischen Ideologie“. Bereits 1995 schrieben Barbrook und Cameron, dass diese in einer ganz eigentümlichen Mischung aus progressiver, liberaler Haltung und reaktionärem Weltbild bestehe. Der im Geniekult versteckte Glaube an „natürliche Hierarchien“ ist nur ein Beispiel dafür. Ob es also linksemanzipatorisch je möglich gewesen wäre, den neu entstehenden Tech-Feudalismus des Silicon Valley auf die eigene Seite zu ziehen, scheint auch in der Retrospektive unwahrscheinlich.

Natürlich sind die Rechten also nicht die besseren Linken. Die „Enteignung“ von Musk würde wohl kaum bedeuten, dass die Trump-Regierung wirkliche Eigentumsfragen stellt oder am Kapitalismus rüttelt. Vielmehr würde es lediglich zu einer Umwidmung der Ziele seines Unternehmens kommen – ganz im Sinne einer „technological Republic“, wie sie jüngst von einer weiteren

dubiosen Valley-Gestalt mit Frankfurter Vergangenheit (Alexander Karp, CEO von *Palantir Technologies*) vorgeschlagen wurde. Laut Karp sollen die neuesten technologischen Entwicklungen, inklusive KI (siehe dazu das Interview mit Mühlhoff in dieser Ausgabe) dem „Staatsinteresse“ der Republik dienen. Hier vereinen sich also wieder große Vision mit großer Macht, ohne Umverteilung, oder Eigentumsinfragestellung – ob mit oder ohne Regime Change: Hauptsache Vorsprung durch Technik.

Wenn die Rechten also nicht die besseren Linken sind, so sind vielleicht gerade durch ihre Allianzbildung und Machtaneignung die besseren Politiker. Zusätzlich haben sie das unverschämte Glück, im Todestriebspiel andere Apokalyptiker anzuziehen. Doch vielleicht gewinnt die Linke gerade durch die neuentdeckten politischen Gestaltungsmöglichkeiten auch wieder an Momentum, um selbst in die Aktivität zu kommen und den Milliardären ihre Raketen wegzunehmen. Der Weg dahin ist angesichts der Dilemmata einer liberal-kapitalistischen Weltordnung nach wie vor kaum ersichtlich – aber vielleicht beginnt es mit dem (derzeit) von rechts freigesetztem und invertiertem Glauben, dass prinzipiell eine andere Welt möglich ist. Bedingung bleibt, dass die Disruptionen der rechten Allianz nicht in einer selbsterfüllenden Prophezeiung den Untergang herbeiführen und die Raketen von Elon am Ende doch noch auf dem Mars landen, während das Weiße Haus und die Welt in Flammen untergehen. Erst müssen wir Trump das Weiße Haus wegnehmen, und dann Elon seine Raketen.

1 <https://snyder.substack.com/p/the-mump-regime>

2 Anna Mayr und Robert Pausch in der Zeit 23/2025: <https://www.zeit.de/2025/23/globalisierung-rechte-linke-usa-zoelle-weltwirtschaft>

3 Siehe zu einer Übersicht des Postliberalismus, aus dem ideologisch auch JD Vance hergeht: Carlotta Voß in Die Blätter (04/2025): »Für Gott und gegen das Böse«. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/april/fuer-gott-und-gegen-das-boese>

4 Gleichnamiger Titel von Patrick Deneens neuem Buch (2023), das auf den Erfolg von »Liberalism against itself« (2019) aufbauen wollte.

5 Zu einer übersichtlichen Darstellung von Peter Thiel als Strippenzieher im Hintergrund, siehe Daniel-Pascal Zorn im Ökonomieblog vom 02.06.2025: »Der Vermittler«. <https://politischeoekonomie.com/dossier-peter-thiel-der-vermittler/>.

Survival of the Richest

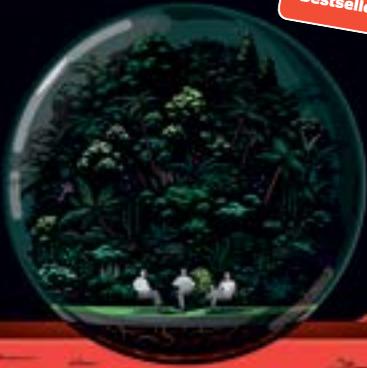
Survival of the Richest

Survival of the Richest

Warum wir vor den
Tech-Milliardären noch nicht
einmal auf dem Mars sicher sind
Douglas Rushkoff
edition suhrkamp

SV

SPIEGEL
Bestseller



»Survival of the Richest«

Rezension von Gianna Gumgowski

Im Februar 2025 kündigte Donald Trump an, die USA würde den Gaza Streifen übernehmen, genauer gesagt, kaufen, um dort die »Riviera des Nahen Ostens« aufzubauen. Die dort lebenden Palästinenser*innen sollten das Land verlassen und stattdessen »in andere interessante Länder« gehen. Trump malt die Vision, auf dem vom Krieg zerstörten und von den dort lebenden Palästinenser*innen gesäuberten Gebiet eine amerikanische Ferienlandschafts-Utopie bzw. Dystopie aufzubauen: Eine neue Welt erbauen auf den Trümmern, die Wohlstand verheißen soll – aber ohne die Menschen und Gemeinschaften die dort »ein elendes Leben gelebt haben«. Eine »Mindset«- Lösung für Palästina oder »Gottspiele« könnte man das im Sinne von Douglas Rushkoff auch nennen.

In dessen neuem Buch „Survival of the Richest. Warum wir vor den Tech-Milliardären nicht einmal auf dem Mars sicher sind“ (Engl: „Survival of the Richest. Escape Fantasies of the Tech-Billionaires“, 2022) beschäftigt sich der Autor mit den größtenwahnsinnigen Utopien der Superreichen und versucht die verschiedenen Elemente der dahinterstehenden Ideologie, die er als „das Mindset“ bezeichnet, ausdifferenzieren. Eines dieser Elemente des „Mindsets“: Die antizipierte Zerstörung – egal ob durch Klimakatastrophe, Atombombe, Apokalypse oder Krieg wird als Chance gesehen, um „von Null anzufangen“ und damit Gewinn zu machen – ohne Rücksicht auf diejenigen, die zurückgelassen oder ermordet werden. Wie viele Zukunftsvisionen, die auf dem „Mindset“ beruhen, basiert Trumps Fantasie von „Trump-Gaza“ auf der Zerstörung der Gemeinschaft und der natürlichen Umgebung, das heißt in diesem Fall darauf, dass, Zivilist*innen bombardiert und getötet werden, mehrfach zwangsumgesiedelt wurden, ausgehungert werden und wurden, und dass zivile Infrastruktur gezielt angegriffen wird, darunter Krankenhäuser und die Wasserversorgung. Somit kann „Trump-Gaza“ als ein Beispiel für die von Rushkoff beschriebene „Mindset“ betrachtet werden. Anhand von anderen Beispielen im Buch zeigt Rushkoff, dass die Zerstörung der Gemeinschaft und der Umwelt nicht nur eine Chance für Tech-Milliardäre ist, sie sind die Voraussetzung dafür, „sich über die zurückbleibenden zu erheben“ und private Projekte basierend auf radikaler Marktlogik, ohne rechtliche und demokratische Einschränkungen aufzubauen. Gleichzeitig präsentieren sich die Milliardäre als Rettung oder auch Lösung für Probleme, die sie selbst mit produziert haben.

Survival of the Richest

Das 2025 bei Suhrkamp erschienene Buch dekonstruiert auf rund 360 Seiten anhand verschiedener Beispiele das, was der Autor als „Mindset“ bezeichnet: Die (Wahn-) Vorstellung der Tech-Milliardäre, sie könnten mit genug Geld und der richtigen Technologie die Gesetze der Physik, der Wirtschaft und der Moral brechen, um einer Katastrophe zu entgehen, die sie selbst verursacht haben – und dabei alle anderen hinter sich lassen. Sei es in einem Bunker, auf dem Mars, auf schwimmenden

Privatstädten oder im digitalen Metaverse. Dabei haben sie kein Interesse daran, „das Ereignis“ – wie sie die antizipierte Katastrophe nennen – zu verhindern. Sie möchten nur vor den Folgen des eigenen Handelns fliehen. Und es wäre eben nicht das „Mindset“, wenn sie dabei nicht noch wirtschaftlichen Gewinn machen könnten: Daher ist eines der zentralen Elemente die Idee, sie seien die Berufenen für den Aufbau einer neuen Welt, die ganz unabhängig von der alten, zerstörten Welt und den dort lebenden Menschen funktioniert, weshalb unbedingt in sie und ihre Unternehmen investiert werden müsse.

Douglas Rushkoff, der Autor des Buches, ist Professor für Medientheorie und digitale Wirtschaft am Queens College der City University New York. Er schreibt seit Ende der 1980er Jahre als marxistischer Medientheoretiker über „das Internet“. Dabei nahm er schon früh eine kritische Perspektive auf die Internetrevolution und ihre Kapitalisierung ein und gilt heute als führende Stimme für den Einsatz digitaler Medien für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Spätestens seit seiner Zeit im College in den 1960ern bewegte Rushkoff sich in der Bubble, die man ab den 1980er Jahren wohl als „Cyberpunks“ bezeichnete: Eine Mischung aus Hacker*innen, Künstler*innen und „paranoiden Ravern“, die mit psychedelischen Drogen experimentierten. Sie brachen damals mit der Überzeugung ins Silicon Valley auf, dass das damals tatsächliche Neuland Internet das neue kollektive Projekt der Menschheit werden würde: Ein Ort ohne Eigentum. Man sah die Möglichkeit eine „neue Realität zu programmieren“ und zwar kommunitaristisch und unreguliert vom Staat. Sie galten als Vorreiter*innen, die einzigen die wirklich ahnten, wie sehr wie sehr digitale Technologie das menschliche Zusammenleben verändern würde. Wenn auch anders als einige damals vielleicht hofften. Sie wollten die Welt verändern – und wurden vom Kapital geschluckt, so Rushkoff. Diese vom Kapital geschulten Cyberpunks bilden in Rushkoffs Buch den Ausgangspunkt der verschiedenen Ausdrucksformen des „Mindset“ der heutigen superreichen Tech-Milliardäre.

Superreiche Prepper

Rushkoff versucht also die Einstellung, das „Mindset“ der heutigen Tech-Milliardäre, nachzuvollziehen und zu dekonstruieren.

Dabei sind zwei Aspekte natürlich zentral: Technologie und Kapitalismus. Nach der Lektüre des Buches würde man sagen: Eine gefährliche Kombination.

„Jene, die es mit fragwürdigen Methoden an die Spitze geschafft haben, wollen nicht zurückschauen und sehen, welche Verwüstung sie hinterlassen haben. Sie brauchen eine Exit-Strategie und ziehen es möglicherweise vor, sich eine Zukunft auszumalen, in der sie gezwungen sind, sich von denen abzuschotten, die sie ausgebeutet haben. So müssen sie sich nicht schuldig fühlen, schämen oder vor Rache fürchten“

Den Ursprung von Rushkoffs Buch bildet die Erfahrung, dass er von Tech-Milliardären angefragt wurde, sie zu beraten, wie sie es nach Eintritt „des Ereignisses“ schaffen könnten, dass die Sicherheitsangestellten ihrer Bunker sich nicht gegen sie wenden würden. Es war wohl ziemlich bizarr, aber Rushkoff wurde neugierig und tauchte in die Lebensrealität von sehr reichen Preppern ein, die sich, in unterschiedlicher Weise, auf eine mögliche Katastrophe vorbereiten wollten: Private Bunker, autonome Farmen oder ganze schwimmende Privatstädte („Seasteading“): Gemeinsam ist laut Rushkoff diesen Ansätzen, dass sie im Kern auf Abschottung setzen, jede Form der Gemeinschaftlichkeit ablehnen, nach maximaler individueller Souveränität streben und in ihren Zukunftsvisionen auf einen radikal freien Markt setzen. Das Seasteading Institute geht noch weiter und träumt vom Experimentieren „mit vielfältigen innovativen gesellschaftlichen, politischen Rechtssystemen“.

Digitale Technologien und Abschottung

Doch Rushkoff ist überzeugt, dass die superreichen Prepper, die er trifft, vor der Realität und den Folgen ihres Handelns nicht werden fliehen können. Die Vorstellung, man könnte die Welt da draußen einfach ausblenden und ignorieren, bringt er mit der digitalen Technologie selbst in Verbindung: Was, wenn das Mindset nicht nur vom Kapitalismus, sondern vorrangig von der Technologie selbst hervorgebracht wird? Digitale Technologien vermitteln, laut Rushkoff, dass man die Zerstörung, das Leid und die Einsamkeit ignorieren könnte – insbesondere dann, wenn die Zerstörung der realen Welt voranschreitet:

„Da die Ressourcen schrumpfen und die wirtschaftlichen Bedingungen schlechter werden, sollen technologische Simulationen die realen Wohlstandseinbußen wettmachen“.

Darüber hinaus hätten digitale Technologien im Kapitalismus häufig das Ziel die Realität der Arbeitsbedingungen, die Ausbeutung von Arbeiter*innen und Umwelt vor den Konsument*innen zu verbergen. Bei der Produktion von Smartphones beispielsweise müssten Arbeiter*innen im letzten Schritt vor dem Verpacken, mit einer Chemikalie alle Fingerabdrücke von den Geräten entfernen, um jede Spur der menschlichen Beteiligung und jede Erinnerung an die Produktionsbedingungen zu beseitigen. Eine Chemikalie, die zu Fehlgeburten und Krebs führt.

Das Ziel im Sinne des „Mindset“ ist nach Rushkoffs Erzählungen eine technologisierte Gesellschaft, die Abschottung, sowie Verleugnung und Ignoranz von Umweltzerstörung, Ausbeutung oder auch Kriegen dauerhaft ermöglicht.

Meta gehen

„Alles besteht aus Daten, alles hat einen Preis, alles kann vermehrt werden.“

Ein weiterer Aspekt im Mindset der Tech-Milliardäre ist laut dem Autor die Affirmation einer szientistischen Einstellung. Diese gehe einher mit der Reduzierung des Menschen und der Natur auf organische Materie, die sich in seiner Gänze in Algorithmen erfassen lasse. Gefühle, Intuition und Moral werden dabei nicht als relevant oder „wirklich“ anerkannt. Die Vertreter*innen halten sich für rational, neutral und objektiv – oder wollen sich so darstellen – obwohl sie an einem unausgesprochenen Wertesystem festhalten.

Mit einem solchen Verständnis von Wissenschaft, das diese „aus dem Kontext von Sinnhaftigkeit und Moralität [herauslöst], wird es leicht sie in den Dienst von Beherrschung und Kontrolle zu stellen und für die Rechtfertigung der Entfremdung durch das Mindset zu missbrauchen“.

Denn, die Vorstellung, das alles Menschliche und Natürliche in Algorithmen übersetzt und in eine Cloud übertragen werden kann, bilde die Grundlage für technologische Zukunfts- und Fluchtvorstellungen, die Einzelpersonen oder ganze (exklusive) Gemeinschaften in eine digitale Parallelwelt übertragen, um damit vermeintlich

den Problemen der realen Welt zu entkommen – oder sie möglichst ignorieren und ausschließen zu können. „Meta gehen“ nennt Douglas Rushkoff das in seinem Buch: Anstatt Probleme zu lösen, fordere das „Mindset“, sich auf die nächste Ebene zu erheben, z.B in die digitale Welt. Das dahinterliegende Prinzip bringt Rushkoff jedoch sinnvollerweise mit den Entwicklungen des historischen Kapitalismus und dessen expansiven Logik in Verbindung. Sowohl den europäischen Kolonialismus als auch die Entwicklungen des Finanzmarktes, sowie die Entwicklung von Kryptowährungen analysiert er (wenn auch kurz gehalten) als Formen der kapitalistischen Landnahme. Die Digitalisierung, so Rushkoff, biete das Versprechen der unendlichen Möglichkeit der Expansion, indem man einfach eine Stufe „meta“ geht, wenn ein Markt ausgeschöpft, oder natürlichen Grenzen ausgesetzt ist.

Fortschrittsideologie meets psychedelische Drogen

Die Rolle der psychedelischen Kultur in der technokratischen Elite, die Rushkoff bereits in den Anfängen des Silicon Valley beobachtete, spielt dabei auch heute noch eine Rolle. Rushkoff berichtet eindrucksvoll und unterhaltsam von Tech-Festivals und Konferenzen, auf denen psychedelische Drogen konsumiert wurden, um der vermögenden Elite Heils- und Erleuchtungserfahrungen zu ermöglichen. Es geht darum, sich auf eine neue Bewusstseinsebene zu begeben mit dem Ziel durch die „Kraft des exponentiellen Denkens“ die „Welt zu retten“. Die kapitalistische Ideologie des Fortschritts findet er hier in narzisstisch-esoterischer Form wieder. So glauben die vermögenden innovativen und visionären Denker*innen, sie seien die Auserwählten, die als einzige mithilfe von psychedelischen Drogen den nächsten Sprung in der Evolution machen, und damit die Welt retten könnten. Der Organisator des „Further Future Festival“ erklärt: „(...) Dies sind nicht einfach Leute, die das tun können, sondern *dies sind die einzigen Leute, die es tun können*“. Bemerkenswert für Rushkoff ist dabei einerseits der disruptive Sprung, in dem diese Weltveränderung gedacht wird, andererseits das fehlende Interesse an der Arbeit mit bestehenden Projekten, Gemeinschaften und Initiativen. Es wird von Neuanfang, Umwälzung und Gottspielen geträumt. „ReGen Villages“ beispielsweise sollen eine

umfassende technologische Lösung für den Aufbau regenerativer und widerstandsfähiger Gemeinschaften mit Kreislaufwirtschaft, Wasserversorgung, eigenem Lebensmittelanbau und Ausbildungsstrukturen anbieten, in Form von Apps und Programmen, die eine selbstständige Verwaltung dieser Systeme ermöglichen. Der Traum einer jeden Ökosozialistin könnte man meinen. Aber: „Anstatt einer vorhandenen Gemeinde dabei zu helfen, ein regeneratives System zu errichten, muss das ReGen-Projekt auf unberührtem Gebiet, aus dem Nichts entwickelt werden“. Die Vorstellung vom „unberührten Gebiet“ lässt sich über Rushkoff hinausgehend als inhärent koloniale kritisieren. Also doch eher ein Traum für „Trump-Gaza“?

Widerstand?

„Algorithmen sind immer nur so neutral, wie die Menschen, von denen sie programmiert werden.“

Entsprechend seiner persönlichen Nähe zur Tech-Bubble bleibt ein affirmativer Aspekt in Bezug auf die Nutzung von technischen Entwicklungen für die Lösung gesellschaftlicher Probleme in Rushkoffs Buch bestehen. Widerständige Potenziale findet er in Momenten und Bewegungen, die sich die digitale Struktur selbst zunutze machen: Beispielsweise eine Gruppe von Reddit-User*innenn, die sich organisierten, um den beliebten Videospiehhändler GameStop zu retten, indem sie Aktien kauften, und den Wert in die Höhe trieben. Die Aktion richtete sich gegen Hedgefonds, die auf den Untergang von Unternehmen wetteten. Zentral war für Rushkoff jedoch, dass sie es aus Spaß taten, als Streich, und damit die Logik des Aktienmarktes untergruben. Rushkoff scheint recht optimistisch, wenn er erklärt, dass „Technologien, die vor allem entwickelt wurden, um Menschen zu kontrollieren“, genutzt werden können, um Chaos zu stiften – und um Widerstand zu leisten?

Wie so oft erscheinen die Vorschläge zum Widerstand und Veränderung nach der ausgiebigen Beschreibung des Problems allerdings etwas hilflos, oder auch nicht radikal genug. Doch er fordert, dem „Mindset“ eine Gegenkultur entgegenzusetzen, die auf Zirkularität, statt linearen Fortschritt basiert und die vor allem die Überzeugung hochhält, dass „das Ereignis“ nicht unvermeidlich ist, dass wir noch eine Wahl haben. Denn die Akzeptanz

der Katastrophe bildet die Grundlage des „Mindsets“. Das zeigt sich nicht nur bei Rushkoffs Beispiel des Seasteading Institutes, das auf den ansteigenden Meeresspiegel und die Unbewohnbarkeit von ganzen Landstrichen baut. Auch hier stellt „Trump-Gaza“ wieder ein weiteres gutes Beispiel dar, da es die Vertreibung oder sogar Auslöschung der Palästinenser*innen als Grundlage nicht nur akzeptieren, sondern voraussetzen würde.

Elemente des »Mindset«

„Noch jede Gemeinschaft, die ein vergleichbares Maß an wirtschaftlicher Ungleichheit hatte, rutschte in den Faschismus. Noch nie ist eine Zivilisation, die ihre physische Umwelt derart ausgebeutet hat, dem Zusammenbruch entgangen. Können wir Lehren aus diesen Mustern ziehen und dasselbe Schicksal vermeiden?“

Während man das Buch liest, folgt ein „WTF“-Moment dem nächsten. Geschickt nutzt Rushkoff Erzählungen von seinen Erlebnissen aus der Zeit als er sich noch als „Bürger des Cyberspace“ bezeichnete, sowie aus aktuellen Gesprächen und Konferenzen mit Tech-Milliardären und solchen die es werden wollen. Diese führen den Lesenden die Absurdität solcher Pläne und Denkweisen unterhaltsam vor Augen. Doch die Anekdoten sind eben auch Ausgangspunkte von denen aus er die verschiedenen Ausprägungen des „Mindsets“ sowie die darunter liegenden Überzeugungen, Ziele und Ängste dekonstruiert und herrschaftskritisch analysiert. Dabei könnte die Verbindung zwischen der kapitalistischen Ideologie und dem „Mindset“ noch deutlicher gemacht werden. Denn, diese Überzeugungen sind Effekte von Isolation und Entfremdung, von Fortschritts- und Leistungsideologie und der Konkurrenz und Selektion. Und diese betreffen eben nicht nur Tech-Milliardäre, sondern prägen alle Teile unserer Gesellschaft. Die Beobachtungen von Rushkoff könnten noch deutlicher als extreme Form und Folge des technologischen Kapitalismus benannt werden.

Der Autor wirkt in seinen Berichten selbst gleichsam fasziniert und abgestoßen. Er scheint selbst nicht sicher zu sein, ob man die Pläne der Milliardäre wirklich ernst nehmen kann – nicht zuletzt, weil sie so oft scheitern: Trump-Gaza ist vier Monate später schon aus der öffentlichen

Debatte verschwunden, Zuckerbergs Metaverse Projekt gilt als gescheitert. Aber auch, weil die Vorstellung sich so umfassend von der „Realität“ abschotten zu können von natürlichen und technischen Grenzen geprägt sei, sodass diese Vorstellung einfach nicht auf gehe: „Der Bunker des Milliardärs ist weniger Ausdruck einer Strategie für die Apokalypse als eine Metapher für diese realitätsferne Einstellung zum Leben“. Was das „Mindset“ jedoch nicht weniger gefährlich macht.

Rushkoff arbeitet die Grundlage dafür heraus, zu verstehen, dass die dahinter stehenden Überzeugungen trotzdem ernst zu nehmen sind. Denn die Absurdität der Pläne wird die Tech-Milliardäre nicht davon abhalten diese um jeden Preis zu verfolgen, solange sie das Geld dafür haben und uns dabei alle mit in den heiß ersehnten Abgrund ziehen. Damit sie endlich Gott spielen können, wenn alles zerstört ist.

Das Buch von Rushkoff zeigt also, dass die meist wahnsinnig erscheinenden Visionen Superreicher nicht als Einzelfälle abgetan werden, sondern als das Ergebnis einer Ideologie, die dem technologischen Kapitalismus entspringt, ernstgenommen werden sollten. Das gilt auch über die im Buch genannten Beispiele hinaus. Auch in der Idee von „Trump-Gaza“ steckt die Überzeugung, wonach das, was aktuell in Palästina passiert, und von Beobachter*innen und Völkerrechtler*innen international nicht ohne Begründung als Genozid, also Völkermord, bezeichnet wird (u.a. Amnesty International 2024),

für Vertreter*innen des „Mindset“ nicht nur eine Chance, sondern die Grundlage dafür ist, ihre Fantasien einer neuen Welt umzusetzen und dabei die Zerstörung von Gemeinschaften und der natürlichen Umwelt dankend in Kauf zu nehmen.



No Limits für Künstliche Intelligenz?

Eine Warnung

Interview von Lennart Bade

Ein Interview mit Rainer Mühlhoff, Professor für Ethik der Künstlichen Intelligenz am Institut für Kognitionswissenschaft und am Institut für Philosophie an der Universität Osnabrück.

Im Juli erschien sein neues Buch: »Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus« bei Reclam.

AStA-Zeitung: Ihr neues Buch heißt „Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus“. Warum sehen Sie zwischen diesen beiden Entwicklungen eine Verbindung?

Rainer Mühlhoff: Die Idee ist entstanden, als Donald Trump das zweite Mal gewählt wurde und eine auffällige und auch qualitativ neue Allianz zwischen Alt-Right-Kräften und der US-amerikanischen Tech-Szene zu beobachten war. Schon im Wahlkampf haben sich zahlreiche Akteure im Silicon Valley offen als Verbündete des Trump-Lagers positioniert. Das war in der ersten Amtszeit noch nicht so. Einige Silicon-Valley-Unternehmen haben für lange Zeit eher progressiv klingende Grundsätze verfolgt, wie zum Beispiel das berühmte Motto von Google, „Don't do evil“. Dass sie angesichts der großen Mengen an Daten, die sie über uns alle sammeln, und mit den steigenden Möglichkeiten der KI-Technologie dann doch irgendwann unternehmerische Entscheidungen treffen könnten, die zu einem Missbrauch dieser Daten und technischen Möglichkeit führt, war im Grunde klar. Die Tech-Giganten bargen immer das Risiko des Machtmissbrauchs – denn allein auf Willenserklärungen und Corporate Identity sollte man sich nicht verlassen, wenn es um so wichtige gesellschaftliche Fragen geht.

Und darin liegt ein möglicher neuer Faschismus?

In der heutigen Form ist Künstliche Intelligenz eine Technologie, die dafür gemacht wurde, Menschen automatisiert in Kategorien einzusortieren. Und so eine Technologie ist inhärent mit Machtinteressen verbunden. Nicht nur mit scheinbar harmlosen Interessen, wie zum Beispiel, uns effizienter Werbung anzuzeigen, sondern auch, um unsere psychologischen oder sozialen

Vulnerabilitäten, unsere Sexualität, unsere politischen und religiösen Interessen abzuschätzen. KI-Technologie wird also für eine neue Form des Regierens durch Kontrolle eingesetzt: Jeder Mensch wird scheinbar individuell nach seinen Fähigkeiten und Leidenschaften (verdeckt: nach seinen Vulnerabilitäten und Schwachpunkten) behandelt – ein Regierungsstil, der auf dem algorithmischen Management von großen Menschenmassen beruht. So eine Technologie, die uns automatisch nach nahezu beliebigen Kriterien sortiert, hat ein inhärent faschistoides Potenzial.

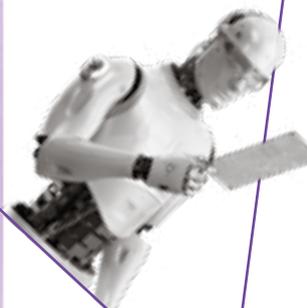
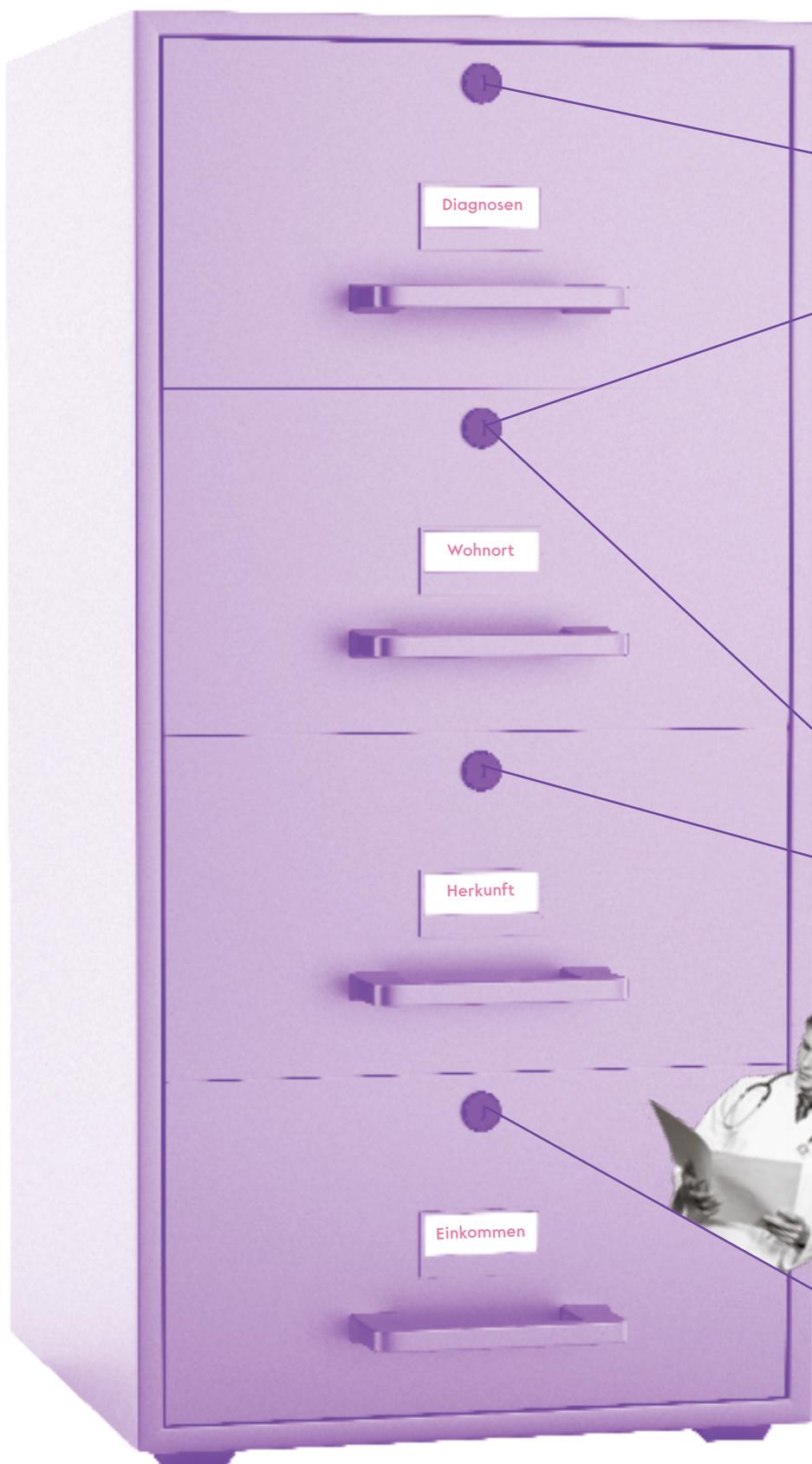
Und das sehen Sie beispielhaft schon angewandt?

Mit dem, was wir jetzt bei Trumps „Behörde für Regierungseffizienz“ (DOGE) sehen, müssen wir natürlich damit rechnen, dass genau diese Potenziale von KI auch genutzt werden: Zum Beispiel, wenn es darum geht, zu entscheiden, wessen Visa annulliert werden, wer keine Sozialleistungen mehr erhalten, wer in einem Detention Center festgehalten oder wer deportiert werden soll.

Auch private Akteure können hier faschistoide Interessen umsetzen: Insbesondere hat DOGE unter Elon Musk ja mit einer Art Überraschungstaktik in den ersten Tagen und Wochen nach der Machtübernahme bei zahlreichen Behörden große Datenmengen abgegriffen, die zusammengeführt und nun mutmaßlich bei privaten Akteuren verwaltet werden sollen. Das sind Daten, die aus guten Gründen dezentral gespeichert waren und einen erheblichen Schaden in der Form von Diskriminierung und Verfolgung für zahlreiche Menschen bedeuten können.

In Deutschland und Europa wird zur Zeit genauso nach Bürokratieabbau durch KI gerufen. Das ist sehr gefährlich.

»So eine Technologie, die uns automatisch nach nahezu beliebigen Kriterien sortiert, hat ein inhärent faschistoides Potenzial.«



KI-Systeme und algorithmisches Entscheiden werden im Bereich des Sozialstaats getestet oder bereits benutzt, zum Beispiel im Asylwesen.

Trotz gewichtiger Einwände von Expert*innen wird hierzulande der Wunsch geäußert, Sachbearbeiter*innen im staatlichen Verwaltungsapparat durch KI-basiertes Entscheiden zu ersetzen, also durch probabilistische Mechanismen. In der Realität bedeutet die Einführung solcher Systeme, statistisch bedingte Fehler methodisch in Kauf zu nehmen – und diese Fehler treffen vor allem Personengruppen, die sich schwer wehren können, also besonders vulnerable Gruppen wie arme, kranke und oft migrantisierte Menschen.

Wieso charakterisieren Sie das als faschistoide Politik?

Unter Faschismus verstehe ich Politik, die drei Eigenschaften hat: Erstens ist das eine Politik, die auf Gewaltbereitschaft setzt. Sie will Minderheiten unterdrücken oder lang erkämpfte Minderheitenrechte wieder aberkennen und Menschen ausschließen. Dazu gehören insbesondere auch Gewaltmethoden wie Hassrede, Diffamierung, Doxing, psychische und physische Einschüchterung und Angriffe. Der zweite Punkt ist das Projekt, die liberale demokratische Grundordnung zu unterlaufen. Auf der Demokratieebene heißt das, dass man das agonistische Prinzip von politischer Streitkultur und Mehrheitsbildung nicht akzeptiert, sondern die anderen politischen Parteien als zu vernichtende Feinde auffasst. Auf der Ebene der Verwaltung läuft diese Politik darauf hinaus, elementare Grundrechte, wie das Recht auf ein faires Verfahren, und den Rechtsstaat als solchen zu unterwandern. Das geschieht in den USA derzeit in beängstigendem Tempo.

Die dritte Eigenschaft ist, dass sich der Faschismus – historisch wie gegenwärtig – meiner Auffassung nach durch ein besonderes Verhältnis zu Technologie auszeichnet: Faschismus eignet sich modernste Technologie als Machttechnologie an, um diese für die eigenen politischen Interessen zu nutzen. Das ist für mich eine schlagende Parallele zu Nazideutschland.

Worin genau liegt diese Parallele zu Nazideutschland?

Als Hitler wenige Wochen an der Macht war, hat er in Preußen eine große Volkszählung beauftragt, für den das Unternehmen IBM mit seiner Lochkarten-Technologie – einer Massendatenverarbeitungstechnologie, die damals relativ neu war – einen Großauftrag erhielt. Keine deutsche Institution konnte auf Papier einen Zensus mit so vielen Daten in so kurzer Zeit, wie Hitler es haben wollte, durchführen, daher brauchte es automatisierte Datenverarbeitung. Der US-amerikanische Journalist Edwin Black hat mit einer großen Studie im Jahr 2002 aufgedeckt, dass IBM über Jahre immer für die Nazis bereitstand, um maßgeschneiderte technologische Lösungen, auch zur Umsetzung der politischen Ziele des Regimes, anzufertigen. Jede Bahnstation, jede Behörde, jede Firma, jedes KZ im Nazideutschland hatte bald eine Lochkartenmaschine. Mittels dieser Datenverarbeitungstechnologie wurde dann unter anderem auch der Vernichtungsapparat der Nazis logistisch umgesetzt.

Faschisten suchen also schon immer die Nähe zur Technologie. Das könnte die eine Motivationsrichtung der Allianz zwischen dem Silicon Valley und dem Trumpismus erklären. Jetzt scheint es aber nicht nur so, dass die Faschisten KI suchen, sondern dass die KI-Visionäre sich dem Faschismus von sich aus anbieten. Ist das im historischen Vergleich neu?

Ich glaube, die historische Parallele hört tatsächlich an dem Punkt auf, dass man heute in der KI-Industrie und bei den KI-Risikokapitalgeber*innen, mehr als damals bei IBM, die Verbreitung bestimmter teils sehr radikaler Ideologien feststellen muss. Timnit Gebru und Émile Torres haben das „TESCREAL-Ideologien-Bundle“ genannt, denn da spielen verschiedene Strömungen

hinein, von Transhumanismus, Longtermismus und Cyberlibertarismus, über die zur Zeit wieder auflebende Eugenik und den selektiven Natalismus, bis zu radikal anti-demokratischen Lehren wie „dunkle Aufklärung“ und „Neo-Reaktion“, mit denen Leute wie Peter Thiel, Elon Musk und JD Vance teils offen sympathisieren. Auf KI gemünzt spielt bei allen diesen Weltbildern das Ziel der Entwicklung einer „Superintelligenz“, eines „Übermenschentums“, eine zentrale Rolle. Unternehmen wie *OpenAI* haben sich mit der Mission gegründet, eine „Superintelligenz“ zu entwickeln.

In den genannten Denkrichtungen ist das Argument zentral, dass die Entwicklung von KI-Technologie eine Art „Naturkraft“ sei, welche die menschliche Evolution wesentlich vorantreiben würde. Das sei ein Prozess, dem vermeintlich die Menschheit im Ganzen unterliege, und der in Richtung von „mehr Intelligenz“ strebe. Dabei werden Diversität und Unterschiede zwischen Menschen essenzialisiert und als vermeintlich „natürliche“ Hierarchien affirmiert, nicht nur entlang von Gender und ethnischer Zugehörigkeit, sondern beispielsweise auch entlang der ebenfalls hochgradig konstruierten Größe des „IQ“. So geht dieser Glaube an KI als angeblichen evolutionären Fortschritt letztlich mit einer techno-darwinistischen Selektion von Menschen einher; diese Denkrichtungen sind zutiefst rassistisch und eugenisch. Sie stehen damit in direkter Kontinuität zum ideologischen Gedankengut des 19. und 20. Jahrhunderts, auf das auch die Faschisten aufgebaut haben.

Mit dieser Technologiegläubigkeit fragt sich, wieso sie die Tech-Milliardäre mit den rückwärtsgewandten, reaktionär-konservativen politischen Kräften verbinden.

Die Schnittstelle zwischen Alt-Right und Tech-Kreisen sind die Tech-Ideologien, die es teilweise seit dem 20. Jahrhundert gibt (z. B. Transhumanismus). Die Überlappung zeigt sich besonders bei den Libertären und in den neueren Strömungen der *Dark Enlightenment*. Letzteres ist eine Lehre, wonach Demokratie evolutionär betrachtet ein Hindernis sei. Denn liberale Werte, die auf geteilten Wohlstand und Menschenrechte setzen, würden den vermeintlich natürlichen Gang der Evolution hin zu einem Supermenschen behindern. Darin konstruieren sie eine Legitimation zur Aushebelung des Rechtsstaats und der Demokratie und wollen allen Ernstes wieder eine Monarchie. Man sagt, die *Dark Enlightenment* sei die „Theorie-Sektion“ der Alt-Right; und „King“ Donald Trump ist folgerichtig. Die Idee wäre genauer gesagt, dass man zu sogenannten CEO-Monarchien übergeht. Die heutigen Eliten bilden den „Aufsichtsrat“ solch eines Staat-Unternehmens, dieser wählt den CEO. Die Bevölkerung tritt in diesem Modell als „Kund:innen“ auf. Kund:innen haben keine politischen Teilhaberechte und genießen keine Menschenrechte. Sie müssen im Austausch für Wohnraum Steuern zahlen und arbeiten. Wenn ihnen der CEO-Staat nicht passt, wird ihnen als einziges universelles Recht zugestanden, den Staat verlassen zu dürfen.

Vielleicht kann man da also eine vierte Parallele zum Faschismus sehen, nämlich die autoritäre Persönlichkeit. Also die autoritäre Vorstellung vom CEO als modernem Führer.

Das alles ist ultraautoritär. Es ist ein Personenkult.

In Bezug auf KI gilt dieser Kult aber nicht einer Person, sondern eher einem Supercomputer als perfektem Führer, oder?

Ich versuche, Anthropomorphisierungen von KI zu vermeiden. Es sind immer Menschen, die diese Technik anwenden. KI-Technologie ist eher ein Heilsversprechen. Das tritt an die Stelle des 1000-jährigen Reichs in der Nazi-Ideologie. Der Personenkult geht also auf einer anderen Ebene damit einher: Der Glaube an einen genialen Ingenieur oder CEO, der uns endlich den Weg zum technologischen Paradies zeigt.

Könnten wir KI trotz ihres faschistoiden Potentials für emanzipatorische Ziele nutzen?

KI-Technologie ist weder automatisch schlecht noch automatisch ein Heilsbringer, so wie es ihre Förderer suggerieren. Ich glaube da nicht an einen Determinismus: KI-Technologie schafft bestimmte Potenziale, die echten, gemeinwohlorientierten gesellschaftlichen Fortschritt bedeuten könnten. Um allerdings dem faschistischen Potential vorzubeugen, müssen wir uns dieser enormen Machtmissbrauchsgefahr bewusst werden und brauchen öffentliche Regulierungen, gut gemachte *checks and balances*, die KI-Unternehmen auch mit Sanktionen drohen. Aber genau das ist in den letzten fünf Jahren rückläufig, obwohl die EU mit der Datenschutzgrundverordnung und der neuen KI-Verordnung erste Regulierungsversuche auf den Weg bringt. Die EU sollte da keine Minderwertigkeitskomplexe zeigen oder Angst haben, wegen vernünftiger Regulierung dieser Technologie international abgehängt zu werden. Im Gegenteil, in dem als Brüssel-Effekt bekannten Phänomen setzen wir Standards, die weltweit übernommen werden.

Nur scheint der Regulierungsbedarf unheimlich groß zu sein – KI hat ja eine Tendenz, grenzüberschreitend in alle Lebensbereiche einzudringen. Ob im Gesundheitswesen, der Freizeitgestaltung, beim Schreiben von akademischen Arbeiten oder eben im sogenannten Bürokratieabbau. „No limits“, wie das Titelthema unserer Ausgabe lautet, scheint also gerade für KI zu gelten. Wie setzen wir Limits?



Die KI-Ideologen nennen diese Grenzüberschreitungen „Disruption“, um sie gut verkaufen zu können. Zunächst muss das also enttarnt werden: Wofür brauchen wir diese Disruption durch Technologie? Wir sollten nicht das Bild haben, dass wir KI notwendigerweise benötigen, um mithalten zu können oder um unsere enormen gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Wir sollten auch nicht glauben, Disruption würde dem Staatswesen gut tun – im Gegenteil, ein Staat darf nicht einfach wie ein Startup scheitern oder pleite gehen oder aufgekauft werden, er muss stabil und verlässlich sein, für alle, insbesondere für die Schwächeren. „Move fast and break things“ ist für einen Sozialstaat eine Katastrophe. Wir müssen deshalb differenzierter mit diesem Versprechen der Grenzüberschreitung umgehen. KI wird uns strategisch als eine zweckoffene Technologie verkauft, als eine Universaltechnologie, die vermeintlich alle Bereiche revolutionieren werde. Damit entsteht eine Diskurskonstellation der Alternativlosigkeit, in der unserer Gesellschaft eigentlich eine differenzierte Debatte benötigt: Für welche Zwecke wollen wir KI denn wirklich haben?

Sollten wir als Nutzer*innen von KI das alles beachten? Wenn ich dieses Interview von einer KI transkribieren lasse, fütere ich dann eine Technik, die gerade faschistisch missbraucht wird?

Ich würde mir wünschen, dass Leute, anstatt so akribisch die Benutzung solcher Techniken zu vermeiden, eher dafür streiten, die Technologie zu politisieren. Und dazu gehört primär, die Machtverwobenheit aufzuzeigen und über gute Regulierung zu reden. Wir brauchen Vorschläge, wie man diese Macht demokratisch und rechtsstaatlich ausbalanciert.

Es geht aber auch um öffentliche Bildungsarbeit, damit es eine Öffentlichkeit gibt, die diese Regulierung auch wählt – also eine Politik wählt, die nicht „mehr Elon Musk wagen“ möchte oder sich auf andere Weise extrem naiv gegenüber den Proponenten dieser Technologie verhält. Wir brauchen eine politische Öffentlichkeit, die weiß, was hier auf dem Spiel steht. Lieber da ein bisschen mehr Energie reinstecken und ein bisschen weniger in das Deinstallieren von Google und Co – was ja nichts bringt als Ärger, solange es nur wenige tun.

Herr Mühlhoff, vielen Dank für diese Einordnungen!

Rainer Mühlhoff –
Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus
(160 Seiten) erscheint am 16. Juli 2025 im
Reclam Verlag 8 €

Website zum Buch:
[https://rainermuehlhoff.de/
KI-und-der-neue-Faschismus-Reclam-Buch/](https://rainermuehlhoff.de/KI-und-der-neue-Faschismus-Reclam-Buch/)



Lagos – Berlin

Globale Bewegungsfreiheit als konkrete Utopie.

Eine Rezension zum Buch

»Grenzen und Bewegungsfreiheit«

Rezension von Lukas Geisler

Fabian Georgi argumentiert in seinem 300 Seiten umfassenden Werk Grenzen und Bewegungsfreiheit dafür, dass letzteres »die emanzipatorische Position auf der Höhe der Zeit« ist – und bietet gleichzeitig eine hervorragende Einführung in die kritische Flucht- und Migrationsforschung.

Fabian Georgi, der an der Freien Universität Berlin promovierte und 2008 das Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (*kritnet*) mitbegründete, untersucht in seiner Forschung – unter anderem im Rahmen der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ – Migrations- und Grenzregime aus einer materialistischen Perspektive. Seine aktuelle Publikation ist ein Versuch, wie er einleitend schreibt, „die oft abstrakte und idealistische Forderung nach offenen Grenzen historisch und materiell zu erden“.

Dabei bezieht er sich auf Karl Marx' kritische politische Ökonomie, die ältere Kritische Theorie sowie auf Debatten, Wissen und Theorien aus antirassistischen und anderen sozialen Bewegungen. Merkwürdig spürbar ist zudem der Einfluss von regulationstheoretischen Überlegungen, neo-gramscianischen Perspektiven und der materialistischen Staatstheorie. Um Bewegungsfreiheit als Utopie kritisch-theoretisch zu fundieren, spielen Ernst Bloch und Erik Olin Wright eine zentrale Rolle. Zu Beginn sei das lediglich erwähnt, da es die kritische Einführung vermag, ebenfalls in diese Denktradition auf hervorragende Weise einzuführen.

Das Grenzregime historisch-materialistisch analysieren

Grenzen und Bewegungsfreiheit ist in drei Schritten aufgebaut: Analysieren, Begründen, Realisieren. Im *ersten Schritt* liefert Georgi in gewohnter historisch-materialistischer Manier eine geschichtliche Analyse über die Entstehung des (europäischen) restriktiven Migrationsregimes. So begann sich durch die Krise des Fordismus Anfang der 1970er Jahre das zu formieren, was Georgi selbst als sich *formierenden Festungskapitalismus* beschreibt. In den Klassenkämpfen im Globalen Norden und Süden setzte „sich eine Koalition sozialer Kräfte durch, die sich als transnationales neoliberales Hegemonieprojekt bezeichnen lässt“. Durch Deregulierung, Marktöffnung, Privatisierung und Fiskaldisziplin sollte Wachstum generiert werden, was global zu dramatischen Umwälzungen führte. Diese neoliberalen Krisenlösungsstrategien waren begleitet von Protesten und, um „derartige Widerstandspraktiken zu unterdrücken, gingen neoliberale Wachstumsmodelle von Anfang an mit autoritären Formen von Staatlichkeit einher“. Doch neben

Protesten, die Georgi als „Voice-Strategien“ bezeichnet, griffen Menschen ebenfalls auf „Escape-Strategien“ zurück. Dabei sei das Muster historisch keinesfalls neu: Massenhafte Mobilität unterer Klassen als Reaktion auf Umwälzungsprozesse habe es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder gegeben.

„Die massiven Migrations- und Fluchtbewegungen, mit denen Menschen auf die Umwälzungen und Globalisierungsschübe der postfordistischen Epoche reagierten, können in diesem historischen Zusammenhang verortet werden.“

Auf diese eigensinnigen Migrationsbewegungen folgte eine restriktive Reaktion, die allerdings einherging mit Versuchen, „einen flexiblen Zugriff auf als nützlich geltende Arbeitsmigrant*innen zu erhalten“. Entsprechend ziele die von neoliberalen Akteuren vorangetriebene Politik des ‚Migrationsmanagements‘ darauf, „eine ‚regulierte Offenheit‘ für ökonomisch nützliche Arbeitskräfte mit einer effektiven Abwehr unerwünschter Bewegungen zu kombinieren“. Unterlegt mit Zahlen und Fakten legt Georgi anhand der multiplen Krise – mit dem Fokus auf die Klimakatastrophe – schließlich seine Konzeption der *Formation des autoritären Festungskapitalismus* dar, der als Begriff die „migrations- und grenzpolitischen Elemente innerhalb autoritär-chauvinistischer Krisenreaktionen konzeptualisieren“ soll.

Ein ethischer Materialismus

Im *zweiten Schritt* begründet Georgi einen ethischen Materialismus, der die Grundlage, der im *dritten Schritt* dargelegten utopischen Flucht- und Grenzregimeforschung dienen soll. Ein Projekt eines kritisch-ethischen Materialismus bedarf, Georgi folgend, zweier Setzungen: Menschengemachtes Leid soll überwunden und die Entfaltung menschlicher Potenziale ermöglicht werden. Unter anderem Max Horkheimer, Vertreter der kritischen Theorie Frankfurter Provenienz, gilt Georgi dabei als Instanz, mit dem ein ethischer Materialismus zu begründen sei. Dem folgend betont er, dass die Idee offener Grenzen und die Politiken globaler Bewegungsfreiheit sich als Reaktion auf das Leiden und die Bedürfnisse von Menschen begreifen lassen:

„Sowohl die eigensinnigen, verdeckten Praktiken der Migration, des Ankommens und Bleibens, als auch die expliziten Forderungen aus sozialen Bewegungen sowie die wissenschaftliche Reflexion waren Reaktionen auf einen historischen Prozess von Krisen, Umwälzungen, Kämpfen und Repression.“

Die Forderung nach offenen Grenzen sei keine, die aus einem städtisch-studentischen Milieu entstanden ist, wie viele Kritiker*innen von offenen Grenzen propagieren würden. Sie speise sich aus den Praktiken und Kämpfen der Migration – und „aus den in diesen Kämpfen artikulierten Bedürfnissen und Aspirationen“. Flucht und Migration gehen dabei als Teilmomente transnationaler Klassenkonflikte aus der aktuellen Formation des Weltsystems hervor. Somit könne Flucht und Migration als ‚wirkliche soziale Bewegungen‘ im Sinne von Marx aufgefasst werden.

„Sie richten sich – wenn auch subjektiv unbewusst – gegen die festungskapitalistische Variante des gegenwärtigen Weltsystems. Das Projekt globaler Bewegungsfreiheit kann sich auf diese materielle Tendenz stützen.“

Das Recht, zu kommen und nicht gehen zu müssen

Dabei betont Georgi, dass nicht die Idee unrealistisch sei, die in Teilen bereits gelebte Bewegungsfreiheit auszuweiten. Unrealistisch sei die Vorstellung, „angesichts des historischen Standes globaler Verflechtungen, der materiellen Realität transnationaler migrantischer Netzwerke und der eskalierenden Vielfachkrise möglich wäre, die Lebensweisen der globalen Arbeiter*innenklasse ohne ultragewaltvolle Repression in nationale Container zurückzustopfen oder sie dort zu fixieren“. Deshalb sei eine Politik globaler Bewegungsfreiheit die emanzipatorische Position auf der Höhe der Zeit – hinter der links-progressive Kräfte nicht zurückfallen dürften. Denn mit dem Projekt globaler Bewegungsfreiheit „korrespondieren sowohl materielle Tendenzen als auch subjektive Faktoren in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen“.

Natürlich dürfe dabei nicht die *falsche Bewegungsfreiheit* doppelt freier Arbeitskräfte mit dem emanzipatorischen Projekt verwechselt werden. Denn die freie Wahl zu haben, in welchem Elend man leben möchte, und der Zwang, die Arbeitskraft

weltweit verkaufen zu müssen, sei – wenn überhaupt – *falsche* Freiheit. Aus diesem Grund kann die Politik globaler Bewegungsfreiheit nur als ein antikapitalistisches Projekt gedacht und umgesetzt werden.

»No borders, no nations«

Die problematischen Konsequenzen oder die dystopischen Szenarien einer von globaler Bewegungsfreiheit können, so Georgi, folglich auf vier Ebenen gedacht werden: den Zwang zur Mobilität, verschärfte Konkurrenz, ein faschistischer Backlash könnte die Reaktion sein oder die herrschenden Klassen könnten tausend kleine Festungen innerhalb des Ganzen schaffen. Diese dystopischen Szenarien, die aus nicht-intendierten Konsequenzen folgen könnten, ließen sich nur verhindern, wenn die Idee offener Grenzen systematisch mit der sozial-ökologischer Transformation zusammengedacht wird. Es sei auch entscheidend, das Projekt offener Grenzen mit einem *Recht, nicht gehen zu müssen*, zu kombinieren.

„Globale Bewegungsfreiheit kann aus materialistischer Sicht als konkrete Utopie gedacht und angestrebt werden, wenn man sie als Teilelement von sehr viel breiteren sozial-ökologischen Transformationen versteht. Deshalb ist die Frage, wie sich eine Welt offener Grenzen erreichen lässt, zugleich die Frage danach, wie sich die Transformation zu einer radikaldemokratischen und sozial-ökologischen Vergesellschaftungsweise vollziehen könnte.“

Im *dritten und letzten Schritt* widmet sich Georgi der Frage, wie Bewegungsfreiheit realisiert werden könne. Über soziale Interstitien, das heißt Nischen, Zwischenräume und Randbereiche, sollen andere Reproduktionsverhältnisse und Beziehungsweisen erprobt werden. Dort soll die angestrebte Alternative als Keim vorgegenommen werden. Dass diese bereits existieren, darauf weist Georgi ausdrücklich hin. Interstitien können dabei helfen, ein gegenhegemoniales Projekt der globalen Bewegungsfreiheit aufzubauen, denn sie dienen als reale Basis der Transformation. Doch auch durch einen radikalen Reformismus sollen die Spielräume erweitert und durch Einstiegsprojekte die Schritte zu offenen Grenzen für alle verwirklicht werden. Allerdings ist globale Bewegungsfreiheit nicht denkbar ohne einen revolutionären Bruch. Denn eine „Trendumkehr, ein Bruch mit festungskapitalistischen Tendenzen, bedarf wahrscheinlich harter Konfrontationen“.

Grenzen und Bewegungsfreiheit ist nicht nur eine Einführung in die kritische Grenzregimeforschung, sondern auch eine, die mit der Forderung nach offenen Grenzen, zur richtigen Zeit kommt. So düster die politischen Aussichten gerade sein mögen, Georgi bringt Licht und Argumente ins Dunkel und liefert dabei einen Begriffsapparat, den sich soziale Akteur*innen zu nutzen machen können, um wieder in die Offensive zu kommen und das Projekt globaler Bewegungsfreiheit voranzutreiben.

Mit dem Verweis darauf, dass das „Bilderverbot“ der kritischen Theorie ausgedient habe, stellt uns Georgi in einer eigenentworfenen Utopie präfigurativ vor, wie wir rückblickend auf das Projekt der globalen Bewegungsfreiheit schauen könnten:

„Die politischen Aspirationen, die sich Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts in den radikalen Spektren promigrantischer Bewegungen verdichteten, wurden im Zuge weiterer Transformationsprozesse realisiert. Ihre Vision eines ‚No borders, no nations‘ wurde erreicht, als die Überreste alter Staatsapparate und öffentlicher Institutionen in eine radikal demokratisierte Gesellschaftlichkeit aufgehoben wurden.“



No more Illusion?

Lektüre & Austausch und Aktions- und Vernetzungsgruppe Gruppe zum Thema

Inklusionspolicies an deutschen Unis

Die eigenen Perspektiven von uns Betroffenen sind am wichtigsten

Geplant sind:

- 1) Austausch und Interaktive Action Research: Beginnen werden wir mit Austausch über Konzepte wie Neurodivergenz, Crip time, Wahrnehmungsdifférence, Beeinträchtigung, Handikap etc austauschen ... und einführender Lektüre / Theorie und der Disabilities Studies & Mad Studies
- 2) Lektüre verschiedener Texte zum Thema Hochschulinklusion: Nicole Viktoria Przytullas »Exzellent inklusiv – Deutsche Hochschulen zwischen meritokratischer Ideologie und inklusivem Anspruch«

Yes, it's all about Hochschul Inklusion!

- 3) Sichtung und Lektüre von Papers des IBS (Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung), sowie Klärungen zu Nachteilsausgleichen, Studienassistent, Leistungen der Eingliederungshilfe & Hochschulhilfe/ zur Teilhabe an Bildung nach Sozialrecht...SGB IX
- 4) Informationen über den Kampf für bessere Arbeits- und Studienbedingungen für beeinträchtigte Studierende an der Hochschule durch die Studierenden gewerkschaft Unterbau

Treffen finden nachmittags ab der 3. Vorlesungswoche teils online, teils hybride auf dem Campus IG Farben und Campus Riedberg statt. Wenn ihr besondere Bedarfe an die Treffen habt, kommuniziert diese bitte im Vorfeld

Kontakt: iris / inklusionunifrankfurt@gmail.com

Studierendenhaus, Mertonstrasse 26-28 60325 Frankfurt

<https://asta-frankfurt.de/gremien/autonome-referate/autonomes-inklusionsreferat>

<https://www.facebook.com/inclusion.ffm>

»Kämpfe lohnen sich.«

Interview mit Timmo Scherenberg
vom Hessischen Flüchtlingsrat

Interview von Max Stütze

Könntest du den Hessischen Flüchtlingsrat kurz vorstellen?

Der Hessische Flüchtlingsrat versteht sich als Dachorganisation der freien Flüchtlingsarbeit in Hessen – also für Initiativen, die nicht an große Wohlfahrtsverbände wie Caritas oder Diakonie gebunden sind. Wir vernetzen Engagierte in der Flüchtlingsarbeit, bieten Fortbildungen an, betreiben Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene und arbeiten eng mit Pro Asyl zusammen.

Was sind aktuell eure Arbeitsschwerpunkte?

Unsere Arbeitsschwerpunkte liegen derzeit vor allem in der Beratung. Politische Arbeit wird kaum finanziert, daher müssen wir diese meist nebenbei leisten.

Was ist von der schwarz-roten Koalition in den nächsten vier Jahren migrationspolitisch zu erwarten? Das Thema dieser Ausgabe ist »No Limits« – kennen Innenminister Alexander Dobrindt und Bundeskanzler Friedrich Merz überhaupt noch ein Limit?

Ehrlich gesagt: Nein. Wenn man sich den Koalitionsvertrag anschaut, sieht das ziemlich finster aus. Klar, die CDU wollte ursprünglich noch deutlich weiter gehen und die SPD lobt sich nun dafür, Schlimmeres verhindert zu haben. Aber ganz ehrlich: Viel wurde da nicht verhindert.

Was meinst du konkret damit?

Na ja, man sieht zum Beispiel: Das, was die CDU da will, ist zu großen Teilen Symbolpolitik – aber eben eine sehr gefährliche. Am Ende des Tages werden rechtsstaatliche Standards eingerissen und Maßnahmen beschlossen, die zwar wenig praktische Wirkung haben, aber massive Signale senden. Manche Maßnahmen werden aber auch ganz reale und dramatische Auswirkungen haben.



Timmo Scherenberg ist Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrats und arbeitet dort seit 20 Jahren. Die AStA-Zeitung sprach mit ihm über das Ruanda-Modell der CDU, Bezahlkarten, Grenzschließungen, Abschiebeflüge und über die dramatischen Folgen einer zunehmend repressiv geprägten Migrationspolitik.

Zum Beispiel?

Ein zentrales Beispiel ist die Idee, Schutzsuchende pauschal in Drittstaaten abzuschicken. Die CDU hat das in ihr Grundsatzprogramm geschrieben – nicht wörtlich „Ruanda“, aber sinngemäß: Alle, die in Deutschland oder Europa Asyl beantragen, sollen in Drittstaaten gebracht werden und auch nach einem positiven Bescheid dortbleiben. Das ist die offizielle Linie der CDU. Damit will man sich praktisch komplett von der Verantwortung verabschieden – was nicht nur rechtsstaatlich hochproblematisch, sondern auch zutiefst neokolonial ist. Man „kauft“ sich arme Länder ein, in denen man dann unliebsame Menschen parkt.

Das sogenannte »Ruanda-Modell« war ein Vorhaben der britischen Konservativen, Asylbewerber:innen nach Ruanda zu deportieren, wo diese auch nach Anerkennung ihres Asylanspruchs verbleiben sollten. 2024 kündigte die sozialdemokratische Labour-Regierung den Deal mit dem zentralafrikanischen Staat jedoch wieder auf.

Und wie sieht es mit den aktuellen Maßnahmen aus?

Die Koalition hat ja direkt am ersten Tag losgelegt – Stichwort: Grenzschließungen und Zurückweisungen. Das war der symbolische Auftakt. Das ist rechtlich hoch umstritten und wahrscheinlich rechtswidrig. Es geht nicht um Recht, sondern um Signale: nach innen an die eigene Basis, nach rechts an mögliche AfD-Wähler:innen und nach außen an Geflüchtete: Kommt nicht, ihr seid nicht willkommen.

Aber sind diese Zurückweisungen überhaupt relevant in der Praxis?

Fast gar nicht. Die ersten Zahlen von Dobrindt zeigten: In der ersten Woche wurden 32 Menschen, die ein Asylgesuch geäußert hatten, zurückgewiesen. Bei 10 000 Asylanträgen pro Monat macht das 0,3 Prozent. Und für diesen verschwindend kleinen Effekt wird massiv Grundrechtsschutz aufgegeben – etwa die Freizügigkeit innerhalb der EU oder das Recht auf Asyl.

Gibt es weitere geplante Verschärfungen?

Ja, mehrere. Zum Beispiel der Familiennachzug für subsidiär Geschützte. Der wurde schon 2016 ausgesetzt und später mit einer Kontingentregelung wieder eingeführt – 1.000 Menschen pro Monat durften nachkommen. Jetzt soll das wieder komplett gestoppt werden. Und das betrifft ganz konkret syrische Familien, die teils seit Jahren getrennt sind. Auch alle humanitären Aufnahmeprogramme – zum Beispiel für besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan – wurden gestoppt. Also selbst die legalen Wege werden versperrt.

Wie erleben geflüchtete Menschen den rassistischen Diskurs in Deutschland?

Also ich meine, wir haben ja ganz eindrücklich gesehen, was nach diesem Anschlag in Aschaffenburg passiert ist. Das wurde ja in der Folge einerseits von Teilen der Union ausgeschlachtet, die sagten, jetzt müsse eine große Asylwende her, aber natürlich und der ganze Diskurs tobte dadurch noch mal richtig nach diesem Attentat in Aschaffenburg. Ein paar Tage später fand eine Trauerkundgebung von solidarischen Leuten statt. Da ergriff ein kleines afghanisches Mädchen das Mikrofon und entschuldigte sich bei der versammelten Kundgebung dafür, dass ein Afghane so etwas Schlimmes getan hätte. Da dachte ich mir: An welchem Punkt sind wir hier angekommen, dass sich ein kleines elfjähriges Mädchen für ein völlig absurdes Gewaltverbrechen entschuldigen muss?





Welche Funktion haben die – vor allem in der Vergangenheit – immer wieder inszenierten Abschiebeflüge nach Afghanistan?

Faktisch sind sie irrelevant, aber symbolisch enorm wirksam. Wir sprechen von einem einzigen Abschiebeflug nach Afghanistan seit der Machtübernahme durch die Taliban. Deutschland hat rund 20 000 ausreisepflichtige Afghan*innen. Wenn man nur einmal im Jahr einen Flieger mit 20 Personen losschickt, bräuchte es über 1000 Jahre, um sie alle abzuschicken – und das ohne neue ankommen.

Trotzdem: Der eine Flieger wird weltweit wahrgenommen – etwa in Pakistan, wo viele vor den Taliban Geflüchtete ausharren. Dort heißt es dann: „Deutschland schiebt nach Afghanistan ab.“ Genau das ist die beabsichtigte Wirkung.

Und welche Folgen hat diese Politik für die Community?

Damals, vor dem Machtwechsel in Afghanistan, haben ja die Leute gesagt, die in der Jugendhilfe gearbeitet haben oder in Sprachkursen waren: In der Woche, in der so einen Flieger gibt, kannst du bei uns den Unterricht einstellen. Alle Leute, egal ob die minderjährig sind, ob die schon einen Schutzstatus haben, ob die noch im Verfahren sind, alle denken sich: „Ich könnte auf dem nächsten Flieger sein.“ Die Unruhe, die damit in die Community geschaffen wurde, ist sehr, sehr groß. Und das sind genau die Effekte, die damit auch erzielt werden sollen.

Und auch da sind dann so Debatten entstanden um die Grenzpolitik. Die jetzt zwar, wie gesagt, faktisch nur ein Prozent betrifft, aber ein riesiges politisches Signal sendet. Und das ist leider etwas, was sich durchzieht: Viel ist in diesem Bereich Symbolpolitik, deren reale Wirkung gering, aber die Signalwirkung enorm hoch ist.

Apropos diskriminierende Symbolpolitik, wie hast du eigentlich die Einführung der Bezahlkarte erlebt?

Das war das Prestigeobjekt des hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein, der den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz innehatte. Er hat sich da mit ganz großen Federn geschmückt und das als wichtigen Baustein zur Verhinderung ‚illegaler‘ Migration, ‚Schleusertum‘ und ‚Sozialmissbrauch‘ dargestellt.

Viele Leute bezahlen im Alltag zwar weniger mit Bargeld, aber faktisch wird die Freiheit von Geflüchteten eingeschränkt. Kann ich mit meinem Geld wirklich machen, was ich will? Vor allem Infrastrukturen für ärmere Menschen funktionieren häufig nur mit Bargeld. Das betrifft etwa Flohmärkte, online Kleinanzeigen, Gebrauchtkaufhäuser oder auch kleine türkische Supermärkte und andere Läden mit ausländischen Spezialitäten. Das sind oft genau die Geschäfte, in denen man nicht mit Karte zahlen kann. Gerade dort also, wo viele Geflüchtete einkaufen müssen, wird das durch die Einschränkung auf Karten deutlich erschwert.

Die Bezahlkarte ist zutiefst paternalistisch – ein Vorgehen, an dem sich viele Menschen zurecht stören. Genau deshalb engagieren sich derzeit so viele gegen diese Bezahlkarten, gründen Tauschbörsen und entwickeln alternative Konzepte. Und was man aktuell auch sieht, das ist fast ein gegenteiliger Effekt ist, dass viele Menschen wieder aktiv in die Geflüchtetenarbeit einsteigen und ganz konkrete Solidarität zeigen. Das finde ich sehr schön.

Wie lautet denn deine Prognose? Gibt es noch eine Zukunft für eine progressive Wende, oder müssen wir uns auf einen langen autoritären Drift einstellen?

Ich hatte da mal so eine Art persönliche Theorie, inspiriert von den biblischen „sieben Jahren“. Diese Zyklen passen irgendwie auch ganz gut zu unseren politischen Entwicklungen. Wir hatten eine recht gute Phase, nicht perfekt, aber mit kleinen, kontinuierlichen Verbesserungen. Die lief etwa von 2008 bis 2015. In dieser Zeit wurden zum Beispiel die Residenzpflicht abgeschafft, es gelang, das Bleiberecht für langjährig hier lebende Menschen zu etablieren – eine alte Forderung –, und es trat eine gesetzlich verankerte, stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung in Kraft. Auch der Flüchtlingsschutz wurde in Teilen verbessert, der Familiennachzug erleichtert und so weiter.

Und dann kam ab 2015 eine schlechte Phase, wieder sieben Jahre, mit Seehofer und einer ganzen Reihe von Verschärfungen. Als die Ampelkoalition ihren Koalitionsvertrag vorstellte, hatte ich kurz Hoffnung, dass nun wieder eine progressive Phase anbrechen könnte. Aber es wurden dann nur sieben gute Monate – dann war es vorbei mit der Ehrlichkeit und dem Reformwillen. Jetzt müssen wir sehen, wie lange die aktuelle dunkle Phase andauert. Klar ist: Egal, was „die da oben“ beschließen – Menschen werden weiterhin fliehen, Flüchtlinge haben keine Wahl. Sie werden weiterhin nach Deutschland kommen, das lässt sich nicht verhindern. Und sie werden sich – zunächst in vielen kleinen, individuellen Kämpfen – durchsetzen. Irgendwann wird daraus auch wieder eine kollektive Bewegung entstehen.

Themen wie Flucht und Asyl werden zurück auf die Tagesordnung kommen. Natürlich wird es in nächster Zeit erst einmal bitter. Das politische Programm wird deutlich nach rechts verschoben. Aber ich bin dennoch optimistisch: Kämpfe lohnen sich. Es werden auch wieder bessere Zeiten kommen.



»Die Bezahlkarte ist zutiefst paternalistisch – ein Vorgehen, an dem sich viele Menschen zurecht stören.«

AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat («Kraftfahrzeug-Referat») existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nicht-Studierende. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe-Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

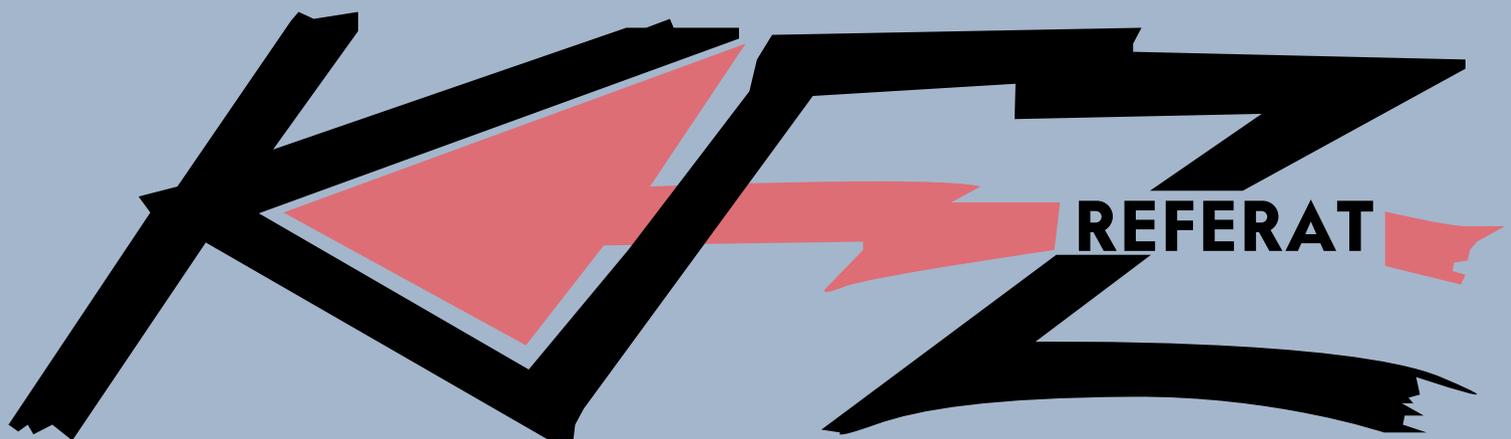
Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

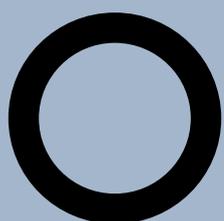
Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt, Bockenheimer Landstraße 133

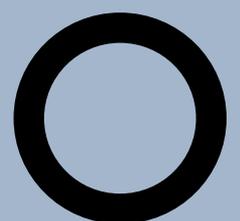
Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



WWW.KFZ-REFERAT.DE



069/79823048



Deutsche Großmachtphantasien

Lukas Geisler



Überall heißt es: Deutschland soll wieder aufrüsten – sogar die (militärische) Führungsrolle in der EU übernehmen. Aber haben wir aus der Geschichte nicht auch andere Lehren zu ziehen? Unser Autor stellt sich dem »deutschen Monstrum«.

5 000 deutsche Soldaten stehen von nun an in Litauen, an der Grenze zu Belarus und der russischen Enklave Kaliningrad. Von 1941 bis 1944 war Litauen im Zuge des Ostfeldzug von der Wehrmacht besetzt, gehörte zum Reichskommissariat Ostland.

Genug der unpassenden historischen Vergleiche. Die Bundeswehr steht dort nicht bereit, um Königsberg (heute Kaliningrad), wieder zurück ins Reich zu holen, und auch die Ostfront ist eine andere. Heute freut man sich über die deutschen Truppen. Obwohl sich damals auch einige gefreut hatten, wie der Historiker Klaus Kellmann schreibt: „Spätestens vom August 1941 an hatten nationalistische, rechte, rechtsextreme litauische Gruppierungen mit der Gestapo alle Schlüsselstellungen in der Polizei, der Verwaltung und Schutzmannschaft besetzt. Drei Jahre später standen den 660 in der Zivilverwaltung tätigen Deutschen 20 000 litauische Angestellte gegenüber. Ein äußerst begehrtes gemeinsames Arbeitsfeld war die ‚Liquidierung jüdischen Eigentums‘, wo den Deutschen die Kontrolle vollständig entglitt.“ Insgesamt ermordete man damals 200 000 der litauischen Jüd*innen und Juden, 90 Prozent.

Deutschland: dienender (An-)Führer

Friedrich Merz, der Bundeskanzler der Bundesrepublik, dem juristischen Nachfolgestaat der NS-Diktatur, will die „konventionell stärkste Armee“ Europas aufstellen. Geld dafür hat er genug. Unbegrenzte Kredite können seit der Grundgesetzänderung aufgenommen werden, um die „Kriegstüchtigkeit“ wiederherzustellen, wie dies der alte und neue Verteidigungsminister, Boris Pistorius (SPD), bereits 2024 verlautbaren ließ.

Der neue deutsche Außenminister, Johann Wadepuhl, will künftig der Forderung Donald Trumps nachkommen und fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), nicht des Staatshaushaltes, für Aufrüstung ausgeben. „Wir folgen ihm da“, sagte Wadepuhl in Richtung des US-amerikanischen Präsidenten beim

NATO-Außenministertreffen im türkischen Antalya. Fünf Prozent des BIP wären nach Schätzungen 225 Milliarden Euro jährlich, also die Hälfte des deutschen Staatshaushaltes, der 2024 auf 445 Milliarden Euro beziffert wurde.

Ralf Stegner (SPD), vielleicht einer der letzten Politiker seiner Partei mit Anstand, benannte dies, richtigerweise, als „glatten Irrsinn“. Davon lässt sich aber niemand stören. Eingängiger Tenor neuer deutscher Großmachtphantasien: „Deutschland steht in der Verantwortung“. Gemeinsam mit den „europäischen Partnern“ möchte man jetzt für die eigene Sicherheit sorgen, von dem globalen Hegemonen, der USA, unabhängig werden. Historische Vergleiche sind da natürlich unangebracht. Ich wiederhole mich.

Zum Glück für die herrschenden Politiker*innen wurde in den letzten drei Jahren das ideologische Fundament für die materielle Militarisierung produziert. Beispielsweise von dem politikwissenschaftlichen Koryphäe Herfried Münkler. In seinem aktuellen Buch *Macht im Umbruch: Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts*, argumentiert er dafür, dass Deutschland der „servant leader“, also dienender (An-)Führer, der Europäischen Union (EU) werden müsse, damit sich diese in der Welt behaupten kann. So sei es notwendig, dass Deutschland auch die militärische Vormachtstellung in Europa anstrebe. Natürlich zum Gemeinwohl aller.

Nie wieder Deutschland

Erneute Rückblende: Am 12. Mai 1990 demonstrierten in Frankfurt am Main 20 000 Menschen unter dem Motto „Nie wieder Deutschland“. Die Demonstration war eine der größten antinationalen Protestaktionen der deutschen Linken nach dem Zweiten Weltkrieg. Aufgerufen hatte die Radikale Linke, ein Bündnis aus Autonomen, Ökosozialist*innen, Grünen-Abweichler*innen und kommunistischen Gruppen. Die Demonstration richtete sich gegen die geplante Wiedervereinigung, die als „Annexion

der DDR“ und als Wiedererstarke eines aggressiven deutschen Nationalismus verstanden wurde.

In Redebeiträgen wurde die Wiedervereinigung als Bedrohung für Europa und als Rückkehr zu imperialistischen Ambitionen kritisiert. Rainer Trampert betonte in seiner Rede, die 1990 im *diskus* abgedruckt wurde, dass die deutsche Geschichte eines gezeigt hätte: „Der deutsche Größenwahn wächst mit seiner materiellen Basis“. Und schlussfolgerte, dass für die Menschen auf der Welt, „ein zerhacktes Deutschland“ das Beste sei. Ziel müsse es also sein, das „deutsche Monstrum“ von innen zu schwächen. Es solle alle freuen, als „vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen“ gelobt zu werden. Aber zurück zur Gegenwart.

»Was jetzt zu tun ist«

Dass Deutschland eine „Führungsrolle“ in der EU und der Welt einnehmen kann, ist für Münkler in seinem Buch weniger eine „Ressourcenfrage“, sondern eher eine „Mentalitätsfrage“ – von deutschen Politiker*innen und „selbsterklärten ‚Friedensfreunden‘“. Ein Ärgernis sei es, dass die deutschen Wähler*innen „die Populisten so stark gemacht haben, dass die Bundesrepublik die Rolle eines *servant leader* nicht wahrnehmen kann“. „Wo Führung fehlt, wuchert die Bürokratie; das Gestrüpp der Verordnungen und Ausnahmebestimmungen soll und muss verdecken, dass es der Union an politischer Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit mangelt.“ Deshalb brauche es einen starken Mann, ein starkes Deutschland. Münkler ist sich dabei nicht zu schade, sich auf den faschistischen Staatstheoretiker Carl Schmitt positiv zu beziehen. Wie sollte es anders sein.

Unter der Überschrift „Was jetzt zu tun ist“ kulminiert Münklers Buch in realpolitischen Forderungen: Die Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte müssten ihre Politik den Wähler*innen besser erklären, die wirtschaftliche Dynamik in Schwung bringen und natürlich die sogenannten Verteidigungsanstrengungen erhöhen.

Bereits Münklers Buch *Die neuen Kriege* bezeichnete Raul Zelik als „Kampfschrift“, in der er „der Elite jene Beschreibung der Weltlage souffliert, welche die Macht benötige, um als solche zu bestehen und sich neu positionieren zu können“. Dem ist eigentlich nichts Weiteres für *Macht im Umbruch* hinzuzufügen. Besonders einfallsreich ist das Ganze dabei nicht. Die Gedanken der herrschenden Klasse sind eben in jeder Epoche die herrschenden Gedanken.

Die Gefahren des erstarkenden deutschen Nationalismus, der mit der Militarisierung und Deutschlands neuer Rolle in der Welt und der EU einhergeht, und wie er allseits zu beobachten ist, spielen bei Münkler keine Rolle. Dagegen bemerkte Theodor W. Adorno in einem Vortrag 1962: „Überall dort, wo man eine bestimmte Art des militanten und exzessiven Nationalismus predigt, wird der Antisemitismus automatisch mitgeliefert“. Nichts anderes geschah im vereinigten Deutschland Anfang 1990er Jahre, nichts anderes wird heute geschehen. Die Militarisierung der Gesellschaft durch die Parteien der sogenannten Mitte ist die eine Seite der Medaille, rassistische, antisemitische und queer-feindliche Gewaltexzesse und Wahlerfolge extrem rechter Parteien die andere.

Gegen die Militarisierung, die von der herrschenden Politik vorangetrieben wird, hilft nur, um es in Worten von Herbert Marcuse auszudrücken, die große Weigerung – ein organisiertes Nein zur *dienenden Führerschaft* und *Kriegsmentalität*. Damit deutsche Großmachtphantasien, auch wirklich Phantasien bleiben, muss das *deutsche Monstrum* von innen geschwächt werden. Dennoch bleibt darüber hinaus die historische Aufgabe, dass – angesichts der sich global verschärfender Kriegslogiken – progressive Antworten gefunden werden müssen, die über den Status-quo hinausweisen. Angesichts der Schwäche der gesellschaftlichen Linken kann dies bedeuten, dass die nächsten Jahre erst einmal heißt, die letzten Residuen der Freiheit zu verteidigen, um langfristig für etwas besseres als die Nation kämpfen zu können.

NATION • ET WAS • BESSERES • ALS • DIE



Weiterlesen

- Adorno, Theodor W. (2024): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute.
- Kellmann, Klaus (2019): Dimensionen der Mittäterschaft. Die Europäische Kollaboration mit dem Dritten Reich. Dimensionen der Mittäterschaft. Die Europäische Kollaboration mit dem Dritten Reich, S. 295–317.
- Münkler, Herfried (2025): Macht im Umbruch: Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
- Trampert, Rainer (1990): Die heutige Demonstration ist ermutigend. Rede auf der Demo ‚Nie wieder Deutschland‘, in *diskus*. Frankfurter StudentInnenzeitung, 39. Jahrgang, Nr. 3, S. 19–21.
- Zelik, Raul (2007): ‚State Failure‘ und ‚asymmetrische Kriege‘ als Paradigmen von Weltordnungspolitik. Die Beiträge Herfried Münklers zu einer Neubestimmung imperialer Politik. In: *PROKLA* 147, S. 289–307.

Die Macht der Rechtfertigung

Perspektiven einer kritischen
Theorie der Gerechtigkeit
Herausgegeben
von Mahmoud Bassiouni,
Eva Buddeberg,
Mattias Iser,
Anja Karnein
und Martin Saar
suhrkamp taschenbuch
wissenschaft

Ob mit oder ohne Forst: Hauptsache dagegen.

Eine Replik auf eine Rezension

David Winterhagen

In unserer Herbstausgabe vergangenen Jahres erschien eine Rezension zu dem Sammelband »Die Macht der Rechtfertigung«. In der aktuellen Ausgabe wird die Rezension nun selbst zur Rechtfertigung aufgerufen. Die neue Rezension vertieft die Frage, wie eigentlich kritische Auseinandersetzung gelingen können.

Im Herbst 2024 erschien in der AStA-Zeitung eine ärgerliche Rezension der Festschrift *Die Macht der Rechtfertigung. Perspektiven einer kritischen Theorie der Gerechtigkeit* unter dem Titel „Mit Forst gegen Forst denken“. ¹Ärgerlich nicht etwa wegen der vom Rezensenten vertretenen These, Rainer Forst sei ein „bürgerlicher Philosoph“, die doch schließlich, verbringt man ein wenig Zeit unter Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften in Frankfurt, kaum weniger radikal sein könnte, sondern vielmehr wegen des Mangels an Begründung (man möchte beinahe sagen, an Rechtfertigung) dieser These. Wahrscheinlich ist dem Autor das Nehmen und Geben von Gründen schon deshalb suspekt, weil er damit eine der zentralen Prämissen von Forsts Philosophie bereits akzeptieren müsste, nämlich dass wir nicht nur zur Rechtfertigung prinzipiell fähige, sondern gar dazu verpflichtete Wesen sind.

Dieser Mangel an Gründen überrascht. Schließlich bezeichnet der Rezensent die These der Herausgeber*innen des Bandes, dass Forsts Ansatz der Kritischen Theorie zuzuordnen sei, als unbegründete „Setzung“ – um anschließend selbst im Modus der Setzung zu verbleiben. Denn anstatt dem Titel der Rezension entsprechend die Ansprüche der Theorie gegen ihren Inhalt zu wenden, werden den Behauptungen des Gegners bloß jeweils eigene Behauptungen entgegengestellt. So wird die von Forst vertretene ethische Neutralität des

Staates kurzerhand als „liberales Phantasma“ beanstandet, ohne auf die komplexe Fragestellung einzugehen, auf welcher argumentativen Basis sich die Privilegierung einer ethisch gehaltvollen Lebensform vor anderen behaupten lässt. Zudem wird beklagt, dass Forsts Theorie weniger mit dem Kapitalismus zu tun habe und mehr mit „Gerechtigkeitsparadigmen, Rechtfertigungsverhältnisse[n] und Republikanismus“, wobei der Kläger die Leser*innenschaft dabei im Dunkeln lässt, ob es nicht Einwände gegen einen normativ blinden Materialismus geben könnte, die einen solchen Paradigmenwechsel ursprünglich motivierten – Einwände, die man dann im Anschluss zurückweisen könnte.

Offene Türen und trockenes Versichern

Diese Reihe an Setzungen mündet in dem erwähnten Appell, Forsts Denken als das zu entlarven, was es eigentlich sei: ein bürgerliches, das „offensichtlich mehr Bezug zu Immanuel Kant und John Rawls aufweist als zu Marx“. Doch auch hier ersetzt der ketzerische Klang der Autorennamen, zu denen sich Forst ja ganz offen bekennt, das Argument, warum deren Ansätze für eine Kritische Theorie prinzipiell unbrauchbar sind. Am Ende bleibt nur das obligatorische Horkheimer Zitat: irgendwas mit Menschen, Sein und Veränderung.

Ganz abgesehen von der Frage, warum der Autor bemüht ist, mit einer solchen Vehemenz offene Türen bei seinem Publikum einzurennen, ist es bedauerndswert, dass dadurch ein Moment genuiner Theoriekritik verpasst wird. Wie eine solche eigentlich aussehen könnte, verrät ein Blick in die Einleitung zu Hegels *Phänomenologie des Geistes*, die ja auch für den in der Rezension vertretenen Kanon an Denker*innen nicht uninteressant ist. Darin heißt es:

Denn sie [die wahre Wissenschaft] kann ein Wissen, welches nicht wahrhaft ist, weder als eine gemeine Ansicht der Dinge nur verwerfen und versichern, daß sie eine ganz andere Erkenntnis und jenes Wissen für sie gar nichts ist [...], denn schließlich „[gilt] ein trockenes Versichern [...] gerade soviel als ein anderes“²

Für unseren Fall bedeutet dies, dass das „trockene Versichern“ der Wahrheit der Annahmen des Rezensenten (Stichwort „liberales Phantasma“) genauso viel gilt, wie das „trockene Versichern“ der Wahrheit der Theorie, gegen die er sich wendet – nämlich gar nichts. Der geschicktere Weg wäre es, die kritisierte Theorie mit ihren Voraussetzungen zu konfrontieren, um sie in einen Widerspruch mit sich selbst zu führen. Denn auf diese Weise muss man nicht mit äußeren, eigenen Prämissen an die Kritik gehen, die man selbst erst noch zu begründen hätte – etwa, dass das marxistische Staatsverständnis notwendig wahr sei. Wie das Aufweisen solcher Widersprüche funktioniert, deutet Hegel in der Einleitung gleich selbst in Bezug auf die kantische Philosophie an,³ um schließlich in der *Phänomenologie des Geistes* alle möglichen Gestalten des Wissens nach diesem Muster zu zerlegen; mit dem erklärten Ziel, die Alternativlosigkeit der eigenen Position deutlich zu machen. Wie könnte nun eine immanent-kritische

Auseinandersetzung mit dem Kantianer Forst aussehen?

Politische Theorie oder Moralhimmel?

Das offenbart ein Blick über den Teller- rand der Einleitung hinaus in den tatsächlichen Sammelband. Darin wendet sich Jürgen Habermas in einem Beitrag mit dem Titel *Zum Modus der Sollgeltung moralischer Aussagen* gegen seinen ehemaligen Schüler. Er beklagt, dass Forst seine Philosophie zwar auf den ersten Blick als dezidiert politische Theorie aufziehe, da es diesem gerade nicht darum gehe, in einem ersten Schritt abstrakte Gerechtigkeitsprinzipien isoliert am Schreibtisch aufzustellen, die dann in einem zweiten Schritt auf real existierende Gesellschaften angewandt werden – vielmehr sei Forst an konkreten Rechtfertigungsgemeinschaften interessiert, in denen sich real existierende Subjekte über die Normen, denen sie unterworfen sind, einander Rechenschaft schulden.

Aus dieser normativen Verantwortlichkeit leite Forst ein fundamentales Recht aller Bürger*innen auf Rechtfertigung ab. Mit diesem korrespondiere jedoch ebenso eine moralische Pflicht zur Rechtfertigung, die sicherstelle, dass die Subjekte von diesem Recht auch tatsächlich Gebrauch machen sollen. Das ist nur konsequent, denn anders als Habermas selbst kann Forst die Pflicht nicht im „existentiellen Interesse“ an einer kommunikativen Lebensform⁴ wurzeln lassen – will er doch in kantischer Manier die Moral auf eine ihr eigene Normativität gründen.⁵ Das führe Forst allerdings dazu, die Rechtfertigungspflicht an eine „Einsicht zweiter Ordnung“⁶ zu knüpfen; eine Einsicht nicht allein in die Richtigkeit derjenigen Normen, die sich diskursiv bewährt haben, sondern in das Faktum, dass wir anderen Subjekten gegenüber prinzipiell

an einen solchen Diskurs gebunden sind. Abgesehen davon, dass die Art dieser Einsicht, die auch als „moralische Wahrnehmung“⁷ bezeichnet wird, einigermaßen mystisch bleibt, wird Forst Habermas zufolge damit seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Diese bestünden ja gerade darin, die kantische Moral vom Himmel der transzendentalen Moral auf die Erde der Rechtfertigungspraktiken von „vergesellschafteten Subjekten aus Fleisch und Blut“⁸ zu holen. Indem Forst nun aber moralische Einsichten begründe, die der konkreten politischen Rechtfertigung ontologisch vorgeordnet seien, misslinge dieser Versuch einer „Detranszendentalisierung“⁹: Was auf den ersten Blick als politische Theorie daherkomme, entpuppe sich als Moralphilosophie, die drohe, den Kontakt mit der Wirklichkeit zu verlieren.

Genau diese moralische Distanzierung von den politischen Verhältnissen kann womöglich die materielle Blindheit erklären, die der Rezensent bei Forst so deutlich beklagt. Indem man die Theorie auf diese Weise mit sich selbst in Konflikt bringt, gelangt man jedoch zu einer wirksameren Kritik an dieser Blindheit, die auf das „trockene Versichern“ von als selbstverständlich angenommenen Wahrheiten verzichtet. Denn in diesem Fall ist Forsts Theorie – sei sie nun „bürgerlich“ oder nicht – einem viel gravierenderen Problem ausgesetzt: Sie erscheint als weniger rechtfertigbar.

1 Online: <https://asta-zeitung.de/artikel/mit-forst-gegen-forst-denken>

2 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, *Gesammelte Werke. Bd. 9. Phänomenologie des Geistes*, hrsg. von Wolfgang Bonsiepen und Reinhard Heede, Düsseldorf 1980, S. 55.

3 Vgl. ebd., S. 53 f.

4 Forst, Rainer, *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*, Berlin 2014, S. 93.

5 Vgl. hierzu auch Forsts Kritik an Habermas ebd., S. 91 ff.

6 Habermas, Jürgen, »Zum Modus der Sollgeltung moralischer Aussagen. Zwei Varianten der Detranszendentalisierung«, in: Mahmoud Bassiouni et al. (Hrsg.), *Die Macht der Rechtfertigung. Perspektiven einer kritischen Theorie der Gerechtigkeit*, Berlin 2014, S. 125–152, hier S. 134.

7 Forst, *Das Recht auf Rechtfertigung*, S. 71.

8 Habermas, *Zum Modus der Sollgeltung moralischer Aussagen*, S. 134.

9 Ebd.

Die Macht der Rechtfertigung

Perspektiven einer kritischen Theorie der Gerechtigkeit

Herausgegeben von Mahmoud Bassiouni,



FONDS FÜR
BEWEGUNGSFREIHEIT

...weil
Flucht
kein
Verbrechen
ist.

An Europas Grenzen werden Menschen nicht nur aufgehalten, zurückgedrängt, verhaftet oder in Lagern zermürbt. Sie werden auch immer häufiger vor Gericht gestellt und ins Gefängnis gesperrt. Ihr Verbrechen: Die Suche nach Schutz, einem Leben in Frieden oder einem neuen Anfang. Das Urteil: Nicht selten mehrere Jahre Gefängnis. Wir finanzieren Prozess- und Anwaltskosten und unterstützen im Alltag.

JETZT SPENDEN!

IBAN: DE69 4306 0967 1018 8350 02

Stichwort: Bewegungsfreiheit



medico international

Stellungnahme der Fachschaft 03

zur Zivilklausel am Fachbereich

Im Jahr 2013 wurde von unseren Kommiliton*innen eine Zivilklausel erkämpft, welche durch eine Urabstimmung mit 76,3 % der Stimmen verabschiedet wurde. Dieser Beschluss ist ein wichtiger Fortschritt zur Demokratisierung der Forschung, Lehre und Studium an der Universität. Wir, als Fachschaft 03, stehen dezidiert hinter dieser Errungenschaft und setzen uns weiterhin ausdrücklich für eine Friedens- und Konfliktforschung ein, die sich zivil und friedensgeleitet positioniert.

In den vergangenen Semestern gab es wiederholt Verstöße gegen die Zivilklausel am Fachbereich 03. Dabei wurden unter anderem Jugendoffizier*innen an die Uni eingeladen, um Raum zur Rechtfertigung von Streitkräften in der schulischen und politischen Bildung zu bieten. Ein anderes Beispiel ist das Seminar „Military Careers in Context“ aus dem SoSe24, welches von der ehemaligen US-Colonel Kelley Donham geleitet wurde, unter der Professur von Prof'in Heather Hofmeister. Diese Veranstaltungen tragen nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Rolle der Bundeswehr bei, sondern normalisieren die Militarisierung der Forschung, Lehre und des Studiums.

Diese Ereignisse reihen sich in den Kontext der fortschreitenden Kriegsertüchtigung aller gesellschaftlichen Bereiche ein. Die Wissenschaft und die Hochschulen sind von zentraler Bedeutung für die Kriegsvorbereitung. Gleichzeitig sind die Hochschulen zentral für den Aufbau einer friedlichen, demokratischen, solidarischen und ökologischen Welt.

Die Fachschaft 03 spricht sich ausdrücklich für eine Einhaltung der Zivilklausel am FB03 aus, darüber hinaus an der gesamten Goethe-Universität Frankfurt am Main. Wir sprechen uns ausdrücklich gegen eine Einfügung in die sogenannte „Zeitenwende“ und gegen den Mentalitätswandel in Anbetracht der aktuellen deutschen Außen- & Sicherheitspolitik aus. Die Motivation zur Kriegsertüchtigung sehen wir als einen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit und das Friedensgebot Deutschlands sowie gegen die Freiheit der individuellen Persönlichkeitsentfaltung.

AStA

**Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität Frankfurt am Main**
im Studierendenhaus Bockenheimer,
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt
Tel 069 798-23181
Fax 069 7020-39
e-mail info@asta-frankfurt.de
asta-frankfurt.de

Sekretariat Andy Uphoff
im Studierendenhaus, Raum B2
Öffnungszeiten
Mo, Di, Do 10–12 Uhr
14–16 Uhr
Tel 069 798-23181
Fax 069 7020-39
e-mail info@asta-frankfurt.de

BERATUNG & HILFE

AStA-Sozialberatung
Persönliche Beratungstermine
siehe asta-frankfurt.de. Anfragen über
soziales@asta-frankfurt.de

AStA-Mietrechtsberatung
immer donnerstags 16–18 Uhr
im AStA Haus (Random White House)
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

**DGB Campus Office –
Arbeitsrechtliche Anfangsberatung**
Die Beratung findet im Rahmen
der AStA-Sozialberatung statt.

**Fördermöglichkeiten
für Studierende mit Behinderung**
www.barrierefrei-studieren.de

Studentischer Projektrat
projektratunifrankfurt.wordpress.com
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

Nightline Frankfurt
Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr
Tel 069 798-17238
e-mail info@nightlineffm.com
nightlineffm.com

Goethe Law Clinic
im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde
Fr 10–12 Uhr

**Psychosoziale Beratung des
Studierendenwerks**
im Beratungszentrum IG Farben Campus,
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde
Di, Do 15–17 Uhr
Tel 069 798-349 05
e-mail psychosozialberatung@
studentenwerkfrankfurt.de

AUTONOME REFERATE

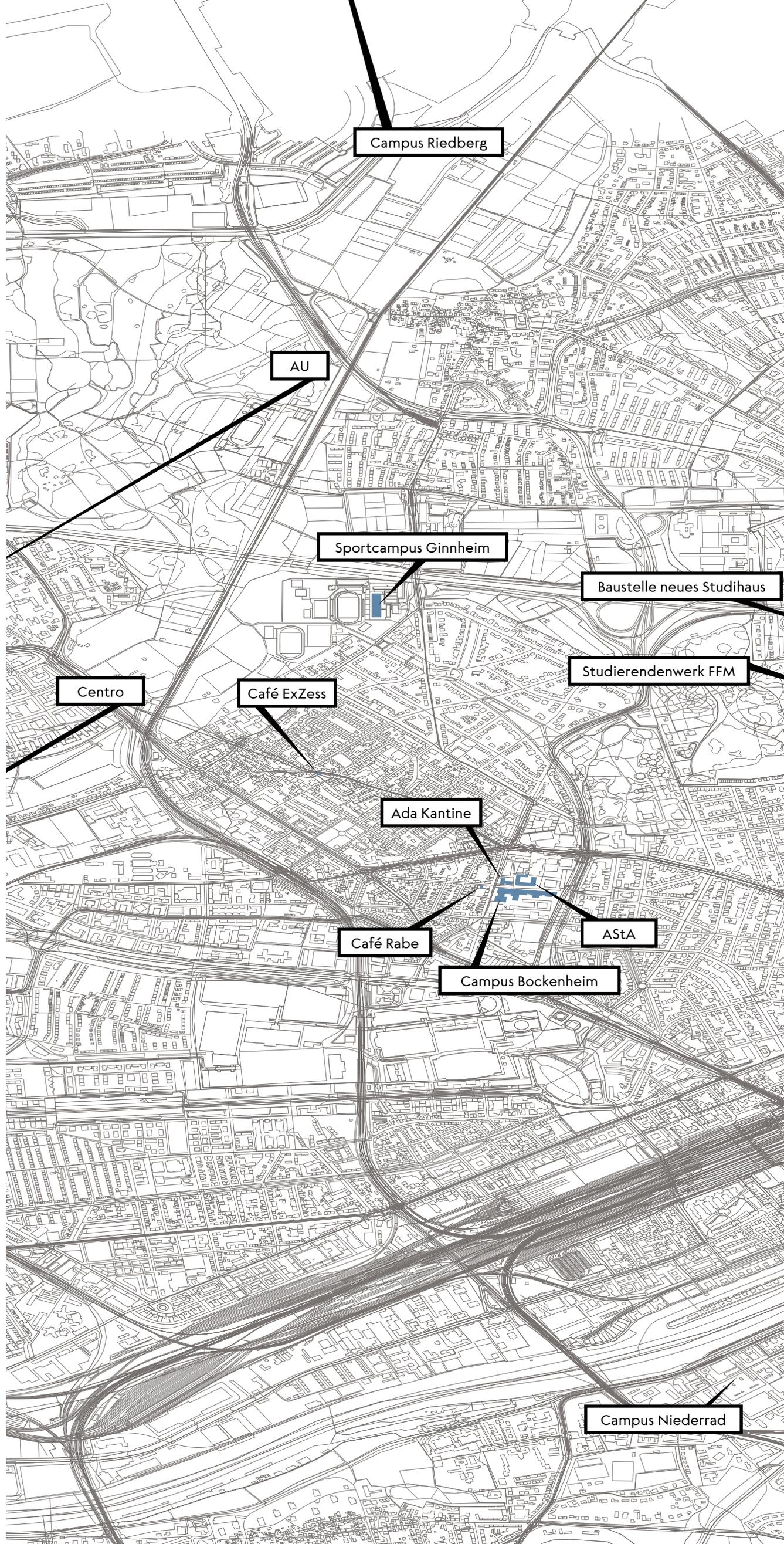
Autonomes AusländerInnenreferat
Tel 069 79 82 52 36
e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

Autonomes FLinta-Referat
e-mail aflr@riseup.net
instagram.com/aflintar.gu
Tel 069-798 230 95

Autonomes Queer-Referat
instagram.com/queerfemref

Autonomes Inklusionsreferat
inklusionunifrankfurt@gmail.com

Autonomes Elternreferat
Tel 0152 23 53 53 51
e-mail eltern@asta-frankfurt.de





UNI-INITIATIVEN

Students for Future Frankfurt – twitter.com/sff_ffm

Initiative Studierender am IG-Farben Campus
initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

Initiative Kritische Ökonomik
kritische-oekonomik.de

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt
facebook.com/akjffm – akj-frankfurt@gmx.de

Hilfskraftinitiative Frankfurt
hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

Academic Experience Worldwide
www.aeworldwide.de

Goethe's Green Office – goethesgreenoffice.org

UTV – facebook.com/utvfrankfurt
youtube.com/utvfrankfurt

Unter_bau – Hochschulgewerkschaft, unterbau.org

Campusradio DauerWelle – radiodauerwelle.de

SELBSTVERWALTETE RÄUME DER UNIS

Random White House
randomwhitehouse@riseup.net

Philo-Café, IG 2.451

Café KOZ, Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

Campus Trinkhalle, am IG Farben Campus

Café Kurzschluss, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

Café Anna Blume, IG Ø.155

TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

Fachschaftscafé Jura & WiWi,
RuW 1.127, IG Farben Campus

STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

Project Shelter – www.projectshelter.net

Stadt für Alle – www.stadt-fuer-alle.net

Offenes Haus der Kulturen – Initiative für die
Nachnutzung des Studierendenhauses Bocken-
heim als selbstverwaltetes Zentrum, ohdk.de

AUTONOME ZENTREN

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz
zur Zeit ohne Wohnsitz – www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!» im ehemaligen Polizei-
gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5,
60313 Frankfurt, – www.klapperfeld.de

Café ExZess Leipziger Straße 91,
60487 Frankfurt – www.cafe-exzess.tk

AU in der Au 14-16, 60489 Frankfurt
www.au-frankfurt.org

Community Space im NIKA im Community
Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig
Veranstaltungen und Ausstellungen.
Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

Grüne Lunge am Günthersburgpark, Bedrohte
Gartenanlage mit politischen & alternativen
Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

Pupille e. V. – Kino in der Uni
jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3 €,
Campus Bockenheim, www.pupille.org

Centro – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6

Ada Kantine – Stadtteilkantine, Mertonstr. 30,
ada-kantine.org

Café Rabe – Begegnungsraum, Jordanstr. 3,
cafe-rabe.org

RAUSCH

Was folgt eigentlich für uns in einer Welt, die sich ohne Limits in die Krisen stürzt? Womöglich folgt der Wunsch, sich in andere Welten zu flüchten.

Im Juni berichteten etliche Medien über den aktuellen Weltrogenbericht der Vereinten Nationen, der für das Jahr 2023 bei der Zahl der Drogenkonsument*innen einen Anstieg von circa 28 Prozent verzeichnet. Um diese Entwicklung wahrzunehmen, brauchen aber vermutlich die wenigsten einen UN-Bericht. Meist reicht schon ein Blick in das eigene Umfeld, die Erinnerung an das letzte Wochenende oder ein Blick auf Social-Media. Begriffe wie "Keta", "Koksen", "ballern" scheinen in aller Munde zu sein und haben bereits den popkulturellen Mainstream erreicht. Die meisten wissen sofort, was gemeint ist, wenn von der kaputten Nasenscheidewand oder dem Emokater gesprochen wird.

Dabei sind die Schäden an Schleimhäuten und das Dopamin-low am Tag danach nur zwei von etlichen Folgen, die regelmäßiger Konsum auf Körper und Psyche hat. Je nach Droge kann es zu körperlicher Abhängigkeit und der Veränderung von Hirnstrukturen kommen. Das Spektrum möglicher psychischer Konsequenzen reicht von der emotionalen Verstimmung über dauerhafte Wesensveränderungen hin bis zur Entwicklung psychischer Erkrankungen wie Depressionen oder Psychosen. Angesichts dieser Vielzahl an Folgen stellt sich die Frage: Warum konsumieren wir eigentlich (immer mehr)? Geht es hier um das fehlende Wissen und die fehlende Vernunft und Disziplin junger Menschen? Oder ist der Drogen-Boom vielleicht eher das Symptom einer kaputten Leistungsgesellschaft in Kombination mit den sich verstärkenden Krisen des Kapitalismus, die sich manchmal selbst wie ein ausgereifter Bad-Trip anfühlen?





Bitte beachtet dabei die Beschränkung auf 10 000 Zeichen. Eure Beiträge sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an zeitung@asta-frankfurt.de bis zum 30.09.25 schicken.

Längst wird nicht mehr nur im Party-Kontext konsumiert. "High-Performer" greifen im Alltag zu leistungssteigernden Substanzen; die Kippe zwischendurch, das Bier und/oder der Joint am Abend dienen zur Stressbewältigung im Alltag; wer es sich leisten kann, fährt in irgendein Retreat nach Südamerika um halluzinierend nach Antworten auf die großen Fragen des Lebens zu suchen. Nicht nur die Antworten lassen sich in zwischen Lohn- und Carearbeit und anderen gesellschaftlichen Zwängen schwer finden, meist bleibt nicht mal die Zeit, sich entsprechende Fragen zu stellen. Ganz der Logik der Effizienz folgend, mag es sinnvoll erscheinen das lieber schnell auf einem (Urlaubs-)Trip zu erledigen, als sich längerfristig mit den gesellschaftlichen Ausbeutungs- und Herrschaftsdynamiken zu befassen. Und selbst wer dies tut, gerät angesichts der schieren Ausweglosigkeit schnell in Verzweiflung. Selbst Karl Marx scheint im Rausch viel gefunden zu haben.

»Mehr als aller Medizin verdanke ich dem Bordeaux.« Karl Marx

Ist der Rausch nüchtern betrachtet also die einzige Flucht, die angesichts eines durchgetakteten und unter dem Leistungsdruck erstickenden Leben im Spätkapitalismus noch möglich ist? Kann man wirklich verurteilen, wer sich mit Blick auf eine immer düsterer erscheinende Zukunft – wie sie u.a. unsere letzten Ausgaben zu Entgrenzung und Faschismus gezeigt haben – regelmäßig für den Rausch entscheidet? Denn letztlich besitzt der Rausch auch die enorme Kraft, die »Dinge aus ihrer gewohnten Welt« zu »locken und lockern«, wie etwa Walter Benjamin schrieb.

Somit geht mit dem Rausch also nicht nur Realitätsflucht einher, sondern auch das Sich-Wiederfinden in einer »anderen Welt«. Welche neuen Perspektiven wohnen dem Rausch also inne? Und steckt im Hedonismus vielleicht sogar ein Stück Widerstand – als ein bewusst beraushtes »Fuck you« an die ständige Predigt von Selbstbeherrschung, -optimierung und Leistungsdruck?

All diesen Fragen wollen wir uns in der nächsten Ausgabe widmen. Wir freuen uns über Beiträge und Rezensionen mit gesellschaftskritischer Perspektive auf das Thema Rausch, über persönliche Texte über die Gründe und Folgen von Konsum, psychischer Gesundheit und das ständige Oszillieren zwischen Genuss, Realitätsflucht und Selbstzerstörung.

Da uns für die neue Ausgabe eine Vielfalt an Textformen wichtig ist, probiert euch gerne an Interviews, Reportagen, Rezensionen oder anderen journalistischen Textgattungen aus. Auch literarische Einsendungen, Bildbesprechungen und Fotostrecken sind uns willkommen. Gerne könnt ihr davor mit uns in Kontakt treten. Einsendungen, die nicht zum Ausgabenthema passen, können in unserer Rubrik »Forum« aufgenommen werden oder werden separat auf unserer Website veröffentlicht. Egal, welche Textform ihr wählt und zu welchem Thema ihr schreibt, beachtet dabei bitte die Beschränkung auf 10 000 Zeichen.

Eure Redaktion



Bis zum 30.09.2025

54



»Der Himmel ist explodiert, und die
Sterne regnen auf mich herab.«
Michel Foucault (während eines LSD-Trips)





Wie

ein

Steinwurf

ins

Fenster

Die AStA-Zeitung ist die Zeitung der Studierendenschaft der Goethe-Universität Frankfurt. Die AStA-Zeitung erscheint im Regelfall viermal jährlich, davon wird eine Ausgabe vor anstehenden Wahlen zum Studierendenparlament unterschiedslos an alle Studierenden der Goethe-Universität im Inland verschickt. Die Ausgaben jenseits der Wahlausgabe werden nur an Abonnent*innen verschickt.

→ Ein Abonnement im Inland ist für Studierende der Goethe-Universität bereits im Studierendenschaftsbeitrag enthalten, zusätzliche Kosten entstehen somit nicht!

→ Für alle, die nicht an der Goethe-Universität studieren, kostet das Abo (ohne Wahlausgabe) inklusive Versand €10.

asta-zeitung.de

Jetzt

abonnieren